



# Wortprotokoll

Der 151. Sitzung vom 19. November 1986

# Resoconto integrale

della seduta n. 151 del 19 novembre 1986

IX. Legislatur  
IX. Legislatura  
1983 - 1988

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 151. SITZUNG  
19.11.1986

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge provinciale n. 101/86: "Modi-  
fiche all'ordinamento del personale della  
formazione professionale". . . . . pag. 3

Landesgesetzentwurf Nr. 101/86: "Änderung der  
Personalordnung der Berufsausbildung". .  
. . . . . Seite 3

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.05 UHR  
(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta.  
Prego dare lettura del verbale.

**GEBERT-DEEG (Vizepräsidentin - SVP):** (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

**PRESIDENTE:** Ci sono osservazioni? Nessuna. Il verbale è approvato.  
Prima di continuare con l'esame del disegno di legge, trattiamo una interrogazione del consigliere Langer.  
Ha chiesto la parola il consigliere Frasnelli. Prego.

**FRASNELLI (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Wir haben in der vorletzten Sitzung mit der Behandlung des Gesetzentwurfes über die Änderungen zur Personalgesetzgebung für das Berufsschulpersonal begonnen und die Verlesung der Berichte vorgenommen und aus unserer Sicht ist es vernünftig, jetzt sofort mit der Generaldebatte fortzufahren und nicht irgendwelche andere Dinge dazwischenzuschieben.

**PRESIDENTE:** Allora continuiamo con l'esame del disegno di legge provinciale n. 101/86: "Modifiche all'ordinamento del personale della formazione professionale".

Landesgesetzentwurf Nr. 101/86: "Änderung der Personalordnung der Berufsausbildung".

Nella discussione generale si sono iscritti i consiglieri Langer, Barbiero e Gebert-Deeg. La parola al consigliere Langer.

**LANGER (AS):** Das vorliegende Gesetz, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, "Änderung der Personalordnung der Berufsausbildung" ist eines jener Gesetze, das offensichtlich einen schwierigen Werdegang schon deswegen hat, weil es in so hohem Maße Interessen einzelner Personen und Personengruppen berührt. Wie alle Personalgesetze kommt dieses Gesetz nach zahlreichen Vorverhandlungen in den Landtag und wie bei allen Personalgesetzen läßt sich die Verhandlungsstärke der einzelnen Interessierten mehr oder weniger aus dem Gesetzestext und aus den Abänderungsanträgen

ablesen. D.h. insbesondere daran, welche Abänderungsanträge in letzter Minute von seiten der Mehrheit einlaufen, merkt man ungefähr, wieviel Verhandlungsmacht, wieviel Druck die einzelnen Personengruppen ausüben können. Es geht um einen Gesetzentwurf, mit dem in über 70 Artikeln die derzeitige Personalordnung der Berufsausbildung teilweise reformiert oder sagen wir zumindest da und dort angepaßt werden soll.

Was uns an diesem Gesetzentwurf insbesondere erstaunt und verwundert hat ist, daß zum x-ten Mal die Situation der Berufsausbildung in Südtirol wieder auf dem Weg über ein Personalgesetz angegangen wird...

**ABGEORDNETE:** (stören - disturbano)

**LANGER (AS):** Signor Presidente, veramente non si capisce la propria parola! Devo chiedere la cortesia che almeno chi parla ad alta voce cerchi di controllarsi. Grazie.

**PRESIDENTE:** Prego i signori consiglieri di non disturbare! Continui consigliere Langer.

**LANGER (AS):** Zum x-ten Mal wird hier nicht das Berufsschulwesen insgesamt angegangen und geregelt, bzw. um nicht zu sagen das Berufsausbildungswesen insgesamt, sondern geregelt wird auf dem Umweg über ein Personalgesetz eine Reihe von Umständen, Ernennung der Direktoren, Urlaub, Stundenzahl, Dienstverpflichtungen usw. des Personals und was hingegen total ausbleibt ist eine Reform des Berufsausbildungswesens. Nicht nur, sondern mit großer Verwunderung haben wir festgestellt, daß dieser Gesetzentwurf ausschließlich vom Landesrat Saurer eingebracht worden ist, während, soviel wir mitbekommen haben, insgesamt das Berufsausbildungswesen doch auch andere Landesräte angeht und wir können deswegen eigentlich nicht so ganz verstehen, warum dieser Gesetzentwurf nur die Unterschrift eines Landesrates trägt und nicht die anderen Landesräte auch mit einbezogen worden sind. Darum sagen wir, daß der Umweg über ein Personalgesetz es letztlich nicht gestattet, die Reform des Berufsausbildungswesens überhaupt einigermaßen wirksam in die Hand zu nehmen. Ich darf Ihnen vielleicht ein Beispiel bringen. Ich habe heute diese beiden Bände unserer Gesetzessammlung mitgebracht und wenn jemand z.B. darin das Stichwort Berufsausbildung suchen würde, dann findet er es nicht. Er findet zwar Lehrlingswesen auf der einen Seite und er findet dann die Personalgesetze auf der anderen Seite, aber ein organisches Gesetz, womöglich ein Rahmengesetz zur Berufsausbildung würde er nirgends finden. Andererseits ist es gerade heute so, daß die schnellen Veränderungen am Arbeitsmarkt, der schnelle soziale Wandel usw. mehr denn je aus der Berufsausbildung eigentlich einen wichtigen, tendenziell sogar den wichtigsten Teil des ganzen Ausbildungsweges überhaupt macht. Aber wir reden hier wirklich über ein Thema, das man praktisch die Hinterseite des Mondes nennen könnte, denn während die öffentliche Meinung und natürlich auch die politi-

sche Diskussion und die Presse usw. sich sehr wohl darüber ausspricht und sehr wohl darüber diskutiert, ob z.B. mehr oder weniger Lateinstunden in den allgemeinbildenden Schulen stattfinden sollen, ob beispielsweise die Matura strenger oder weniger streng gestaltet werden soll, ob zwei Jahre allgemeinbildende Schule angehängt werden sollen an die bisherigen fünf plus drei, also fünf Grundschuljahre und die drei Mittelschuljahre, ob also noch zwei weiterführende Jahre angehängt werden sollen und damit die Schulpflicht für alle etwas gehoben wird, aber über den ganzen Aspekt der berufsbildenden Schulen und Kurse wird praktisch in der Öffentlichkeit kaum debattiert. Es wissen eigentlich nur die Eingeweihten davon und insgesamt kann man sagen, daß das ganze Berufsausbildungswesen insgesamt extrem zerstückelt und unübersichtlich ist, und zwar nicht nur bei uns, im Gegenteil, wir können es sagen und wir erkennen das auch durchaus an, daß das Land Südtirol auch aufgrund der Pionierarbeit, die von einzelnen Fachleuten auf diesem Gebiet in den letzten 30 Jahren geleistet worden ist, ist das Land Südtirol bestimmt weiter als anderswo. Der Staat Italien hat, glaube ich, 1978 ein Rahmengesetz erlassen, das absolut unbefriedigend ist, das uns an sich nichts angeht, weil wir hier primäre Kompetenz haben, aber insgesamt das Berufsbildungswesen in Italien ist bestimmt sehr unbefriedigend geregelt, besser sind die Erfahrungen im Ausland, in Ländern wie beispielsweise Österreich, Bundesrepublik Deutschland, zum Teil sogar in Frankreich, England, Schweiz, aber bei uns muß man sagen, daß das ganze Berufsbildungswesen immer noch absolut ein Stiefkind in der Frage der Ausbildung ist. Dabei müssen wir uns aber immer mehr klar werden, daß die Menge der Jugendlichen und dann später vor allem auch der arbeitenden Menschen immer stärker das Berufsausbildungswesen beanspruchen werden. Denn während man früher sagen konnte, daß das was einer in seiner Jugend gelernt hatte mehr oder weniger fürs ganze Leben ausreichen konnte und einer einen Beruf lernte und dann mit dem Beruf und mit dem, was er gelernt hatte mehr oder minder sein ganzes Leben auskommen konnte, ist heute die Veränderung auf dem Arbeitsmarkt, in der Berufsstruktur usw. derart, daß einer praktisch mit dem Paket an Allgemeinbildung und mit dem Paket an Grundausbildung in Richtung Beruf heute absolut nicht mehr sein Leben lang auskommen wird und daß im Gegenteil heute Leute, die vielleicht irgendwo als Elektrotechniker oder vielleicht als Mechaniker oder als Dampfkesselwärter oder weiß Gott was anfangen, wahrscheinlich mit dem, was sie gelernt haben, nicht mehr das ganze Leben durchkommen und daß auch die Ausbildung am Arbeitsplatz z.B. von den Betrieben lange nicht immer gewährleistet wird und daß in vielen Fällen nicht gewährleistet ist, daß die Leute längere Zeit oder gar ihr ganzes Leben lang im selben Betrieb oder auch nur in derselben Branche arbeiten können, weil Arbeitsplätze einfach verschwinden, weil ganze Branchen verschwinden, weil ganze Tätigkeiten durch Automatisierung usw. abgeschafft werden und nicht mehr gebraucht werden. Insofern sind wir der festen Überzeugung, daß die Berufsausbildung in Zukunft zudem zunehmend nicht mehr sozusagen der ergänzende Teil dessen, was ich als die Hinterseite

des Mondes bezeichnet habe, der ergänzende Teil zum allgemeinen Bildungswesen sein wird, sondern wahrscheinlich immer stärker in den Vordergrund rücken wird. Noch dazu haben wir in Südtirol diesbezüglich primäre Kompetenz, d.h. wir haben hier die Möglichkeit, wir hätten auch in der Vergangenheit die Möglichkeit gehabt, hier eine Art von Schulwesen oder, nennen wir es breiter, von Bildungswesen aufzubauen und einzurichten, das wesentlich weiter, also wo unsere eigene Zuständigkeit wirklich weiter reicht als im Gebiet der allgemeinbildenden Schulen, Grundschule, Mittelschule und weiterführende Schulen, Fachschulen, Gymnasien, usw. In Wirklichkeit haben wir das bisher nur sehr unzureichend getan. Man kann sagen, daß sicher viel getan worden ist im Bereich der eigentlichen Berufsschulen, also sagen wir der Lehrlingsausbildung im breitesten Sinne. Da würden wir durchaus sagen, daß das was heute in Südtirol vorhanden ist, bei allen Mängeln, die wir im einzelnen dann hervorzuheben haben, aber daß diesbezüglich Südtirol, können wir sagen, also sicher für Italien am weitesten vorne ist, also im Vergleich zu anderen Regionen und auch für unsere Nachbarprovinz Trient, die ja dieselben Kompetenzen hat und über dieselben Kompetenzen verfügt. Einigermaßen kann man auch noch sagen, glauben wir, daß auf dem Gebiet der Berufsbildung für Behinderte einiges geschieht, obwohl wir damit noch nicht zufrieden sind. Aber das ist ein Bereich, wo das Land immerhin begonnen hat seine Kompetenzen wahrzunehmen. Wo wir hingegen den Eindruck haben, daß das Land seine Möglichkeiten praktisch kaum und zum Teil überhaupt nicht ausschöpft, ist in den Bereichen der Weiterbildung und Ertüchtigung jener Arbeitskräfte, die sich bereits im Dienst befinden und die einen mehr oder weniger gesicherten oder zumindest kurzfristig gesicherten Arbeitsplatz haben, wo aber das Land in Zusammenarbeit mit den Betrieben, in Zusammenarbeit mit dazu spezialisierten Zentren usw. wesentlich mehr, zum Teil radikal auch Neues tun könnte. Und zweitens im Bereich der Umschulung gefährdeter Arbeitsplätze bzw. jener Beschäftigten, die einen gefährdeten Arbeitsplatz innehaben oder die überhaupt schon arbeitslos geworden sind. Denken wir z.B. daran, daß wir eigentlich die Möglichkeit hätten, alle jene Kurse, die wir vom Staat fordern, z.B. zur Ausbildung von Eisenbahnern bzw. Eisenbahnwärtern, zur Ausbildung von Leuten, die bei der Post arbeiten wollen, zur Ausbildung von Leuten, die meinetwegen in der Telephongesellschaft, beim ENEL usw. arbeiten. Die können wir alle selber machen.

Die Kompetenzen, die wir haben, würden es möglich machen, daß wir, wesentlich mehr als es bisher passiert ist, die Ausbildung für Berufe und Arbeitsplätze, die es im Lande gibt, in eigene Hände übernehmen können und daß wir in Eigenregie auch die Weiterbildung und die Umschulung führen. Das würde aber fordern, daß man vom bisherigen Berufsschulkonzept wahrscheinlich auch ein bißchen abweicht bzw. andere Wege daneben viel stärker vorsieht. Bisher ist bei uns das Berufsschulwesen doch im wesentlichen lehrlingszentriert aufgebaut, d.h. daß Jugendliche, die ihre erste Berufsausbildung erhalten durch die Berufsschule, wenn es gutgeht, einen Weg zum Beruf oder zumindest zu einem berufsbefähigenden Titel finden,

nicht immer aber auch zum Arbeitsplatz.

In Zukunft werden wir aber unserer Überzeugung nach wesentlich stärker darauf abzielen müssen, daß daneben auch der Bereich der Umschulung und der Bereich der Weiterbildung, Berufsertüchtigung usw. ausgebaut wird. Das fordert aber wahrscheinlich ein Abgehen vom bisherigen Konzept, daß alles über das Personal des Berufsschulwesens geleistet wird. Dazu wird es wesentlich stärker notwendig sein, daß man z.B. Fachkräfte auf Zeit heranzieht, daß man Leute mit einem Vertrag verpflichtet, die bestimmte Kurse abhalten. Und wir glauben, daß bei diesen Leuten, die man heranziehen wird, nicht nur ihr Studientitel ausschlaggebend sein kann, sondern vor allem ihre einschlägige Berufserfahrung einen ganz wesentlichen Stellenwert einnimmt. Wir glauben, daß bei diesen Leuten neben Studientitel und Berufserfahrung in Zukunft auch viel mehr darauf geachtet werden wird müssen, daß sie die Fähigkeit besitzen, ihr Wissen weiterzugeben, daß sie Lehrfähigkeit besitzen, daß sie imstande sind, den Leuten etwas beizubringen. Wir wissen, daß das derzeitige Berufsschulwesen zum Teil unter absolut katastrophalen Vorbedingungen aufgebaut werden mußte und wir wissen es deshalb zu schätzen, daß trotz dieser katastrophalen Vorbedingungen, denken wir z.B. an die Bildungslücken unmittelbar nach dem Krieg durch den Faschismus verursacht, durch die stark ländliche Struktur der Bevölkerung, die insbesondere auf deutschsprachiger Seite dazu führte, daß für zahlreiche Berufe kaum Ausbilder zur Verfügung stehen konnten, und zwar weder Personal mit Studientitel noch Personal, das die entsprechenden Berufe ausübte und imstande war, sie weiterzugeben. Denken wir nur, daß die Berufsstruktur bei uns bis in die 60er Jahre herauf doch wesentlich stärker ländlich charakterisiert war und daß deswegen eine ganze Reihe von Berufen, die mehr im städtischen, industriellen und dann tertiären Bereich angesiedelt sind, denken wir an alle die Berufe, die in Fabriken, die im Zusammenhang mit der Mechanisierung, in der Elektrotechnik, in der Mechanik usw. gebraucht werden, daß dafür einfach nicht die Voraussetzungen gegeben waren. Wir erkennen also an, daß das bisherige Berufsschulwesen durchaus aus dieser Mangelsituation heraus erwachsen ist und wir finden es deshalb auch richtig, Herr Landesrat, daß auch mit diesem Gesetz eine Reihe von Situationen bereinigt werden von Leuten, die seit langem und im großen und ganzen verdienstvoll in der Berufsausbildung tätig sind und daß man denen jetzt endlich ihren Arbeitsplatz stabilisiert oder ihre Aufstiegsmöglichkeiten regelt usw. Aber wenn wir uns statt also mit dem Königreich Berufsausbildung nur mit dem Hofstab Personal oder nur mit dem Hinterhof Sanierung von komplizierten Situationen beschäftigen, dann wird sich die Situation der Berufsausbildung nur schwer in den Griff bekommen lassen. Deswegen sind wir der Meinung - und wir haben das auch in eine Tagesordnung gekleidet und ich sehe inzwischen, daß auch von anderer Seite eine, glaube ich, ähnlich gelagerte Tagesordnung eingelangt ist, die schon zur Verteilung gekommen ist -, deswegen sind wir der Meinung, daß es höchste Zeit ist, und wir möchten diesbezüglich eine politische Verpflichtung, die der Landtag heute anläß-

lich der Diskussion zu diesem Gesetz treffen sollte, meinen wir, dahingehend erreichen, daß sich die Landesregierung hier verpflichtet, und daß der Landtag sie verpflichtet ein Rahmengesetz zur Reform des Berufsbildungswesens in angemessener Zeit vorzulegen.

Ich höre mit Vergnügen, daß es angeblich im Landesausschuß eingebracht sei, aber ich höre jetzt hier und es tut mir leid, daß der Kollege Frasnelli immer nervös wird, wenn man von der Landesregierung etwas einfordert, was, wie ich höre, jetzt erst im Landesausschuß eingebracht ist. Aber wie gesagt, wenn man sieben Jahre, so steht es im Begleitbericht zu diesem Gesetz, an einem Personalgesetz herumlaboriert, wo einzelne Situationen, der einzelne Bibliothekar, der Direktor der Hotelfachschule usw. geregelt werden, dann halten wir es für wichtiger und für produktiver, eben aus diesem Hinterhof oder sich über diesen Hinterhof auch irgendwie zu erheben und ein umfassendes Gesetz punkto Berufsausbildung vorzulegen. Und dieses umfassende Gesetz, wir schreiben das auch in unserer Tagesordnung, muß...

**FRASNELLI (SVP):** (Unterbricht)

**LANGER (AS):** Würden Sie den Herrn Frasnelli zum Schweigen bringen, bitte, Herr Präsident, die anderen, die unterbrechen, bringen Sie auch immer pünktlich zum Schweigen. Danke.

**PRESIDENTE:** Prego nuovamente i signori consiglieri di non disturbare l'oratore!

**LANGER (AS):** Zwischenfragen sind immer sehr willkommen und auch ein kleiner Zwischenruf, aber wenn das dann gleich die Replik der Landesregierung vorwegnimmt, dann ziehen wir es vor, daß Kollege Frasnelli seine immer interessanten Ausführungen und Belehrungen dann in Form eines eigenen Redebeitrages vorbringt.

Wir glauben also, daß es höchste Zeit ist, daß die Grundsätze, an denen sich die Berufsausbildung orientiert, irgendwo definiert werden, daß man Klarheit darüber schafft, daß die Grundausbildung, auf die heute ein jugendlicher Anspruch haben kann, sicher nicht mehr dazu reicht, eben sein ganzes Berufsleben damit dann auszukommen, daß man deswegen eine passende Abstufung finden wird müssen zwischen allgemeiner Grundausbildung, auch berufsbezogener Grundausbildung und der entsprechenden Spezialisierung. Und wir glauben in diesem Fall, daß es auch Zeit wird, daß das Land seinerseits Schritte ergreift, unabhängig davon, ob der Staat jetzt die zwei Jahre weiterführende Pflichtschule einführt oder nicht, d.h. jetzt, die zwei Jahre nach der Mittelschule, wenn also im großen und ganzen die Schüler, die ohne Schulverspätung dort hingekommen sind, sind also dort 13 bis 14 Jahre alt, daß sie die zwei Jahre bis 15, 16 Jahre noch eine allgemeine weiterführende Schule besuchen. Das wird vom Berufsbildungswesen dann erfordert, daß man sich darauf einstellt. Es wird



sehr viel darauf ankommen, ob diese weiterführende Schule stärker auch in eine technisch-wissenschaftliche Richtung arbeitet und deswegen den Schülern nicht nur die sogenannte Allgemeinbildung mitgibt, auf die wir weiterhin großen Wert legen würden. Also, wir meinen nicht, daß jemand, der Installateur oder Mechaniker oder Bauer, oder Bäcker oder sonst etwas wird, oder Elektrotechniker oder Informatiker, also Datenverarbeiter oder ähnliches, daß der ohne die sogenannte Allgemeinbildung (Geschichte, Geographie, Sprachkenntnisse, Bürgerkunde und ähnliche Fächer) auskommen soll. Wir sind also keinesfalls dafür, daß sich die Berufsausbildung nur mit den berufsspezifischen Fächern beschäftigt, wir meinen, daß gerade auch die Berufsausbildung, und da wurde manches bisher vernachlässigt, auch imstande sein muß, den Schülern, den Lehrlingen, den jungen Menschen, die wahrscheinlich in den allermeisten Fällen später nie mehr eine allgemeinbildende Schule oder Universität oder ähnliches besuchen werden, daß die gerade auf dem Weg über die Berufsausbildung auch jenes Allgemeinwissen, jene bürgerkundliche oder staatsbürgerliche Grundausbildung mitbekommen müssen, die in den allgemeinbildenden Schulen gegeben wird. Nur ist bei der Berufsausbildung mehr noch als sonst der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis zu wahren. D.h. bei der Berufsausbildung kommt es noch wesentlich mehr als bei der allgemeinbildenden Schule darauf an, daß die Leute, die das Wissen an die Jugendlichen oder an die schon beschäftigten Arbeiter oder an die Arbeitslosen weitervermitteln, imstande sind, einen Zusammenhang mit der tatsächlichen Berufspraxis, mit den Betrieben usw. herzustellen. Deswegen werden wir uns zwar nicht frontal gegen diesen Gesetzentwurf stellen und deswegen sind wir nicht dagegen, daß die Personalordnung der Berufsausbildung geregelt und reformiert wird, aber wenn die Berufsausbildung sozusagen ausschließlich über landeseigenes Personal geleistet werden sollte, daß sie sich immer stärker zu nur Lehrern entwickeln wird, bzw. zu nur Beamten, dann würde uns das nicht befriedigen. Deswegen fordern wir von der Landesregierung, daß sie sich in einem solchen Rahmengesetz auch die entsprechenden Gedanken macht über die Querverbindung erstens zur allgemeinbildenden Schule und insbesondere zum weiterführenden Biennium, das ja kommen wird, zweitens zu den Betrieben und drittens auch zu spezialisierten Agenturen, Firmen, usw., die für die berufsbezogene Weiterbildung sorgen.

Was steht bisher einer solchen Reform entgegen? Wir haben den Eindruck, daß einer solchen Reform nicht nur die Trägheit der Gewohnheit usw. entgegensteht, sondern auch die Tatsache, daß das Berufsausbildungswesen bei uns heute dermaßen auf verschiedene Assessorate verzettelt ist, daß jeder einzelne sein Stück Macht, sein Stück Einflußbereich, sein Stück Personalordnung, sein Stück Einfluß auf Einstellung in den Landesdienst, sein Stück politische Macht über die Direktoren und Inspektoren verteidigt. Der Landesrat für Landwirtschaft, der die Berufsausbildung für Landwirtschaft streng in seinen eigenen Händen behält und sie immer wieder aus dem gesamten Bereich der Berufsbildung und Ausbildung heraushalten möchte, damit nur ja niemand irgendwie seinen Machtbereich Land-

wirtschaft tangiert. Die Assessoren für Handel, für Handwerk, für Industrie, für Gesundheitswesen, die alle ihr Stück Berufsausbildung unter Kontrolle behalten möchten. Aber in Zukunft könnten es auch andere sein z.B. der Landesrat für Gebietskörperschaften oder der Landesrat für Wildbachverbauung, die brauchen ja auch Fachkräfte. Warum ist es nicht denkbar, daß z.B. die Leute, die in der Wildbachverbauung oder in der Forstverwaltung oder in den Gemeindediensten tätig sind, und zwar nicht nur in den bürokratischen Gemeindediensten, Schalteredienst usw., sondern Gas, Licht, Wasser, Straßen, usw., also die konkreten Gemeindedienste, die die Gemeinden eben für den Alltag der Bürger liefern oder liefern sollten, oder beispielsweise die Bereiche, von denen ich schon gesprochen habe, die nicht das Land direkt verwalten, aber wo die Berufsausbildung zu verwalten wäre, Eisenbahn, Post, Rentenverwaltung, Elektrogenossenschaft, ENEL usw. Das wären lauter Bereiche, wo wir durch eine entsprechende Berufsausbildung die Möglichkeit wahrnehmen könnten, einerseits den Leuten das Rüstzeug mitzugeben für eine entsprechende Berufsausbildung und damit auch die Findung eines Arbeitsplatzes erleichtern würden, und auf der anderen Seite wäre das ein Bereich, wo man garantieren könnte, daß eine flexible und schnell anpaßbare Ausbildung geliefert wird, die man auch entsprechend schnell und flexibel dann den sich verändernden Gegebenheiten anpassen kann. Denn wenn wir sehen, wie langsam die staatliche Schulreform vorankommt bzw. überhaupt nicht vorankommt, und wenn wir sehen, wie schwerfällig es allgemein ist, die allgemeinbildenden Schulen zu reformieren, dann glaube ich, müßte man die Chance, die in dieser Landeskompetenz liegt, wesentlich stärker und wesentlich mehr wahrnehmen.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt kurz hervorheben, nämlich die Frage Erwachsenenbildung. Es geschieht bestimmt bei uns in Südtirol einiges zur Erwachsenenbildung, vieles wird über Vereine oder Körperschaften geleistet, von den Volkshochschulen bis zu den Kursen beispielsweise für Zweisprachigkeit, zur Erreichung der Zweisprachigkeitsbescheinigung usw. Aber wenn wir denken, daß gerade im Bereich der Weiterbildung und Umschulung erwachsener Arbeitskräfte und auch potentieller Arbeitskräfte, ich rede von den Arbeitslosen, aber ich rede auch von Leuten, die vielleicht im Laufe ihres Lebens, insbesondere Frauen, nachdem sie vielleicht eine längere Zeit im Haushalt verbracht haben, vielleicht Kinder großgezogen haben, dann eine weitere Zeit ihres Lebens in einem Beruf oder zumindest in einer Teilzeitarbeit verbringen möchten. Auch dafür braucht es Ausbildung, denn wenn wir nicht nur wollen, daß Leute irgendwo als unqualifizierte Verkäuferin oder Serviererin oder Liftpersonal beim Skilift oder so etwas beschäftigt werden, dann braucht es eine entsprechende Ausbildung. Daher ist unsere erste und grundlegende Bemerkung und Kritik zu diesem Gesetz, daß man hier weiterhin am Personal herumreformiert, bzw. kleinere Fachbereiche regelt und wir werden dann bei der Debatte über die einzelnen Artikel darauf noch näher zu sprechen kommen. Es hat jetzt wenig Sinn, daß ich bei der Generaldebatte darauf noch näher eingehe, aber was wir vor allem vom Land fordern ist, daß es endlich seinen Blickwinkel

ändert punkto Berufsausbildung, daß man also nicht mehr den Weg über die Personalgesetzgebung als den zentralen Weg zur Steuerung der Berufsausbildung geht, sondern daß man endlich die Grundsätze der Berufsausbildung erarbeitet, zur Diskussion stellt und verabschiedet.

Ich werde dann zu den einzelnen Punkten, zu denen wir zum Teil auch Abänderungsanträge gebracht haben und zu einzelnen Sachfragen lieber in der Sachdebatte Stellung nehmen, denn wir wollen nicht verschweigen, daß dann in dieses Gesetz auch eine ganze Reihe von Dingen eingebaut worden sind, die darauf abzielen, das Berufsschulwesen nicht etwa zu reformieren, sondern die darauf abzielen, die politische Kontrolle und zum Teil auch die ideologische Kontrolle über das Berufsschulwesen sogar noch zu verschärfen. Denken wir z.B. an die Bestimmungen über die Verpolitisierung, über die noch weitere Verpolitisierung der Direktoren- und Inspektorenposten, denken wir an die Bestimmungen über den Religionsunterricht und alles mögliche, was man hier noch anbringen könnte, aber was wir lieber in der Einzeldebatte zu den Artikeln vorbringen werden.

Ich kündige also jetzt an und wir haben es auch abgegeben, daß wir eine Tagesordnung zu diesem Gesetzentwurf einbringen, um eine Verpflichtung des Landtages punkto Reform des Berufsbildungswesens herbeizuführen.

**BARBIERO-DE CHIRICO (PCI):** Riprenderò anch'io alcune questioni sollevate da Langer e svilupperò un certo ragionamento attorno a questa legge. Alcune questioni le riprenderò da Langer, perché in effetti sono questioni importanti che non possono essere eluse dal Consiglio e dalla Giunta provinciale.

Per prima cosa devo dire che una legge che con la dovuta attenzione guardi alle nuove problematiche legate alla formazione professionale è utile, necessaria, ed è anche giusto che finalmente una legge accolga, anche se pur parzialmente, le richieste che ormai da anni ed anni vengono puntualmente avanzate dal personale della formazione professionale. Quindi, una legge che regolamenti il personale della formazione professionale è necessaria, anzi arriva semmai in ritardo, perché è aspettata da molti anni e perché ci sono stati anche molti rinvii che hanno decisamente messo a dura prova la pazienza, provata, manifestata moltissime volte dal personale della formazione professionale. Non vi sono quindi dubbi sull'importanza e sulla necessità che l'Amministrazione provinciale vari un nuovo ordinamento del personale della formazione professionale. La legge ci vuole, è una legge attesissima, arriva in ritardo e io credo che non sia giustificabile, nel senso che se è vero che è stata fatica mettere insieme ben sette Assessori - Langer ricordava prima com'è frantumata la formazione professionale, come molti Assessori sono interessati e cointeressati ad essa -, anche il fatto che ci siano state delle oggettive difficoltà a mettere insieme opinioni diverse, non si giustifica però un ritardo di ben sei anni ed anche non si giustifica il continuo rinvio di anno in anno della legge.

Detto questo, vorrei sollevare, evidenziare alcuni rilievi critici che riguardano questioni sia di metodo che di merito. Per quanto riguarda il metodo, secondo me, v'è da criticare in maniera decisa il fatto che l'Amministrazione provinciale vada a varare il nuovo ordinamento del personale della formazione professionale senza aver prima varato una nuova legge-quadro sulla formazione professionale o senza prevederla contestualmente a questa legge.

C'è stata un'interruzione prima del consigliere Frasnelli che diceva che la legge c'è già, la Giunta la sta discutendo. Non so se questo è vero, ma a noi comunque nessuno ha dato questa informazione. E poi, ancora, nel corso di ben 8 o 10 riunioni della Commissione che ha discusso questa legge assieme agli Assessori e ai funzionari competenti, nessuno ci ha mai detto che la legge-quadro che noi chiediamo, che è utile, necessaria come il pane, la stanno elaborando, quindi per noi rimane un oggetto sconosciuto e misterioso. E' un oggettivo handicap operare sulle questioni relative al personale della formazione professionale in assenza di una nuova legge sulla formazione, legge necessaria, se vogliamo che la formazione professionale della nostra provincia sia moderna, funzionale alle richieste del mercato del lavoro, sia insomma, in una parola, una formazione professionale efficiente.

Tutti noi vogliamo questo: allora diamoci anche gli strumenti adeguati perché questo obiettivo possa essere perseguito e realizzato. Secondo me, ci troviamo di fronte ad un modo di procedere dell'Amministrazione provinciale che non è sicuramente ottimale. Non credo che questa critica possa sembrare demagogica od altro. Non è questo il modo migliore per procedere a regolamentare l'intero settore della formazione professionale. La critica mi pare quindi che abbia un suo fondamento e chiedo che non venga sottovalutata. E cerco di sviluppare questo concetto.

La legge provinciale della formazione professionale risale al 1962. Credo che chiunque abbia un po' di buon senso, chiunque veda le cose con obiettività e oggettività si chieda se davvero una legge che risale a 25 anni fa possa essere ancora una legge valida, possa essere ancora uno strumento valido sul quale operare. Credo veramente che non si possa operare efficacemente nel settore della formazione professionale con criteri che risalgono a 25 anni fa. Parliamo sempre del fatto che le modifiche in atto della società sono velocissime; molte volte discutiamo sul fatto che le leggi arrivano sempre in ritardo rispetto ai processi di modifiche che avvengono nel vivo della realtà sociale. Ebbene, in questo caso davvero noi arriviamo in notevolissimo ritardo, e in più avendo competenza primaria in materia. Quindi, si sarebbe dovuto varare leggi riguardanti la formazione professionale anche prima della legge-quadro nazionale, che è del 1978, se si avesse avvertito la necessità di dotarsi di una legge all'altezza della situazione, all'altezza anche delle modifiche in atto. A me pare grave il fatto che l'Amministrazione provinciale non abbia mai in questi anni pensato a varare una nuova legge-quadro sulla formazione professionale, e che ora si arrivi a varare quella giusta e attesa che rego-

lamenta il personale, senza però pensare contestualmente a varare una legge di questo tipo.

Perché è importante che si vari questa nuova legge? Perché la struttura della formazione professionale necessita di profonde modifiche. Il sistema formativo - lo abbiamo detto più volte - deve ormai spostarsi su quello che si può definire l'anno prima del lavoro. Constatiamo per esempio che a tre anni dall'uscita dei corsi di base solo il 70% dei giovani ha trovato impiego. Cosa vuol dire? Che c'è una certa sfasatura tra formazione professionale e richiesta del mercato del lavoro. E poi ancora, di questi giovani, di questo 70%, una buona parte ha trovato collocazione in qualifiche non corrispondenti alla formazione acquisita. Se succede questo, se ci sono questi scarti tra sistema formativo e accesso al mondo del lavoro, è evidente che qualcosa va cambiato. E' evidente che c'è una certa obsolescenza nel sistema formativo.

Si deve poi anche considerare lo stato di confusione in cui si verterà a trovare la formazione professionale con l'avvento della riforma della scuola media secondaria superiore - l'haghiá detto Langer - ed è un argomento importante. Certo, la riforma della scuola media superiore è un'altra di queste riforme che attendiamo da decenni; per fortuna non è stata ancora varata e così abbiamo tempo per adeguare la formazione professionale nostra alle conseguenze di questa riforma. Però è evidente che non possiamo contare sui ritardi dello Stato per giustificare una nostra inerzia dell'attività; non possiamo contare sempre su sbagli, errori, ritardi degli altri per dire che se gli altri non fanno niente, anche noi stiamo qui statici e non ci muoviamo. E' evidente che la riforma della scuola media superiore prima o poi entrerà in vigore ed è evidente il fatto che aumentando di due anni l'obbligo scolastico farà in modo che gli utenti della formazione professionale avranno due anni in più. Si pongono insomma nuovi problemi alla formazione professionale che, ripeto, si troverà a fare i conti con un'utenza di due anni superiore.

Allora, rispetto a questi due dati, cioè una certa obsolescenza del sistema formativo e rispetto anche alla necessità di adeguarsi per tempo alle conseguenze che la riforma della scuola media superiore avrà sulla formazione professionale, è davvero necessario che la Provincia si prepari in tempo ad affrontare la nuova condizione. E' necessario che il sistema della formazione professionale si evolva in modo da non svolgere più una funzione raffazzonata, di formazione per giovani sprovveduti di una cultura di base, perché questa più o meno è adesso la formazione professionale, nonostante gli sforzi che gli educatori stanno compiendo per rendere la formazione professionale migliore di quella che è, anche in assenza di una legislazione provinciale moderna ed adeguata; cioè gli sforzi ci sono, gli sforzi degli operatori sono importanti, vanno valutati con la dovuta attenzione, ma è evidente che anche gli operatori si trovano ad operare e a lavorare per migliorare la formazione professionale in assenza di una legislazione provinciale moderna ed adeguata. Anche loro quindi si trovano in grosse difficoltà.

Dicevo che è necessario che la formazione professionale diventi qualcosa di diverso da quella che è stata fino ad ora, e bisogna davvero che si concentri sulla qualificazione complementare di secondo livello, che si concentri sulla qualificazione flessibile, che sia in grado di accrescere le probabilità di accesso al lavoro dei giovani, e che sia fatto in modo che - anche questo è un argomento importante che non è stato toccato questa mattina - la formazione professionale flessibile, meno rigida rispetto all'oggi sia in grado anche di alleggerire gli elevati costi, per esempio, delle imprese per l'aggiornamento spesso radicale dei neo-assunti.

Detto questo, mi pare chiaro che non si possa non dire che non vi è la necessità di una nuova legge che venga discussa e varata in tempi brevi, perché non è possibile operare sulla formazione professionale rispetto al personale senza operare poi anche sul sistema della formazione professionale nel suo complesso. A questo proposito ho presentato un ordine del giorno che impegna la Giunta provinciale a predisporre e varare con urgenza - non ho detto i tempi - una nuova legge provinciale in materia di formazione professionale per tutte le questioni che ho cercato di dire.

Entro ora nel merito della legge e parto ovviamente dalle critiche, parto dall'evidenziare quali sono i lati deboli della legge. Non so se poi gli emendamenti che continuamente ci vengono presentati verranno incontro alle esigenze che dico, non lo so, perché fra un po' ci viene presentata una nuova legge; abbiamo discusso per 10 giorni in Commissione e non è stato presentato neanche una virgola di emendamento, solo correzioni formali, mentre ieri e oggi sono arrivati una ventina di emendamenti da parte della Giunta e dei partiti di maggioranza. Non so, vedremo, comunque la discussione io la faccio sul testo uscito dalla Commissione, perché non ho avuto nemmeno il tempo di vedere gli emendamenti.

Fino a questo punto la legge non dà risposta a tre questioni importanti che sono state giustamente sollevate dalle organizzazioni sindacali. Prima questione: il disegno di legge non supera l'attuale struttura eccessivamente rigida - lo abbiamo detto tante volte - dell'organizzazione interna della formazione professionale e secondo me invece dovrebbe essere garantita all'interno della formazione professionale la possibilità di realizzare degli interventi formativi flessibili o mirati alle specifiche esigenze del mercato del lavoro e mirate anche ai processi di ristrutturazione in corso nelle aziende. Questa flessibilità non esiste, non c'è, è ancora tutta da inventare, e questo disegno di legge avrebbe potuto dare una risposta positiva ai problemi di questo tipo.

Seconda questione: dovrebbe essere garantito un controllo sul sistema formativo in azienda. Sono state fatte molte critiche su come avviene concretamente la formazione lavoro e sono critiche serie, fondate, perché molte volte non sappiamo cosa succede, non sappiamo come l'azienda utilizzi i giovani in formazione lavoro. Secondo noi, ci dovrebbe essere un controllo, dovrebbe essere garantito per legge un controllo sul siste-

ma formativo in azienda e per fare questo ci si potrebbe agganciare alla legge n. 30 sull'apprendistato. Si potrebbe insegnare agli insegnanti la funzione di ispettori o di consulenti delle aziende per quanto riguarda il tirocinio pratico che i giovani in formazione fanno. In pratica noi chiediamo che vi sia la possibilità che gli insegnanti accedano ai luoghi di lavoro. La legge non dá una risposta a questo, a meno che l'assessore in uno dei suoi emendamenti non l'abbia previsto; meglio se lo troviamo. Per ora la legge non dá risposta a questa necessità fondamentale.

Terza questione: pensiamo anche ai giovani in formazione lavoro, ai loro diritti. Credo che la legge sulla formazione professionale debba agire in un'ottica complessiva, non debba vedere solamente il problema di chi fornisce il servizio, ma debba agire anche nell'ottica di chi fruisce del servizio. Se noi vogliamo agire nell'ottica di chi fruisce del servizio, dobbiamo anche chiederci cosa possiamo fare per i giovani in formazione lavoro. Ora, questi giovani non hanno uno status sindacale che garantisca loro diritti quali l'assemblea, l'affissione di manifesti, l'informazione, per esempio. Noi dobbiamo prevedere tutto questo, perché non è possibile che un disegno di legge sulla formazione non tenga conto anche di chi fruisce del servizio. Non credo che neanche questo sia un aspetto secondario. Comunque su queste tre questioni importanti, che ho cercato in fretta di dirvi, non vi sono nell'attuale disegno di legge delle risposte adeguate.

Molti emendamenti sono stati presentati dalla Giunta, altri da consiglieri dei partiti di maggioranza; emendamenti sono stati presentati dal gruppo comunista, altri dalla Lista Alternativa; vedremo in sede di discussione articolata di approfondire tutti gli argomenti che lí vengono trattati, però alcune questioni le anticipo, anche se poi la discussione più approfondita la faremo in quella sede. C'è una questione che balza agli occhi di tutti. Abbiamo visto che in questa legge vi sono alcuni articoli con fotografia, vi sono articoli con fotografie singole, vi sono articoli con fotografie di gruppo, e per quanto riguarda le fotografie singole conosciamo nome, cognome e la storia anche magari di quella persona; per quanto riguarda le fotografie di gruppo altrettanto. E' evidente che questo ci mette un pochino in difficoltà; è vero che siamo abituati a sapere che la politica non è una cosa così pulita e limpida, però un po' in difficoltà ci mette. Non voglio creare scandalo su questa questione, però è evidente che articoli di questo tipo rimandano ad una gestione politica della formazione professionale che suscita perlomeno dubbi sulla correttezza del modo di procedere o di operare. Il tutto non è edificante, come non lo è il fatto che questa legge sulla formazione professionale venga firmata solo dall'assessore Saurer, perché è formazione professionale in lingua italiana e in lingua tedesca, con due Assessori competenti: Sfondrini e Saurer. Questa legge non riguarda solo la formazione professionale in lingua tedesca, ma anche quella in lingua italiana e allora mi sembra che sia logico chiedersi come mai l'assessore Sfondrini non ha firmato questa legge. Si è dimenticato? Non lo so. Spero che si

possa dare una spiegazione anche a questo, perché è un po' anomalo il fatto che non ci sia la firma di tutti e due gli Assessori.

Adesso procedo in fretta dicendo che ci sono tutta una serie di questioni importanti che affronteremo meglio in discussione articolata, però sono questioni a cui voglio accennare. C'è la questione riguardante gli obblighi di servizio del personale insegnante; c'è la questione riguardante l'orario di servizio degli educatori; c'è la questione riguardante il passaggio di qualifica, l'istituzione di nuovi uffici che servono, ma ho visto che ci sono degli emendamenti anche in questo senso; c'è la questione degli insegnanti di religione che è stata trattata prima un po' di sfuggita. Voglio solo dire, riguardo agli insegnanti di religione, perché sugli altri argomenti mi soffermerò più tardi, che qui c'è una questione di fondo che va assolutamente affrontata. La legge a mio avviso adotta la soluzione peggiore. Noi riteniamo che gli insegnanti di religione dovrebbero far riferimento alle normali graduatorie degli insegnanti. Questo nella legge non è previsto. Gli insegnanti di religione sono incaricati dalla Curia per una specifica scuola e questo modo di procedere crea a mio avviso discriminazione fra il personale ed ancora è un modo di procedere inopportuno sul piano della funzionalità. Pensate che se la Curia decide di ritirare la cosiddetta "missio canonica" ad un insegnante di religione, questo insegnante, benché assunto dall'Amministrazione provinciale, potrebbe vedere decadere il proprio incarico. Ci troveremo di fronte ad un'interferenza fra un ente, in questo caso la Chiesa, e l'Amministrazione provinciale, che potrebbe provocare handicaps di questo tipo. Ne abbiamo discusso in Commissione in modo anche abbastanza approfondito. Nessun consigliere ha potuto dire che è una questione che non conta. Non so se negli emendamenti presentati si correggerà questo modo di procedere, ma badate che se la legge verrà varata in questo modo, si crea oggettivamente discriminazione fra il personale e oggettivamente si dà la possibilità di interferenza di un ente su un altro, che è un assurdo sul piano giuridico. Non è quindi una questione di lana caprina.

Altra questione è il passaggio di qualifica, che potrebbe sembrare una questione di poco conto, corporativa, ma non lo è affatto. Non si comprende perché sia stata eliminata dal disegno di legge che ci è stato presentato, mentre invece compariva in altre bozze precedenti, la norma riguardante il passaggio di qualifica per il personale diplomato e tecnico. Sappiamo invece che esiste un accordo firmato fra sindacati e Amministrazione provinciale che prevede lo sviluppo di carriera su due livelli, cioè per il personale diplomato e tecnico il sesto e settimo livello, per i laureati il settimo e ottavo. In questo disegno di legge le cose rimangono in questo modo, cioè non si prevede il passaggio di qualifica per il personale diplomato e tecnico, mentre invece si considera ormai avvenuto il passaggio all'ottava qualifica del personale laureato di ruolo. Noi sollecitiamo, rispetto a questo, una maggiore coerenza e una maggiore equità nella gestione del personale.



Cosa vuol dire coerenza ed equità, per non usare sempre parole belle, su cui tutti siamo d'accordo e poi non si riesce a tradurle in pratica? In questo caso coerenza ed equità si possono ottenere in un solo modo, nel riconoscere cioè che la funzione docente è unica, basata su un'identità di mansioni, che la commissione paritetica per i profili professionali ha già riconosciuto. Ovviamente vanno fatte salve le diversità legate ai titoli di studio, perché è evidente che va tenuto conto che uno è laureato e l'altro diplomato, certo; ma detto questo è evidente che va anche riconosciuta questa unicità della funzione docente sia da parte del personale laureato che da parte del personale tecnico e diplomato. Insomma, se l'Amministrazione provinciale intende rifiutare la logica delle regalie ed intende invece ristabilire criteri di equità del trattamento del personale, deve prevedere un modello di sviluppo di carriera che riconosca sì un diverso inquadramento iniziale in rapporto ai titoli di studio, ma che contemporaneamente sappia tener conto di quella che viene chiamata l'unicità della funzione docente. E' una questione che riteniamo debba essere guardata con particolare attenzione da parte di Assessori competenti in primo luogo, ma anche da parte di quei consiglieri che si interessano di questa questione.

Anche per quanto riguarda le carriere ausiliarie diciamo che vanno eliminate le indubbe sperequazioni che vi sono all'interno di queste carriere: pensiamo ai magazzinieri, agli inservienti del convitto, a chi è addetto al guardaroba, alla biblioteca; chiediamo in pratica che ci sia un'equità di trattamento che superi le indubbe sperequazioni che attualmente sono in atto. Chiediamo in pratica un organico di convitto che stabilisca figure e competenze.

E non è possibile assumere gente con contratti privati superando anche l'art. 69 del Testo Unico riguardante la formazione professionale. Non è possibile andare avanti in questo modo; bisogna mettere ordine in tutto questo settore che riguarda la carriera ausiliaria.

Ancora, per le variazioni di organico è necessario un opportuno riadeguamento della pianta organica, ma questo riordinamento deve prevedere delle variazioni che interessano in modo giusto tutte le diverse qualifiche.

Come si è potuto capire dalle cose dette da me e prima dette da Langer, le questioni sono complesse. Il disegno di legge viene incontro sicuramente ad alcune esigenze poste dal personale della formazione professionale ed alcune delle soluzioni adottate dal disegno di legge sono giuste e adeguate. Altre invece non lo sono. Ci auguriamo che il dibattito in aula possa essere costruttivo, in cui le proposte di miglioramento della legge che vengono fatte non vengano, come succede quasi sempre, respinte; ci auguriamo insomma che ci possa essere un reale confronto tra proposte della Giunta e proposte che vengono fatte dai banchi dei consiglieri e in particolare dai banchi dell'opposizione, in modo che una legge tanto attesa possa davvero significare un punto fermo, di arrivo importante e non possa essere nuovamente oggetto di contestazioni, di nuovi

malumori e di nuove proteste. Ci auguriamo che l'assessore Saurer, che é firmatario della legge, e che anche l'assessore Sfondrini competente in materia, nonostante non abbia firmato, in maniera misteriosa, la legge, si confrontino con noi in maniera proficua e costruttiva. Questo credo sia l'augurio migliore per i lavori di oggi.

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

WALTRAUD GEBERT-DEEG

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Das Wort hat Abg. Achmüller.

**ACHMÜLLER (SVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch einige kurze Bemerkungen meinerseits zu diesem Gesetz.

Es handelt sich hier, wie schon mein Vorredner gesagt hat, um ein Gesetz, welches einen schwierigen Werdegang hinter sich hat und ich kann mich erinnern, daß bereits in der vergangenen Legislatur zwischen Landesräten und Gewerkschaften Verhandlungen durchgeführt worden sind, etwa um die Reduzierung der Stundenzahl und ähnliches, aber man konnte damals keine Einigung finden, bzw. keinen Abschluß der Verhandlungen herbeiführen. Umso erfreulicher ist es, daß es jetzt so weit ist, daß das Gesetz jetzt verabschiedet werden kann und dieses Gesetz enthält jetzt eine Lösung der meisten offenen Punkte zumindest bezüglich des Personals, des unterrichtenden wie auch nichtunterrichtenden Personals; und soweit ich informiert bin, ist auch die weitgehende Zustimmung der Gewerkschaften da, mit denen auch bis zuletzt verhandelt worden ist. Auch ich bin mir bewußt, daß der beruflichen Ausbildung in der heutigen Zeit eine sehr große Bedeutung zukommt. Die Dinge verändern sich sehr rasch und die Entwicklung der Technologie macht große Schritte voran, auch die Produktionsweisen ändern sich und es ist klar, wer mit dieser Entwicklung Schritt halten will, der muß schauen, daß er gut ausgebildet ist, daß er auf dem laufenden ist und informiert ist. Deswegen ist es wichtig, daß sich auch die berufliche Aus- und Weiterbildung, und auf dem Sektor haben wir in Südtirol primäre Gesetzgebungskompetenz, sich dessen stets bewußt ist. Und es ist wichtig, daß wir diese Kompetenz, wenn auch die staatliche Schulreform, die ja den allgemeinbildenden Bereich betrifft, nicht weiterkommt und man bereits Jahrzehnte darüber diskutiert, daß besonders wir hier auf diesem Gebiete tätig werden und unsere Kompetenz möglichst extensiv ausnützen.

Aber dieses Gesetz soll jetzt nicht den Anlaß bieten, eine grundsätzliche Diskussion über berufliche Aus- und Weiterbildung abzuführen, denn dazu werden wir Gelegenheit haben, wenn das entsprechende Gesetz im Landtag vorgelegt werden wird, welches eine Reform des derzeitigen beruflichen Aus- und Weiterbildungsgesetzes vorsieht und welches, wie wir vorhin bereits gehört haben, bereits von der Landesregierung verabschiedet worden ist, bzw. von der Landesregierung behandelt wird. Ich möchte meine

Genugtuung darüber zum Ausdruck bringen, daß auch das Gesetz so weit ist und wir müssen immerhin in Erwägung ziehen, daß Landesrat Saurer erst seit zwei Jahren im Amt ist und ich glaube, es spricht für ihn, wenn er trotz der verschiedenen Verpflichtungen, die er auch in anderen Bereichen hat, im Gesundheitswesen etwa, im ganzen Bereich der Arbeit...

**LANGER (AS):** Dort ist er jetzt ja entlastet.

**ACHMÜLLER (SVP):** Das ist noch nicht geklärt, aber er ist noch nicht entlastet, Herr Abg. Langer, er trägt nach wie vor die Verantwortung und wenn die Probleme geklärt werden können, dann wird er sie auch wieder definitiv übernehmen und sonst nicht. Auf alle Fälle wollte ich damit sagen, daß die Bereiche, die Landesrat Saurer zu verwalten hat und in denen er die Verantwortung zu tragen hat, sehr umfassend sind. Und wenn es ihm trotzdem möglich war, innerhalb dieser zwei Jahre diese grundsätzlichen Reformgesetze einzureichen, dann hat er doch gut gearbeitet und...

**LANGER (AS):** (Unterbricht)

**ACHMÜLLER (SVP):** Ich bin zuversichtlich, daß es auch euren Vorstellungen entspricht. Abg. Langer, aus diesem Grunde sind wir der Überzeugung, der Meinung, daß die von euch vorgelegte Tagesordnung hinfällig ist, Gott sei Dank ist sie hinfällig, und es wird ja nicht lange dauern, bis wir die grundsätzliche Diskussion dann über diese Probleme hier abführen können.

Zur Grundausbildung als solcher gehören nun einmal auch wesentlich die Lehrer bzw. alle diejenigen, die damit zu tun haben. Und wenn hier ein Gesetz verabschiedet wird, welches das Personal betrifft und vor allem die Lehrer, dann muß ja auch davon ausgegangen werden, daß wir ein Interesse haben müssen, daß diese Lehrerschaft möglichst gut ausgebildet ist und diesbezüglich sind auch Bestimmungen enthalten über die Aus- und Weiterbildung der Lehrer. Sie wird im Art. 32 geregelt bzw. neu definiert. In diesem Bereich brauchen wir, Gott sei Dank, nicht zu warten, bis das pädagogische Institut erstellt ist, errichtet ist und zu arbeiten beginnt, weil wir in diesem Bereich Gott sei Dank die primäre Gesetzgebungskompetenz haben. Hier läßt sich sicherlich einiges herausholen. Es werden die Prozeduren der Durchführung von Aus- und Fortbildungskursen vereinfacht. In Zukunft soll es so sein, daß die Verwaltung jeweils veranstaltet und nicht mehr vom Landesausschuß beschlossen werden muß, bzw. es können öffentliche und private Körperschaften und Anstalten betraut werden mit solchen Aus- und Weiterbildungskursen.

Es fällt auch hier etwa die Erlangung der Fähigkeit für die Ausübung eines Lehrberufes hinein und das finde ich auch einen wesentlichen Fortschritt. Wichtig ist auch eine gewisse pädagogisch-didaktische Ausbildung, die in Zukunft zur Pflicht gemacht werden soll. Ich bin der Meinung, daß wir bisher auf diesem Gebiete zu wenig getan haben, vor allem

wenn wir davon ausgehen, daß auf den italienischen Universitäten Leute, die sich auf den Lehrberuf vorbereiten, im Bereich der Pädagogik so gut wie nichts mitbekommen und deswegen bin ich der Meinung, daß hier diese Lücke vom Land aufgefüllt werden muß, aber nicht nur diejenigen, die eine Universität machen, es sind ja in den Berufsschulen so viele andere Lehrkräfte tätig, die keine universitäre Ausbildung haben, auch für die natürlich ist eine pädagogische, also auch eine erzieherische Ausbildung sehr sehr wichtig, denn die Schule hat nicht nur die Aufgabe, Wissen und Informationen zu vermitteln, sondern eben auch Bildung bzw. zu erziehen.

Eine bessere Aus- und Weiterbildung der Lehrerschaft ist auch deswegen notwendig, weil sich in den vergangenen Jahren in der beruflichen Ausbildung in unserem Land eine gewisse Veränderung ergeben hat, obwohl das Gesetz als solches nicht abgeändert worden ist. Es sind die sogenannten Grundlehrgänge eingeführt worden und wir wissen, daß heute in allen größeren Ortschaften unseres Landes, vornehmlich auch dort, wo es eine Berufsschule gibt, solche Kurse durchgeführt werden und ich bin zufrieden, daß es sie gibt und wir haben auch von unserer Seite her immer wieder auf diese Notwendigkeit hingewiesen. Warum? Weil das eine alternative Ausbildungsmöglichkeit vor allem für diejenigen ist, die nicht im normalen Ausbildungsweg, im sogenannten dualen Ausbildungsweg ausgebildet werden können. Aufgrund der heutigen Gesetzgebung ist es so, daß ein Lehrling eine Berufsschule nur besuchen darf unter der Voraussetzung, daß er auch einen Arbeitsplatz hat. Nun wir wissen, daß die Anzahl der Arbeitsplätze und die Anzahl der Lehrstellen aufgrund verschiedener Umstände in den letzten Jahren zurückgegangen ist - ich gehe jetzt nicht auf die Gründe ein - und daß nicht alle, die eine Lehrstelle suchten, eine solche gefunden haben. Deswegen ist es wichtig und gut, daß es diese alternative Ausbildungsmöglichkeit über die Grundlehrgänge gibt, auch wenn es noch keine rechtliche definitive Klärung dieser Grundlehrgänge gibt. Derzeit sind sie sozusagen eine gewisse Ergänzung, aber sie bieten nicht die Voraussetzung etwa für einen Arbeitsplatz oder für eine anderweitige Ausbildung.

Wenn dies so ist, dann wird man sicherlich bei der Diskussion über das Gesetz, über die Aus- und Weiterbildung sich eingehender darüber zu unterhalten haben. Ich bin der Meinung, daß wir dahin kommen müssen, daß wir grundsätzlich jedem Jugendlichen, der die Pflichtschule verläßt und der nicht in eine allgemeinbildende Schule geht, die Möglichkeit geben müssen, eine berufliche Grundausbildung zu machen. Heute ist es noch so, daß nicht alle, die Interesse hätten für einen solchen Kurs, unterkommen können. Wir wissen, daß es vor allem in Bruneck und in Bozen hauptsächlich im handwerklichen Bereich eine viel größere Nachfrage gegeben hat als das Angebot imstande war zu verkraften, bzw. die Anzahl der angebotenen Klassen war geringer als die Anzahl der Eingeschriebenen, weit geringer. Aber nicht nur der Bereich des Handwerks, ich denke etwa auch an den Bereich der Mädchen. Es müßte doch in unserem Lande möglich sein, daß alle Mädchen, die keine anderweitige Ausbildung bekommen können im allge-

meinbildenden Bereich, zumindest eine Haushaltungsschule besuchen können, denn das können sie im Leben dann immer gebrauchen. Es ist niemand gezwungen, aber zumindest, die diese Schule besuchen können, sollen die Möglichkeit haben. Ich verweise darauf, daß im Land Vorarlberg diese Möglichkeit schon seit Jahren besteht...

**LANGER (AS):** Warum nicht für Männer auch?

**ACHMÜLLER (SVP):** Ich habe nichts dagegen, aber ich will damit nur darauf verweisen, daß in der beruflichen Ausbildung der Mädchen größere Schwierigkeiten da sind, weil Mädchen, insgesamt Frauen, aber auch Mädchen, von Arbeitslosigkeit mehr betroffen sind als die Männer, und auch bei den Jugendlichen die Mädchen mehr betroffen sind als die Burschen.

Wenn wir die Zahlen hernehmen, die uns die zuständigen Ämter schicken, daraus können wir es ja ersehen, dort sind auch bei den Jugendlichen zwischen 55 und 60% Mädchen, die arbeitslos sind, wobei der größere Teil der Jugendlichen, der größere Teil der Arbeitslosen insgesamt Jugendliche sind, leider Gottes. Aus diesen Zahlen muß ich eine gewisse Verantwortung ableiten, alles zu tun, um die Jugendlichen in die Lage zu versetzen, morgen einen Arbeitsplatz zu erhalten. Eine gute Ausbildung ist die beste Voraussetzung, morgen nicht arbeitslos zu sein. Wir ersehen das auch aus den Arbeitslosenzahlen, daß eine relativ große Anzahl von Pflichtschulabgängern, so von Leuten, die nur den Volksschulabschluß haben, die nur den Mittelschulabschluß haben, arbeitslos sind, die einen höheren Studienabschluß haben sind nicht mehr arbeitslos. Infolgedessen auch hier muß man dem unbedingt Rechnung tragen. Die Grundlehrgänge ist eines, etwas anderes sind die Fachschulen. Auch die sogenannten Fachschulen für Metall, Elektro, Holz und für verschiedene andere Sparten, wie sie in unserem Land angeboten werden, auch die sind eine ergänzende Ausbildungsmöglichkeit zum dualen Ausbildungssystem, auch diese Schulen sind gut als Schulen und die Leute lernen effektiv etwas darin, nur ist es so, daß diese Schulen noch nie eine richtig rechtliche Verankerung in dem Sinne gefunden haben, daß etwa die Titelfrage gelöst wäre. Die Titelfrage ist nach wie vor nicht gelöst. Deswegen müssen wir uns hier endlich etwas einfallen lassen, es kann nicht weiterhin so sein, daß die Abgänger dieser Schulen, die jetzt dreijährig geworden sind zum größten Teil, daß die für Staatsstellen etwa nicht anerkannt sind. Die bringen doch alle Voraussetzungen mit wie etwa eine staatliche Lehranstalt für die Industrie, die auch nur dreijährig ist. Die sind nicht schlechter als die, aber sie sind nicht anerkannt und deswegen müssen wir hier die Titelfrage lösen.

Mit diesen Grundlehrgängen und der Ausweitung der Fachschulen hat sich strukturell etwas im ganzen Bereich der Berufsschule geändert. Auch deswegen ist es wichtig, daß die Lehrer besonders auch auf diese Situation hin besser ausgebildet und vorbereitet werden. Auch das Behindertengesetz hat Neuerungen gebracht, wie aus dem Begleitbericht hervorgeht. Es sind die beschützenden Werkstätten geschaffen worden, die zunächst bei

den Berufsschulen angeschlossen waren, aber jetzt auf die Sozialzentren übergegangen sind. Jetzt gibt es im Rahmen der Berufsschulen die sogenannten Berufsfindungskurse für etwas leichter Behinderte. Ich finde auch diese Einrichtung gut, wenngleich ich der Meinung bin, daß vielleicht die Bezeichnung Berufsfindungskurse für diese Art von Kursen nicht gerade das richtige ist. Ich würde eher noch einen Kurs, eine Art Kurs herbeiwünschen oder wünschen, daß es ihn gäbe, der zwischen diesen Kursen für Behinderte liegt und den Grundlehrgängen für Leute etwa, die nicht behindert sind aber die lernschwach sind, die den normalen Pflichtschulabschluß nicht imstande waren zu schaffen. Wir wissen aus der Praxis, daß vor allem diese Leute Schwierigkeiten haben unterzukommen, vor allem in Betrieben unterzukommen und eine Lehrstelle zu finden, aber sie haben zum Teil auch Schwierigkeiten, in den sogenannten Lehrgängen unterzukommen und vielleicht auch deswegen, weil sie sich auch dort schwertun würden durchzukommen. Deswegen wäre es gut, wenn es noch ein abgestuftes Angebot für diejenigen gäbe, für die Lernschwachen, für etwas schwer erziehbare: ich weiß nicht, unter welchem Sammelbegriff man die zusammenfassen könnte.

Um diesen neuen Gegebenheiten gerecht zu werden braucht es eine gewisse Flexibilität, und diesem Gedanken ist in diesem Gesetz auch Rechnung getragen worden. Flexibilität auch deswegen, weil es ja eine ganze Palette von sogenannten Kurzkursen gibt, die vom Land angeboten werden und die von den verschiedenen Institutionen und Körperschaften und Verbänden ausgerichtet werden können und durchgeführt werden können, die vom Land finanziert werden und für die vom Land zum Teil auch das Lehrpersonal zur Verfügung gestellt wird und ähnliches. Also, wenn man hier den Erfordernissen gerecht werden will, dann braucht es eine gewisse Elastizität und dem hat man durch einige Bestimmungen Rechnung getragen. Ich denke etwa z.B. an jene Bestimmungen, wo man vorgesehen hat, daß bei Lehrern mit Teilauftrag von der Altersgrenze abgesehen werden kann bzw. die Altersgrenze erhöht worden ist. Ich denke an den Art. 14, welcher vorsieht, daß der Wochenstundenplan eines Lehrers für gewisse Zeitabschnitte bis zu 4 Stunden reduziert oder aufgestockt werden kann. Ich denke auch an den Art. 24, der eine gewisse Mobilität des Lehrpersonals gewährleisten soll und als Unterstützung dazu auch die Möglichkeit, Fahrtkosten zu erstatten für diejenigen, die in entlegene Schulorte hinbeordert werden. Die Regelung der Ruhetage und Urlaubsregelung kommt diesem Erfordernis auch entgegen.

Einen Artikel, den ich besonders hervorheben möchte, weil er dem Leistungsgedanken vor allem auch Rechnung trägt, das ist der Art. 47, welcher Schülern und Praxislehrern zu Vergleichszwecken und zum Ansporn die Möglichkeit bietet, ihre Arbeiten vorzustellen und an Leistungswettbewerben und Ausstellungen teilzunehmen. Auch das ist etwas Neues und trägt dazu bei, den Leistungsgedanken, der ja besonders in der heutigen Zeit immer im Vordergrund steht, vielleicht manchmal auch etwas zu viel, aber der diesem Prinzip Rechnung trägt und ich glaube, ein gesunder Lei-

stungswettbewerb ist immer gut und hoffentlich wird auch reichlich davon Gebrauch gemacht.

Mit dem Gesetz wird dann eine Reihe weiterer offener Probleme gelöst, so etwa die von mir bereits angesprochene Reduzierung der Arbeitszeit. Ich glaube, es ist gerechtfertigt, daß man hier doch die Möglichkeit der Ausdehnung des Stundenplanes etwas eingeschränkt hat und von den bisherigen möglichen 18 bis 24 Stunden Theorielehrer zurückgegangen ist auch auf 18 bis 20. Bei den Praxislehrern von den bisherigen 14 bis 30 Stunden auf 24 bis 26 Stunden. Ich glaube, wir können hier auch irgendwo den Vergleich mit dem Staat anstellen, wo die Stunden doch im Schnitt, die Stundenanzahl eine geringere ist und die Lohnverhältnisse beim Land heute nicht so viel höher sind, die eine solche Mehrleistung, wie sie bisher verlangt worden ist, gerechtfertigt hätten. Es wird dann auch das Problem Religionsunterricht im Sinne unserer Vorstellungen gelöst, bzw. auch die definitive Einstellung von Religionslehrern gelöst, die eine bestimmte Anzahl von Unterrichtsjahren und bestimmte Voraussetzungen bringen. Es wird auch das Problem der sogenannten Assistenten endlich gelöst, die aus der Kategorie des unterrichtenden Personals gestrichen werden und über diesen Weg sind ja in Vergangenheit oft Leute auch etwas eingeschleust worden. Ich glaube, es ist nicht richtig, es sollen hier von vorneherein klare Verhältnisse geschaffen werden.

Was die Zulassungstitel betrifft sind nun auch die Fachschulen des Landes bzw. die staatlichen Lehranstalten, höhere Lehranstalten zugelassen, allerdings mit einer zusätzlichen Berufspraxis. Auch die Anerkennung der von Heimerziehern im Ausland erworbenen Studientitel ermöglicht es, hier Leute aufzunehmen, die sicherlich dort keine schlechte Ausbildung genossen haben, eine Ausbildung, die vielleicht bei uns gar nicht angeboten werden konnte. Auch das Problem der ladinischen Lehrer ist einer Lösung zugeführt worden, in dem Sinne, daß ladinische Lehrer außerhalb der ladinischen Täler in die Stammrollen der deutschen und der italienischen Berufsschullehrer aufgenommen werden können und ich glaube, das ist ganz richtig, die ladinische Volksgruppe hat ja ohnehin größere Probleme als wir sie haben. Deswegen ist es wichtig, daß wir bei allen sich uns bietenden Gelegenheiten ihnen entgegenkommen.

Auch die Anerkennung von fünf Vordienstjahren, glaube ich, ist ein Akt der Gerechtigkeit und die Anerkennung der Abfertigung für diejenigen, die zumindest die Hälfte einer Mindeststundenverpflichtung aufweisen können. Daß man auch weiterhin Teilaufträge für Sekretariats- und Schulwartsdienste aufrecht erhält, das trägt auch dem Prinzip der Flexibilität und der Elastizität Rechnung. Besonders hervorheben möchte ich auch jenen Artikel, der diejenigen Fälle regelt, die aufgrund des politischen Mandates das Recht haben, vom Dienst wegzubleiben, zumindest eine bestimmte Zeit vom Dienst wegzubleiben. Wir wissen, daß das Staatsgesetz eine bestimmte Regelung vorsieht, eine Regelung, die so wie sie formuliert ist auf den Unterricht nicht leicht anwendbar ist. Deswegen hat man hier jetzt eine Pauschalreduzierung um 1/3 vorgesehen. Ich finde das sinnvoll

und das wäre auch ein Vorbild für die staatlichen Schulen. Auch die könnten sich daran orientieren und das so handhaben. Sonst weiß der zuständige Direktor nie, wie er sich verhalten soll, muß er dem Ersuchen des einzelnen jetzt entsprechen oder nicht. Im einen Fall wird es sehr extensiv ausgenützt, im anderen Fall weniger, und deswegen ist es gut, wenn das jetzt definitiv geregelt ist.

Ich finde es auch gut, daß neue Stellen als Berufsberater geschaffen werden, vor allem im Zusammenhang mit den Grundlehrgängen. Die Entscheidung, ob der Verwaltungs- und Disziplinarrat für das Berufsschulpersonal gesondert erhalten bleiben soll oder nicht, das kann man sicher von verschiedenen Seiten sehen. Sicher ist, daß zumindest das Lehrpersonal eigene Probleme hat und berufsspezifische Probleme hat und es nicht leicht machbar ist, sämtliches Lehrpersonal mit dem übrigen Landespersonal über einen Kamm zu scheren. Die Berufsschule ist eine etwas andere Welt und deswegen finde ich es ganz gut, wenn man denen die Möglichkeit läßt, ihre Probleme gesondert und autonom regeln zu können.

Das wäre das, was ich zum Gesetz zu sagen hatte. Ich habe nur auch den Wunsch, daß es hier bald zur Reform bzw. zur Ajourierung des beruflichen Aus- und Weiterbildungsgesetzes kommt, mit dem einige wichtige ausstehende und grundsätzliche Fragen gelöst werden können oder sollen, etwa die Titelfrage, die ich schon angesprochen habe, eine Möglichkeit der besseren Koordinierung zu den staatlichen Lehranstalten, ein besseres Angebot für die Erwachsenenbildung, ein besseres Angebot auch für die Umschulung, vor allem Umschulung von Arbeitern gefährdeter Betriebe bzw. Kurse für Arbeitslose und ähnliches.

Mit diesem Wunsche möchte ich schließen und möchte nochmals meine Anerkennung dem Landesrat Saurer dafür zollen, daß es ihm gelungen ist, dieses Gesetz jetzt vorzulegen. Und, wie gesagt, ich möchte wünschen, daß wir bald auch Gelegenheit haben, über das andere hier im Landtag zu diskutieren und es zu verabschieden.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** La parola alla signora Gebert-Deeg.

**GEBERT-DEEG (Vizepräsidentin - SVP):** Ich möchte auch zu diesem Gesetz kurz Stellung nehmen. Vor allen Dingen glaube ich, daß ein Gesetz, das die Schule betrifft, in diesem Fall die berufsbildende Schule, gut ist, wenn es das Interesse breiter Mitverantwortung und des Mittragens findet.

Die Schule ist doch der Bereich, der den Jugendlichen neben der Familie am meisten Form bildet und heute eigentlich in sich selbst die einzige breite Möglichkeit eines Einstieges in den Beruf gibt. Ich glaube auch, im Gegensatz zu manchen Äußerungen der Vorredner, daß ein Gesetz,



das über das Personal der Schule spricht, wesentlich für den Schulbetrieb sein kann. Schule mache ich auch mit den Leuten, die in der Schule arbeiten, und wenn diese Leute genügend sind, ihre Arbeitsaufteilung so ist, daß sie sich engagieren und einsetzen können, und ihre Absicherung so ist, daß sie nicht nur von der Arbeit her, sondern auch von der rechtlichen Stellung her eine Befriedung finden, ist bessere Garantie für einen harmonischen Schulbetrieb gegeben. Daß die Bedeutung der Berufsschule in ihren verschiedenen Arten, wie sie sich uns darstellt, als lehrlingsbegleitende Schule, als Weiterbildung, als Grundausbildung, heute mehr denn je Interesse finden muß und von uns ernstgenommen werden muß liegt, auf der Hand, und es liegt auch auf der Hand, daß sie sich ständig einem Wandel und einer Korrektur unterziehen muß, weil Berufsausbildung vor allem nicht trennbar ist von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, die ständig neue Berufe schafft, alte sterben läßt, oder andere besser qualifiziert haben will.

Ich möchte nichts unterstreichen, was bisher schon gesagt worden ist, aber ich darf noch die Note hinzufügen, die die Frauen und Mädchen betrifft. Ich möchte sagen, daß die Mädchen und Frauen heute vor besonders schwierigen Situationen stehen. Nicht nur, weil Frauen sich heute stärker denn je mit widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert sehen, sie sollen sich verändern und der neuen Berufswelt anpassen, jedoch gleichzeitig so bleiben wie ihre Mütter. Das ist die Meinung mancher Gruppen. Sie sollen einen Beruf erlernen, ihn aber in den Zeiten knapper Arbeitsplätze nicht ausüben, sie sollen zwischen Familie und Beruf wählen, ohne in vielen Fällen eine Wahlmöglichkeit zu haben. Und gerade dieser letzte Satz, glaube ich, wird in unserer Zeit immer aktueller, weil auch gesellschaftspolitische Kräfte erkennen, daß wenn wir der Frau die Wahlmöglichkeit geben, wenn sie die Kinder zu erziehen hat mit den sozialen Rechten, die in unserer Zeit für alle anderen gelten, wenn sie also diese Rechte hat, sie die Wahl für zu Hause entscheiden wird. Die Landesregierung hat hier vorbildlich bereits seit Jahren ein Gesetz verabschiedet, das den Rechtsanspruch auf Rente für drei Jahre gibt, damit sich die Frau einmal frei entscheiden kann, die Familienpflichten für eine Zeit zu erfüllen, den Wiedereintritt regelt, aber auch ihre Rente versorgt hat und zudem im Wandel und im Wechsel der Arbeitsplätze in der immer häufigeren Rotation auch Arbeitsplätze immer wieder abtauscht. Und dieser letzte Aspekt läßt interessanterweise in vielen europäischen Ländern dieses Vorbild oder diese Maßnahme, die wir als erste mit drei Jahren getroffen haben, in Diskussion bringen und Realität annehmen.

Was stellt man heute bei Mädchen fest? Bei den jungen Mädchen stellt man fest, daß sie absolut an einer gründlichen Schulausbildung interessiert sind. Noch nicht immer ist die Meinung der Familie so, daß beide Geschlechter wirklich die Grundausbildung brauchen, aber immer mehr Familien kommen auch dem Wunsch der Mädchen nach einer gründlichen Ausbildung entgegen. Es ist weiter feststellbar, daß wir im Verhältnis zu früher mehr Mädchen in den staatlichen und auch in den höheren staatli-

chen Schulen finden, während die Zunahme in den berufsbildenden Schulen nicht in dem Ausmaß zunimmt. Hier möchte ich die Bitte aussprechen, daß man mit großem Augenmerk die Entwicklung in den Berufs- und Fachschulen verfolgt, die Statistiken getrennt nach Geschlechtern führt und sieht, wo hier die Schwierigkeiten liegen. Es scheint, als ob junge Mädchen den Einstieg in den Beruf und in die Lehre schwieriger finden würden, weil es eben Mädchen sind und heute noch oft die Mutterschaft als ein Wagnis für die Fortdauer der Berufstätigkeit angesehen wird und das ist eine Bestrafung der Mutter, auch in der öffentlichen Meinung, der ich ganz entschieden entgegentreten muß, weil ich glaube, daß wir heute nichts notwendiger brauchen als gute Mütter. Die Ausbildungsbereitschaft der Mädchen ist also vorhanden, wir müssen ihnen die Angebote machen. Wenn ich weiter - wir haben auch diskutiert mit Mädchen und Frauen - das wache Auge auf gerechte Verteilung der Lehrstellen richte, wenn wir z.B. feststellen müssen, daß gerade im Handel ein Rückgang von Lehrstellen ist, dann trifft das vorwiegend die Mädchen, so wie man sagen muß, daß einige ganz gezielte Mädchenberufe in selbständigen Bereichen als Lehrstellen unterbesetzt oder im Moment nicht gefunden werden können.

Ich möchte auch noch erwähnen, daß man bei jungen Mädchen feststellen kann, daß der Wunsch wächst, in nicht nur traditionellen Berufen ausgebildet zu sein, und zwar in den kreativen Berufen. Wenn sie die Erfahrungen aus den Mittelschulen und aus der Berufsberatung abfragen, dann gibt es ein starkes Interesse für den Einstieg in kreative Berufe. Ich darf einige Beispiele nennen: Fotografin, Werbung, Graphikerin, Hostess, Modeschöpferin. Das sind Berufe, die auch in Südtirol gesucht werden und für die wir eine Ausbildung vielleicht durch Ganztagsfachkurse anstreben sollen, weil die Lehrstellen da sehr schwer zu finden sind. Wir sind ein Fremdenverkehrsland, das Dienstleistungsangebot nimmt im Fremdenverkehr immer mehrfächerigen Raum ein und gilt als ein erstes Angebot für sogenannten humaneren Fremdenverkehr und ich glaube, daß diese Berufe dort gut am Platz sind. Man stellt auch fest, vielleicht weil die Notwendigkeit gegeben ist und wir bräuchten nur die Zahlen anzuschauen, wieviele Frauen heute Unternehmerinnen sind, einfach in den Betrieb hineingewachsen sind und zur Unternehmerin geworden sind. Es ist schön, daß jetzt auch der Handwerkerverband einmal genaue Statistik gelegt hat, wieviel Frauen dort den Handwerksbetrieb führen, wieviel in allen unternehmenden Berufen, von der Bäuerin bis hin zum Handwerk und im Handel, Frauen Unternehmerinnen sind. Ich möchte auch hier ersuchen, daß die Ausbildung des jungen Mädchens, gerade auch im Hinblick auf eine Unternehmertätigkeit, stärker gesehen werden soll, daß Wirtschaft und rechnen, daß planen und die Organisation auch mit hinein in die ausbildenden Berufe für die Mädchen gehören. Unsere Betriebe könnten nicht so zahlreich und so gesund sein, wenn nicht viele Witwen oder viele alleinstehende Frauen morgen den Betrieb weiterführen.

Was ich hier noch anregen möchte sind die hauswirtschaftlichen Kurse. Ich bin der Meinung, wir sollten auch zweijährige Kurse machen. Ich

glaube, es ist wirklich überlegenswert, daß wir diese Ausbildung auf zwei Jahre anheben und daß wir diesen Mädchen, die zum Großteil dann einen eigenen Betrieb und eine Verantwortung tragen, oder in andere Betriebe hineingehen - wie schon Abg. Achmüller für die anderen Fachschulen erinnert hat -, ein Fachausbildungszeugnis geben. Es gibt im deutschsprachigen Raum genügend Beispiele, die den Mädchen ein klares Fachzeugnis geben und diese Frauen sind morgen auch befugt, Lehrstellen für Haustätigkeit zu haben, d.h. sie werden zu einem Beruf geführt, der dann nicht nur im Haushalt und für die eigene Familie wichtig ist, sondern auch für einen anderen Betrieb. Ich glaube, daß gerade auch die zweijährige Aufstockung der Haushaltsschulen wieder mehr Gelegenheit geben würde, auch in den Bereichen Landwirtschaft und Umweltschutz, die Frauen einzuführen. Ich glaube, wir müssen dieses Spektrum etwas erweitern, die Interessen in diesem Bereich sind gewachsen und das wird der zuständige Landesrat auch spüren, wieviele Mädchen sich eigentlich in der landwirtschaftlichen Oberschule anmelden möchten.

Ich möchte auch noch unterstreichen, es ist schon manches ausgebaut worden und ich unterstütze sehr den weiteren Ausbau der Stützkurse für Jugendliche, die länger brauchen, um mitzukommen. Wir reden so gerne von etwas weniger Talentierten und wir wissen, viele Kinder werden plötzlich zum Gut-Mitkommenden, wenn sie ein Jahr älter sind. Es gibt weniger nicht talentierte Kinder als Kinder, die einfach später dran sind und so ein Jahr des Übergangs kann dazu führen, daß dieser Jugendliche morgen ganz gut und angemessen leicht auch die Fachschule besucht. Es ist manchmal auch eine Frage des Alters, der Altersentwicklung, die einfach von Mensch zu Mensch verschieden ist und noch nichts mit Begabung zu tun hat. Ich möchte Sie, Herr Landesrat, ersuchen, diese einjährigen Kurse, diese Berufseinschulungskurse, diese Grundkurse ganz genau zu überprüfen, ob man für Mädchen noch etwas dazugeben kann. Ich möchte Sie und vor allen Dingen die Vertreter der Wirtschaft bitten, daß es gelingen möge, so wie im Gastgewerbe, daß diese einjährigen Kurse anerkannt werden für die Lehrlingsausbildung, damit das auch ein Anreiz ist für die jungen Leute, die diesen Kurs besuchen.

Damit habe ich abgeschlossen und ich würde bitten, daß man hier die Schwerpunkte setzt und ich werde mir erlauben, die Dinge dann zu verfolgen. Ich möchte noch abschließend sagen, trotz einer wachsenden Berufsorientierung sind Frauen im Erwerbsleben, weil manchmal die Ausbildung zu kurz ist, in mancher Weise noch im Nachteil. Eingeschränktes Berufsspektrum, weil die Ausbildung eingeschränkt ist, geringere Aufstiegsmöglichkeiten als Männer, sowie ein höheres Arbeitsplatzrisiko, nicht zuletzt auch durch die Mutterschaft, kennzeichnen im wesentlichen die heutige Situation. Eine qualifizierte Ausbildung ist für Frauen unabdingbare Voraussetzung und Notwendigkeit. Danke!

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, egregi colleghi, questa è una legge di ordinamento, quindi si presenta come legge vorrei dire puramente

tecnica, ma non può prescindere da alcune considerazioni di carattere generale che toccano il settore della formazione professionale. Vorrei anche dire che non può prescindere da una considerazione specifica di questo Consiglio per il fatto che viene presentata soltanto da un Assessore, Saurer, mentre sappiamo che la formazione professionale è materia di competenza di più Assessori, fra i quali anche un Assessore di lingua italiana, e sarebbe stato opportuno credo svolgere alcune premesse e considerazioni nella relazione anche da parte dell'Assessore in lingua italiana per quanto concerne il gruppo di lingua italiana.

Questi sono non dico i misteri dei rapporti che sussistono all'interno della Giunta, ma sono un po' le evidenze, le manifestazioni di tutto un modo di operare e di sviluppare l'attività politica di questa nostra Giunta, che poi, all'impatto con la discussione e con il confronto soprattutto con le minoranze, rivelano quelle che noi chiamiamo le lacune del sistema. Non mi dilungo oltre, anche perché non c'è ragione di farne chissà quale dramma. Sentiremo poi dall'assessore Sfondrini e dagli altri assessori competenti le loro giustificazioni, ma dobbiamo tenere nel debito conto anche queste che forse possono sembrare cose di poco conto, ma non lo sono.

Di recente a Mantova si è svolto un convegno di studio indetto dalla Confindustria, se non vado errato, a cui hanno partecipato fior di Ministri: dal Ministro del lavoro e previdenza sociale, al Ministro della pubblica istruzione ad altri ministri e personaggi di chiara fama in materia, e si è evidenziato una volta di più l'importanza, che certamente non scopro io, della formazione professionale nel contesto dello sviluppo della società italiana all'alba del terzo millennio. Credo a questo proposito, proprio perché la Provincia ha competenza primaria, che forse sarebbe stato auspicabile far precedere questa legge dalla legge di riforma che ho sentito - abbiamo appreso dalla bocca del capogruppo della SVP - è già stata discussa in Giunta provinciale. Perché questo? Perché mi pare che con questo disegno di legge si condiziona in un certo senso la riforma della legge o non si tiene conto ancora di quelle che saranno le nuove prospettive, il nuovo modo di operare, il sistema della formazione professionale che la legge dovrà senz'altro predisporre e tenere nel debito conto. Non vorrei che noi facessimo un doppio lavoro o addirittura che adesso con questa legge, che sicuramente è importante, facessimo un lavoro che poi, per effetto della nuova legge, venisse in qualche modo annullato o ridotto nelle sue dimensioni, perché la nuova legge che certamente è in gestazione non può non tenere conto di nuove esigenze, non può non tenere conto di quelle che sono le tematiche, le problematiche dello sviluppo della società e quindi del rapporto che si stabilisce tra formazione professionale e mercato del lavoro, tra formazione professionale e possibilità di inserimento nel mondo del lavoro da parte dei giovani. Io credo che su questo argomento certamente dovremo dibattere con serietà e senso di responsabilità, perché ci dobbiamo chiedere alla fin fine che tipo di società in fondo vogliamo sviluppare e porre all'attenzione di

tutta la nostra provincia, qui in provincia di Bolzano, che tipo di scuola vogliamo creare soprattutto nel mondo del lavoro per arrivare al fine di una società quale tutti auspichiamo, moderna, preparata, una società che possa affrontare con tranquillità e serenità il terzo millennio, perché ormai siamo di fronte a questo traguardo.

Non mi dilungo, perché non è il caso qui di fare valutazioni di principio in merito; mi preme sottolineare, richiamandomi proprio a quelle che sono state le tematiche e gli interventi in seno alla conferenza di Mantova, come tutti in quella conferenza abbiano sottolineato che sicuramente in questo momento il sistema in atto, il tipo di formazione professionale, non è all'altezza e non risponde ai requisiti che tutti richiedono e che tutti vorrebbero fossero attuati per avere sia un miglior rapporto fra coloro che si affacciano al mondo del lavoro e il mondo del lavoro stesso, ma soprattutto ai fini di ottenere una situazione, un livello di vita, una sicurezza, una garanzia di sviluppo della società conforme a quelli che sono i parametri, i traguardi che già si pongono in tutto il mondo, ma soprattutto nel mondo industrializzato davanti agli occhi di politici e di responsabili pubblici.

Non mi dilungo nemmeno nel sottolineare che poi in particolare in questa provincia noi dobbiamo tenere conto della particolare situazione che si è creata e che sussiste per effetto dello Statuto di autonomia, per il fatto della sussistenza di gruppi linguistici diversi, e per formazione culturale e anche per possibilità proprio per effetto dell'applicazione dello Statuto di autonomia. Quindi, una legge di ordinamento che io mi auguravo, assessore Saurer, avendo fatto in luglio la maratona per votarla presto e per poter portarla rapidamente in Consiglio provinciale, che non ci fosse più bisogno di emendamenti e di variazioni. Invece mi trovo di fronte una selva di emendamenti, a parte quelli presentati dalle opposizioni che era facile supporre, proprio da parte della Giunta, che non voglio dire stravolgono la legge, ma sicuramente tendono a modificarla ampiamente e vanificano quelle che sono state le valutazioni che noi abbiamo fatto in sede di Commissione.

E qui mi torna propizio sottolineare ancora una volta come questo sistema di fare leggi è sbagliato, è completamente errato e non può portare effetti positivi nel modo più assoluto. Bisogna che...

**SAURER (SVP):** Tutto il mondo è così.

**MITOLO (MSI-DN):** No, prima di entrare in aula le leggi devono venire discusse e preparate come si deve e si conviene. Nella Provincia di Bolzano c'è il maldetto di fare le leggi in Commissione in un modo, di portarle in Consiglio provinciale e durante la discussione modificarle completamente.

**FRASNELLI (SVP):** Le pago la trasferta al Parlamento italiano, così vedrà!

**MITOLO (MSI-DN):** No, Lei non ha bisogno di pagarmi niente, perché non c'è nessun bisogno di andare a pagarsi le trasferte al Parlamento italiano, per carità di Dio, e anche se fosse è sbagliato anche lì.

**ZINGERLE (SVP):** La democrazia!

**MITOLO (MSI-DN):** Eh, la democrazia! La vostra democrazia, il vostro modo di ragionare che avete voi! Il fascismo ha fatto delle leggi, egregio collega Zingerle, che durano ancora oggi, perché sono serie, pensate e responsabili. Se le vada a leggere invece di ridere e perdere il Suo tempo a scaldare il banco.

**ZINGERLE (SVP):** Mussolini!

**PRESIDENTE:** Per cortesia non interrompete.

**MITOLO (MSI-DN):** Sì, proprio Mussolini è stato un personaggio che ha fatto delle leggi serie e meditate.

**PRESIDENTE:** Consigliere Mitolo, resti nel tema della nostra legge, per cortesia.

**MITOLO (MSI-DN):** Voi non vi rendete conto di quanto siete ridicoli quando fate queste affermazioni: è la storia che vi condanna, giorno per giorno.

**PRESIDENTE:** Consigliere Mitolo, continui il Suo intervento e non dia retta alle interruzioni. E voi non interrompete.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, io posso continuare il mio intervento se non vengo interrotto. Se vengo interrotto ho diritto di replicare, quindi non faccia le osservazioni a me, le faccia ai signori che hanno la sporca abitudine di interrompere.

**PRESIDENTE:** Lei è stato pregato di continuare il Suo intervento e ho pregato caldamente i colleghi di non interrompere né Lei né gli altri.

**MITOLO (MSI-DN):** Dicevo che per me questa è una pessima abitudine, e del resto non è che con questo voglia offendere qualcuno. E' un rilievo, una critica di carattere politico che deve essere accettata o quanto meno contraddetta non richiamandosi a schemi o a vecchi modi di far polemica con noi.

Sul piano della discussione generale fra il resto questa legge l'avevo votata in Commissione, convinto che fosse senz'altro una legge apprezzabile, uno sforzo compiuto dall'Amministrazione per sanare certe situazioni, per cercare di porre rimedio a scompensi ed a inefficienze,

per cercare anche di tenere nel debito conto quelle che erano le esigenze di taluni insegnanti e impiegati della formazione professionale, che da anni prestano la loro meritoria opera nell'ambito della formazione professionale, anche se, e questo ci tengo a rilevarlo, dando il mio voto avevo sottolineato che mi auguravo fosse l'ultima volta che ci fossero articoli cosiddetti fotografia, che dovessero essere presi provvedimenti per in qualche modo chiudere certe situazioni che erano state create, non voglio dire per spirito clientelistico, ma che in qualche caso avevano trovato supporto e sostegno da scelte non sempre chiare e giustificabili sotto molti punti di vista soprattutto per quanto riguardava i requisiti di chi veniva assunto. Spero che questa debba essere l'ultima volta che saniamo certe situazioni e chiudiamo certi capitoli che sono stati aperti molti anni fa, ma spero soprattutto che non si debba più attendere, se c'è necessità di modificare, sei o sette anni per avere una legge di ordinamento del personale.

Non vorrei però che con il varo della prossima legge che è auspicata noi dovessimo tornare nuovamente su un tipo di legge come questa. Attendo di sapere naturalmente dall'assessore competente il suo parere e naturalmente vedrò anche nel corso della discussione degli emendamenti che sono stati presentati e nei singoli casi che verranno sollevati di esprimere il mio parere, però fin da questo momento dico che il fatto stesso di aver presentato tutta questa serie di nuovi emendamenti mi mette nelle condizioni di non poter esprimere almeno fino a questo momento il mio parere favorevole alla legge e in sede poi di dichiarazione di voto al termine della discussione esprimerò quelle che sono le nostre effettive posizioni di carattere politico su questa legge.

**KLOTZ (WDH):** Bereits in der ersten Gesetzgebungskommission sind vom zuständigen Herrn Landesrat selbst viele Abänderungsanträge zu seinem ursprünglichen Gesetzestext eingetroffen, und wir haben uns auch damit auseinandergesetzt.

Heute in der Früh haben wir nun ein weiteres Paket an Abänderungsanträgen auf der Bank vorgefunden. Dazu eine Fülle anderer Abänderungsanträge auch von seiten der anderen Fraktionen. Es sind viele gute mündliche Vorschläge hier angebracht worden, gerade von der Frau Vizepräsidentin Gebert-Deeg, die sehr sehr viel dazu eingebracht hat. Aus diesem Grunde möchte ich mich jetzt in der Generaldebatte damit begnügen, den Herrn Landesrat folgendes zu fragen. Ist es angesichts dieser Tatsache und dieser Entwicklung nicht zweckmäßig, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen und tatsächlich ein organisches Ganzes in absehbarer Zeit vorzulegen? Diese Frage stelle ich auch deshalb, weil der Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei vor zwei Stunden erklärt hat, daß die Landesregierung bereits einen umfassenden eigenen Gesetzentwurf über das Berufsschulwesen ausgearbeitet vorliegen hätte. Deshalb nur diese Frage, ob man das dann nicht als organisches Ganzes ausbauen soll. Ich frage mich, ob ein eigener Entwurf dann nicht möglich ist, der Zeitverlust scheint in

diesem Punkt ohnehin keine Rolle mehr zu spielen, wenn das jetzt sowieso in der Landesregierung vorliegt. Könnte man diese Dinge, die eben das Berufsschulwesen betreffen, wir behandeln es oder sollen es jetzt gerade behandeln, nicht da einbauen, dann ersparten wir uns die Behandlung dieser Tagesordnungen, ersparten wir uns vielleicht zusätzliche Diskussionen, betreffend die Abänderungsanträge, denn es wird zu Diskussionen kommen. Es sind nämlich wieder Abänderungen von Artikeln vorgesehen, die in der Kommission bereits in Abänderung behandelt worden waren. Wir würden uns diese Prozedur ersparen. Ich frage den Herrn Landesrat nur, ob er dies nicht für zweckmäßig erachtet, denn meinerseits habe ich den Eindruck, daß der Entwurf angesichts der Fülle der eigenen Vorschläge des Landesrates im Grunde genommen eigentlich zurück in die Kommission gehen müßte. Es sind so viele Abänderungsanträge dazu gekommen. Das wäre eine Frage zur Prozedur.

**ZINGERLE (SVP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde versuchen mich sehr kurz zu halten. Ich möchte davon ausgehen, daß es dieses Gesetz sicherlich gebraucht hat. Wenn man Klage darüber geführt hat, dieses Gesetz sei zu spät gekommen, dann bin ich anderer Meinung, vor allem deshalb, man hat gut daran getan, Erfahrungen zu sammeln, viele Erfahrungen aufzulisten und sie dann in einem etwas umfassenderen Gesetz hineinzubringen. Ich bin der Meinung, es hat keinen Sinn, wenn man jedes Jahr irgendeine, zwei oder drei Änderungen herausbringt. Das bringt nur eine Verwirrung der jeweiligen Bereiche mit sich. Man soll eine gewisse Zeit zuwarten, Bereiche sammeln, die sich als nachteilig erwiesen haben, und soll sie dann in einem umfassenderen Gesetz mit hereinbringen. Ich bin also nicht der Meinung, daß dieses Gesetz zu spät gekommen ist. Dieses Gesetz beinhaltet eine Menge an technischen Dingen, d.h. an Dingen, die sich in den letzten Jahren anders gestaltet haben, sich anders gegeben haben und die nun eben den neuen Erfordernissen angepaßt werden müssen. Worauf ich mich beziehen möchte, sind einige Aussagen von Kollegen hier in diesem Hause, die meines Dafürhaltens nicht so ohne weiteres hingenommen werden können. Man hat von seiten des Kollegen Langer so getan, als ob man erst am Beginn des Berufsschulwesens in Südtirol wäre und daß dieses Berufsschulwesen in vielen Bereichen nicht nur mangelhaft, sondern äußerst mangelhaft wäre. Ich glaube, daß man diese Dinge nicht so stehen lassen kann, sondern man muß sie richtigstellen. Wir müssen immer davon ausgehen, daß es sich bei der Berufsschule nicht um eine allgemeinbildende Schule handelt, die, wenn sie einmal am Beginn des Schuljahres läuft, dann läuft sie eben durch das ganze Jahr hindurch, mehr oder weniger, wenn auch unterbrochen mit Klassenkonferenzen und Benotungskonferenzen und dergleichen und Bewertungen, sondern bei der Berufsschule handelt es sich um einen Schultyp, in dem die Wirklichkeit der Gesellschaft, der Wirtschaft mit drinnen ist und der sozusagen voll Leben ist. Diese Schule ist getrieben und getragen von der Wirklichkeit der Gesellschaft, von der Wirtschaft und somit von immer wieder neuen Anforderungen; diese Schule



muß sich also diesen Anforderungen entsprechend ausrichten und somit ist dies ein völlig anderer Typ als etwa eine allgemeinbildende Schule, die nicht direkt in einen Beruf hineinführt. Sie ist weiters eine berufsbegleitende Schule, und unter berufsbegleitender Schule ist zu verstehen, daß in der Schule selbst, wenn wir das duale System hernehmen, nicht die praktische Ausbildung erfolgt, sondern die praktische Ausbildung hat nach wie vor der Betrieb zu erbringen, und das ist die Mehrheit, das sind zwei Drittel, wenn nicht sogar mehr als 2/3 der gesamten Zeit, die der Lehrling aufwendet, und diese mehr als 2/3 an Ausbildungszeit hat er im Betrieb hinter sich zu bringen, und die Schule ergänzt diese praktische Ausbildung nur durch die Vermittlung entsprechender theoretischer Kenntnisse. Somit hat die Schule einen ganz anderen Aufgabenbereich. Ich muß bei der Beurteilung der Berufsschule von diesen Voraussetzungen ausgehen. Gehe ich von anderen Voraussetzungen aus, dann werde ich diesem Schultyp nicht gerecht.

Es ist dann weiters gesagt worden, man würde in der Berufsschule recht wenig an Allgemeinbildung vermitteln. Im Rahmen der dort zur Verfügung stehenden Zeit wird in der Berufsschule sehr wohl auch Bedacht genommen auf die Vermittlung, Ergänzung der Allgemeinbildung, sowie der Schüler in die Berufsschule kommt, und diese Allgemeinbildung, die er von der Pflichtschule her in die Schule hereinbringt, wird also einmal noch besser fundiert und ergänzt und eingebettet in die Berufsbezogenheit.

Weiters ist hier gesagt worden, vor allen Dingen würde hier die politische Bildung vernachlässigt. Ich möchte schon darauf hinweisen, daß die Berufsschulen die ersten Schulen in Südtirol waren, die die politische Bildung als Pflichtfach eingeführt haben und überdies haben die Berufsschulen selber dafür gesorgt, daß auch ein entsprechendes Lehrbuch herausgekommen ist, und zwar vom Kollegen Dr. Folie, und dies war das zweite diesbezügliche Lehrbuch in Südtirol nach dem Staatsbürgerkundebuch von Torggler. Ich möchte das auch hier festgehalten haben.

Auf die politische Bildung, und das ist nicht Staatsbürgerkunde, sondern auf die politische Bildung hat man in den Berufsschulen immer sehr starkes Gewicht gelegt und man hat auch rechtzeitig versucht, dieses Fach als Pflichtfach auszurichten.

Weiters hat man immer sehr stark Bedacht genommen, die Querverbindungen herzustellen, und zwar Schule-Elternhaus-Betrieb. Dieses Dreieck hat man sehr stark gepflegt, denn eine Berufsschule, in der das Leben hereinreicht, kann nicht abseits stehen von diesem Leben, denn dann würde sie überflüssig werden. So würde ich das bezeichnen, und es war also im vorhinein immer klar, daß sie nur leben kann, die Berufsschule als solche, und ihren Aufgaben und ihrem Ausbildungs-, Erziehungs- und Schulungsauftrag nur dann gerecht werden kann, wenn sie in engster Verbindung zur Wirtschaft, zur Wirklichkeit und zur menschlichen Gesellschaft steht. Das sind Grundpfeiler gewesen, und diesen Erfordernissen hat man immer versucht, entsprechend gerecht zu werden.

Ich möchte zurückweisen, Herr Kollege Langer, vor allen Dingen Ihre Behauptung, man hätte die Absicht, das heutige System des Berufsschulwesens zu konservieren, man würde hier auch, was die Lehrpersonen anbelangt, nicht nur konservative Wege gehen, sondern man würde auch, was den Religionsunterricht anbelangt, die gleichen Wege gehen, die nicht den heutigen zeitlichen Erfordernissen entsprechen. Das möchte ich einfach zurückweisen, weil Sie noch nie in einer Berufsschule drinnen waren. Sie müssen einmal in eine solche Schule hineinschauen, dann werden Sie sehen, wie das Leben da drinnen pulsiert, angefangen vom Religionsunterricht bis hin zur politischen Bildung, daß hier eine Weltoffenheit drinnen ist, in dieser Schule, nicht die, wie Sie meinen. Diese Welt finden Sie dort nicht, denn das ist die Wirklichkeit, die Sie in der Schule finden, aber nicht diese ideologische Welt, in der Sie leben und die Sie gerne in der Schule vertreten hätten. Die finden Sie allerdings in der Berufsschule nicht.

Zur pädagogischen und didaktischen Ausbildung. Man hat hier auch gesagt, man würde mehr darauf Wert legen müssen, dem gebe ich vollaufrecht, man wird in diesem Bereiche nie genug tun, aber ich möchte auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß bei den Wettbewerben für Lehrpersonen und auch für Direktoren ein sehr umfassendes Programm erstellt worden ist, das sehr sehr ernst genommen ist und auch sehr stark abgefragt worden ist, was die Pädagogik, die Methodik und die Didaktik anbelangt. Das möchte ich hier schon betont und gesagt haben. Bitte, schauen Sie sich dieses Programm an, es ist abgedruckt in den Amtsblättern der Region, und zwar als ein nach wie vor verbindliches Programm für Wettbewerbe, um einen Lehrauftrag an den Berufsschulen zu bekommen.

Man hat in diesem Bereich auch die Ausbildung, die Fortbildung und die Spezialisierung immer in engster Abstimmung mit Österreich betrieben, und dies nicht nur mit Österreich allein, sondern früher in einer sehr intensiven Art und Weise mit dem Bundesland Baden-Württemberg; man hat ja mit dem Bundesland Baden Württemberg dieses Berufsschulwesen in Südtirol aufgebaut, das wir ja seit der Zeit des Faschismus nicht mehr hatten, bzw. dort ist es zerschlagen worden, man hat nachher, an die Tradition Österreichs anknüpfend, gemeinsam mit dem Lande Baden-Württemberg, mit Unterstützung und mit Hilfe der dortigen Schulbehörden, dieses Berufsschulwesen in Südtirol aufgebaut. Die pädagogisch-didaktische Ausbildung hat man vor allen Dingen abgestimmt auch mit dem pädagogischen Institut an der Universität in Innsbruck, mit dem Direktor Zoller und dergleichen. Ich war da immer in engster Verbindung und ich muß schon sagen, daß teilweise das Berufsschulwesen hier beispielhaft war in dieser Richtung, insgesamt im Schulwesen. Ich möchte aber auch noch unterstreichen, daß Lehrpersonen auch noch ihre Sommermonate hergenommen haben, um sich sowohl im fachspezifischen, aber auch im methodischen und im didaktischen Bereich fortzubilden.

Also, die Fortbildung, die Spezialisierung war hier immer sehr groß geschrieben, und die Lehrperson hat selber Gespür dafür, wenn sie dies nicht tut, dann ist sie nicht mehr in der Lage, dem Lehrling, der aus dem

Betrieb kommt, etwas zu sagen. Das hat sie selber gespürt, die Lehrperson, und gerade dies war dann auch wieder der Antrieb, sich in diesem Bereich noch mehr zu verwenden und einzusetzen.

Dann möchte ich auch noch etwas zur Berufsfachschule sagen. Die Landesregierung hat gut daran getan, aus einer zweijährigen Berufsfachschule eine dreijährige Berufsfachschule zu machen, denn auf jeden Fall war es so, daß die wirtschaftlichen Erfordernisse dies auch mit sich gebracht haben. Das war unbedingt notwendig. Die zwei Jahre reichen dann nicht mehr aus, wenn man zunächst einmal beabsichtigt, ein sehr breites Grundwissen zu vermitteln innerhalb eines Berufsfeldes und dann noch sozusagen die Spezialisierung darauf setzen will. Dann haben die zwei Jahre nicht mehr ausgereicht, und das dritte Jahr mußte dazukommen. Aber ich möchte hier noch ergänzend, zu dem was hier gesagt worden ist, hinzufügen: Man muß dabei auch von der Intention der Landesregierung ausgehen, als diese Berufsfachschule ins Leben gerufen worden ist. Diese Berufsfachschule wurde ins Leben gerufen zur Heranbildung und zur Ausbildung von Industriefacharbeitern. Das muß gesagt sein, und nicht zur Ausbildung von Handwerksgesellen. Für das Handwerk war die normale Berufsschule da, die nun im Blockunterricht oder im Tagesunterricht eben als berufs begleitende Schule abgewickelt worden ist. Die Berufsfachschule wurde im vorhinein konzipiert als eine Ausbildungsstätte für Industriefacharbeiter. Das dürfen wir nicht vergessen. Dabei bin ich aber auch der Meinung, daß hier Querverbindungen sichergestellt werden müssen zwischen dieser Ausbildung und der traditionellen Handwerksausbildung, und hier sollen dafür Formen gefunden werden. Die gesetzliche Regelung ist durch Staatsgesetze gegeben, daß einer nach 6 Monaten Praktikum, nach Absolvierung der Schule, zum Facharbeiter erklärt werden muß und er muß dann auch die Entlohnung als Facharbeiter bekommen. Das dürfen wir also nicht vergessen, wenn wir diesen Schultyp richtig bewerten wollen, und zwar von seiner Entstehung her.

Um meine Intervention nicht allzu lang werden zu lassen, möchte ich nur noch folgendes betonen. Ich bin der Meinung, es ist richtig, daß man vor allen Dingen auch hier versucht, was die Organisation der Kurse der verschiedenen Spezialisierungslehrgänge betrifft, Vereinfachungen einzuführen, Entbürokratisierungen einzuführen, das ist wichtig, damit man sich umso schneller an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, auch was die Ausbildung anbelangt, anpassen kann. Das ist ein unbedingtes Erfordernis, und insofern begrüße ich diese Maßnahme sehr.

Was die Berufung von Direktoren anbelangt, bin ich auch sehr einverstanden damit, daß nun über die Kommission eine Bestimmung hineingekommen ist, daß die Möglichkeit der Berufung von Direktoren nicht ausschließlich aus dem Lehrkörper, sondern auch von außen gegeben sein muß, und zwar kann es in der Wirtschaft einen sehr tüchtigen Menschen geben, der viel für diese stark wirtschaftlich orientierte Schule bringen kann. Diese Möglichkeit muß gegeben sein, und ich glaube, daß hier die Kommission richtig daran getan hat, diese Möglichkeit wieder einzuführen.

Ich möchte zum Schluß noch folgendes sagen, und vor allen Dingen die Landesregierung bitten: Die Berufsausbildung muß sicherlich immer wieder in ihrer Ausrichtung neu überprüft werden, sie muß neu orientiert werden und sie muß an der Wirklichkeit orientiert werden. Und weiters muß, damit sie dies tun kann, die Landesregierung auch hergehen und die verschiedenen Labors an den Berufsschulen mit zeiterforderlichen Instrumenten und Gerätschaften ausrichten; und genauso muß sie die Berufsschulwerkstätten entsprechend einrichten, damit die Berufsschule ein Musterbetrieb sein kann, für die Wirtschaft. Dort müssen die neuesten Erkenntnisse vermittelt werden können, und dazu brauche ich auch die entsprechenden Maschinen, die entsprechenden Meßgeräte und dergleichen, die heute eben die Wirtschaft braucht, und darüberhinaus braucht es auch eine Ausstattung der Lehrerbibliotheken an den Schulen mit den neuesten Werken im technologischen Bereich, in Werkstättenbereichen und dergleichen. Diese Dinge sind einfach erforderlich. Wenn ich dieses Schulwesen wirklichkeitsnah ausrichten will, dann müssen diese Dinge vorhanden sein. Darüberhinaus muß ich auch für die Lehrpersonen entsprechende gesetzliche und finanzielle Anreize schaffen, damit sie mir auch während ihrer Urlaubszeit, wenn sie sonst unabkömmlich sind, hinausgehen in die Wirtschaft, dort Spezialisierungskurse und Fortbildungskurse usw. machen. Das ist auch erforderlich. Aber mir wird eine Lehrperson nicht hinausgehen, wenn sie nichts dazubekommt zu ihrem normalen Gehalt. Ich muß also hier irgendwelche Anreize schaffen für diese Lehrperson, damit sie mir das tut. Das sind meines Dafürhaltens unbedingt notwendige Dinge, die in diesem Schulsektor, der äußerst wichtig ist, für unsere Wirtschaft, für das Handwerk, für die Industrie und für die sonstigen Gewerbebereiche in unserem Lande, damit dieses Berufsschulwesen eben auch den Erfordernissen der Gesellschaft und der Wirtschaft gerecht werden kann.

**PAHL (SVP):** Frau Präsidentin! Es handelt sich bei diesem Gesetz um ein sehr wichtiges Gesetz, das einen großen Einfluß haben wird auf die Ordnung der Berufsschule bzw. auf den Einsatz und die Qualifikation des Personals. Es ist uns nicht zum ersten Mal deutlich geworden, sondern wir wissen es schon seit langem, daß die Berufsschule ein ganz entscheidender Faktor gewesen ist und auch in Zukunft bleiben muß, um unsere Wirtschaft in Südtirol auf einem modernen Stand zu halten. Die Südtiroler Wirtschaft ist genauso wie andere Volkswirtschaften in einem sehr starken Konkurrenzkampf begriffen und muß dafür sorgen, daß sie einigermaßen auf der Ebene der handwerklichen Ausbildung eine Konkurrenz auch in Zukunft darstellen kann. Das ist in einer Wirtschaftskrise, wo der Preiswuchs sehr sehr stark geworden ist und viele kleine mittelständische Betriebe zu erdrücken droht, notwendiger denn je. Es muß uns wie bei der Ausbildung in allen Schulen, in den Oberschulen, genauso auch bei der Berufsschule ein echtes Anliegen sein, Lehrlinge zu qualifizieren, sie mit einem Gesellenbrief bzw. später mit einem Meistertitel zu versehen, der sie für die Arbeit ausreichend befähigt. Es ist notwendig in dieser Hinsicht, daß na-

türlich, wie das Gesetz es vorsieht, die Lehrer entsprechend rechtlich eingestuft werden, daß sie besoldungsmäßig entsprechend ausgestattet werden und daß die Voraussetzungen geschaffen sind, damit der Einsatz der Lehrer gesichert ist. Denn die Lehrer entscheiden ja unabhängig von allen anderen Voraussetzungen in erster Linie darüber, ob die Jugendlichen, die die Berufsschulen besuchen, ihrerseits entsprechend motiviert werden können. Die persönliche Motivation ist noch zu jeder Zeit, selbst unter widrigen und schwierigen Umständen, wie wir sie jetzt gerade durch die Wirtschaftskrise schon seit mehr als fünf Jahren kennen, immer noch die Voraussetzung dafür, daß Unternehmen in kleineren Betrieben, mittelständische Unternehmen, ausreichende Überlebenschancen haben. Es ist ein volkswirtschaftliches Grundinteresse in Südtirol, daß die Betriebe auf dieser Ebene, nicht bloß die größeren Betriebe, eine Überlebenschance erhalten. Die Ausbildung der Lehrer bzw. der Lehrlinge ist dafür entscheidend. Freilich müssen gerade in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit auch die Berufsschulen angepaßt werden an die jeweiligen Erfordernisse, d.h. daß auch die Berufsschule dem ständigen Druck der Reformierung unterliegt. Wenn immer wieder die Frage auftaucht, ob nicht neue Kursformen zu schaffen sind, ob denn in jedem Fall noch das duale Ausbildungssystem, wie es jetzt ist, ausreicht, oder ob nicht z.B. Ganzzzeitkurse mehr und in veränderter Form angeboten werden müssen, so spricht das nicht gegen die Berufsschule oder die Bemühung des Landes, sondern es ist dabei lediglich darauf zu verweisen, daß die Berufsschule diesem besonderen Veränderungsdruck durch die jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernisse und Entwicklungen ausgesetzt ist.

Die Lehrer der Berufsschule in Südtirol haben sich in der Vergangenheit - und das wird sich in Zukunft nicht ändern - immer wieder sehr bemüht, einen qualifizierten Unterricht zu bieten. Wie der Abg. Zingerle bereits treffend gesagt hat, sollen ja unsere Berufsschulen eine Art Musterschulungsbetrieb für die Wirtschaft sein. Das kann man nicht genug unterstreichen, weil Wirtschaftsunternehmen, auch Mittelbetriebe, manchmal den Eindruck erhalten, als wäre die Berufsschule hin und wieder nur ein notwendiges Übel, als erbrächte die Berufsschule nicht all das, was sie von sich aus als Anspruch an sich selber richtet.

Ich erkenne die Bemühungen des Landes in diesem Bereich durchaus an, auch das gegenwärtige Assessorat hat sich in den letzten zwei drei Jahren vieles einfallen lassen und gar manches erneuert. Das erkenne ich ausdrücklich an. Trotzdem ist darauf zu verweisen, daß immer noch sehr viele Lehrlinge keine Stelle finden und damit auch Schwierigkeiten haben, eine Berufsschule zu besuchen. Wenn ferner das Alter bei der Berufsschule ein gewisses Limit hat, wenn ich recht informiert bin 21, so ist zu fragen, ob das für die Zukunft noch günstig ist, wenn nämlich junge Menschen zunächst mit 15, 16, 17 Jahren keine Ausbildungsstelle finden, damit auch nicht ohne weiteres eine Berufsschule besuchen können, von bestimmten Kursen abgesehen, so wäre es notwendig, eventuelle Altersbeschränkungen für die Aufnahme in die Berufsschule generell abzubauen. In der Vergan-

genheit war das keinesfalls nötig, es könnte aber sein, daß das für die Zukunft durchaus überlegenswert sein mag.

Was der Kollege Langer gemeint hat, kann man nur, wie bereits vorhin vom Abg. Zingerle geschehen, zurückweisen. Der Abg. Langer machte es sich sehr einfach mit seiner Kritik, die durchaus mit recht viel Geist vorgetragen worden ist. Das ist nicht zu bestreiten. Das ist seine Fähigkeit und seine Art, die ich gerne anerkenne. Die Frage ist aber, ob das Argument als solches der Wirklichkeit gerecht wird und damit, ob es stimmt. Ich habe nicht zum ersten Mal den Eindruck, daß der Kollege Langer allzu gern und auch dort, wo es unnötig ist, unzufriedene Stimmung sammelt, sie noch künstlich hochzüchtet, weil sie natürlich seiner Politik der Sammlung von Menschen, die in der Gesellschaft nicht besonders verankert sind, die eine Lebensfremdheit in sich spüren, mehr oder weniger dient. Aber Bildung und Ausbildung muß auch über die Berufsschule organisch erfolgen und hier haben Reformen, so notwendig sie sind, auch darauf zu achten, daß sie zu keiner Überreform werden, daß sie immer noch zumutbar bleiben für Lehrer und für Schüler.

Die Wirtschaft richtet ja dauernd auch Kritik und Forderungen an die Berufsschule. Das ist verständlich, ist ihr gutes Recht und auch ihre Pflicht. Aber auch gegenüber der Wirtschaft ist manchmal in einigen Fällen zumindest Vorsicht bei den Forderungen, beim Eingehen auf ihre Forderung geboten, weil sie sonst aus ihrer Sicht begreiflicherweise in Gefahr geraten könnte, persönliche Erfordernisse von Lehrern und Schülern, die ebenso berechtigt sind, außer Acht zu lassen. Betriebserfordernisse sind nicht in jedem Fall die einzelnen persönlichen Erfordernisse und Rechte. Sie auf einen Kompromiß zu bringen, ist immer notwendig, aber ihrer Natur nach decken sie sich nicht von vorneherein.

Zum Abg. Mitolo ist noch zu sagen, daß er längst schon unglaubwürdig geworden ist, wenn er vom Erfordernis der Leistung und der Ordnung spricht, wenn er seine Partei als den sauberen Mann in Südtirol darstellt, wie in ganz Italien, aber gleichzeitig - wie kürzlich erlebt - nichts dabei findet, die Schüler zu offenem Gesetzesbruch aufzufordern, damit sie an seinen politischen Privatagitationen auf den Straßen Südtirols teilnehmen. Wer in dieser Weise das Recht bricht zum politischen Vorteil der eigenen Partei, der kann nicht mehr glaubwürdig als Vertreter von Ordnung und Leistung auftreten. Unabhängig davon will ich gerne einräumen, daß Ordnung und Leistung sonst zur Partei der neofaschistischen Gruppierung des MSI gehört, unabhängig von allen gravierenden Divergenzen.

**MITOLO (MSI-DN):** (Interrompe)

**PAHL (SVP):** Herr Mitolo, Sie haben sich vorher beklagt, daß Sie unterbrochen worden sind. Halten Sie sich jetzt selber daran.

Wer als glaubwürdiger Vertreter von Ordnung und Leistung auftreten will, hat zuerst die Gesetze zu achten, aber nicht Schüler, die es nicht besser verstehen, zum Gesetzesbruch aufzufordern.

**PRESIDENTE:** Chi chiede ancora la parola? Nessuno. La discussione generale è chiusa. Nel pomeriggio prenderá la parola l'assessore. La seduta è sospesa. Vi prego di essere puntuali.

ORE 12.50 UHR

-----  
ORE 15.16 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

WALTRAUD GEBERT-DEEG

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Wir fahren mit der Sitzung fort. Landesrat Saurer hat das Wort.

**SFONDRINI (PSI):** (Interrompe)

**PRÄSIDENTIN:** Herr Landesrat Sfondrini, ich möchte etwas klären. Am Vormittag ist vom Herrn Präsidenten die Generaldebatte für die Abgeordneten abgeschlossen worden und er hat festgelegt, daß zwei Assessoren replizieren. Am Vormittag war es so, daß der Landesrat Saurer zuerst replizieren sollte und nachher Landesrat Sfondrini. Laut Abmachungen hat zuerst Landesrat Saurer das Wort. Wenn Zweifel sind, macht es Euch bitte aus!

Abg. Mitolo wünscht das Wort. Bitte.

**MITOLO (MSI-DN):** Signora Presidente, vorrei parlare sulla procedura, perché il disegno di legge é presentato dal solo assessore Saurer, quindi chi deve replicare alla fine della discussione generale é il presentatore del disegno di legge, se si é chiusa la discussione generale. Dopo la discussione generale non può sicuramente parlare la Giunta. La Giunta parla prima di chi replica, almeno secondo me e secondo la prassi. Posso sbagliare, signora Presidente, non lo nego. Il disegno di legge, collega Sfondrini, é presentato dall'assessore Saurer e non é presentato dalla Giunta, o meglio, sí dalla Giunta, ma su proposta di questo Assessore e la firma é quella che conta.

**CONSIGLIERE:** (Interrompe)

**MITOLO (MSI-DN):** Come no, questa é un'interpretazione vostra restrittiva, ma, secondo me, può parlare solo l'assessore Saurer. L'Assessore Sfondrini avrebbe potuto parlare questa mattina o parlare magari durante la discussione sull'art. 1.

**PRÄSIDENTIN:** Herr Abg. Mitolo, ich glaube, und das war bisher die Praxis, daß die Landesregierung durch mehrere Assessoren replizieren und stellungnehmen kann. Die Landesregierung muß sich allerdings die Zeit aufteilen. Es gibt nicht eine doppelte Zeit für diese Replik.

Das Wort hat Landesrat Sfondrini. Sie haben es sich so vereinbart.

**SFONDRINI (Assessore all'industria, formazione professionale e sport - PSI):** Il Regolamento dice che la Giunta replica e non l'assessore. Questo vale anche per i disegni di legge. Questo é un testo presentato dalla Giunta su proposta dell'assessore Saurer.

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Dal comitato degli assessori, di cui io sono presidente.

**PRÄSIDENTIN:** Das Wort hat Landesrat Sfondrini.

**SFONDRINI (Assessore all'industria, formazione professionale e sport - PSI):** Già che ci sono, signor Presidente, signori consiglieri, voglio chiarire anche la ragione di questo mistero che ha suscitato grande interesse da parte di alcuni consiglieri. Non é un caso di dietrologia, perché non c'è nulla di oscuro in questo disegno di legge. Il fatto é che questo disegno di legge é il frutto del concorso di due disegni di legge. Se dovessi fare la storia della sua origine dovrei dire che addirittura risale alla precedente legislatura. Allora era stato proposto un disegno di legge di pochi articoli per risolvere alcuni casi. Questa decisione non é stata attuata, né é stato portato in Consiglio il disegno di legge.

Con la nuova legislatura c'è stata la collazione di due testi, che via via si sono arricchiti, formando un testo unico e dove, per esempio, per quanto mi riguarda come assessore alla formazione professionale per il gruppo linguistico italiano, ho discusso perlomeno 15 o 16 volte nel consiglio di amministrazione della formazione professionale. Altrettanto ha fatto il collega Saurer. Poi c'è stato un coordinamento tra i testi dove c'erano articoli che non trattavano gli stessi argomenti. Il tutto é diventato un unico disegno di legge, il quale é stato oggetto di esame da parte degli assessori competenti in materia di formazione professionale e precisamente Saurer, Valentin, Durnwalder e Sfondrini. Il collega Saurer ha assunto il compito di coordinatore e di presidente di questa commissione e come tale ha presentato il disegno di legge, invitando il sottoscritto ad apporre la sua firma. Per una di quelle ragioni che passano inspiegabilmente nel dimenticatoio non l'ho fatto. Non deve essere deplorato questo mio atteggiamento; ho partecipato sostanzialmente alla redazione del disegno di legge; manca la mia firma, ma di fatto non é che manchi perché io non lo condivido; non condivido alcune cose, ma ciò lo dimostra anche il mio collega Saurer che in questa mattinata ha presentato numerosi emendamenti. Vuol dire che é un disegno di legge che rappre-



senta in realtà una mediazione tra i rappresentanti politici ed i rappresentanti della formazione professionale - parlo dei rappresentanti della formazione professionale, perché il testo esaminato e proposto dal consiglio di amministrazione era diverso - una mediazione tra le forze politiche ed i rappresentanti dei sindacati di categoria, una mediazione, perché di mediazione si tratta, tra le stesse forze politiche all'interno della stessa coalizione. Quindi, sarà un'ulteriore mediazione, credo, all'interno del Consiglio, visti i numerosi emendamenti presentati dai vari consiglieri di opposizione e di maggioranza. Quindi, è il frutto di una discussione che si è trascinata per lungo tempo, ed a chi mi chiede le ragioni per cui il disegno di legge è stato in incubazione alcuni anni, bene, la risposta viene proprio da ciò che avviene in questo momento in Consiglio, che cioè non si finirebbe mai di affinare, di modificare articoli o di affinare concetti nel disegno di legge stesso, oppure di accogliere anche richieste particolari da inserire in questo disegno di legge che contiene numerose norme transitorie.

Tutto il dibattito, dagli interventi che si sono finora svolti, dimostra che chi ha affermato - e trova d'accordo anche me, ma credo che trovi d'accordo anche l'assessore Saurer - che sarebbe stato opportuno discutere e far precedere a questa legge il disegno di legge di riforma sulla formazione professionale (il testo è del 1962) ha ragione. Non è che io lo consideri antico un testo del 1962. I Paesi di vecchia democrazia hanno regole e leggi che durano qualche cosa di più di trent'anni, anche perché - lo dirò dopo - nessuno ha menzionato o poco è stata menzionata l'esistenza di una legge sui corsi brevi, che è una legge, per chi l'esamina attentamente, che soddisfa molte di quelle richieste che sono state illustrate negli interventi di tutti i consiglieri di opposizione, cioè dai colleghi Langer, Barbiero, Mitolo ed altri. Quindi, sono d'accordo che sarebbe stato più opportuno - queste cose le ho dette - invertire i termini della questione: discutere prima una riforma riguardante la formazione professionale e poi adeguare a questa riforma l'assetto del personale che vi partecipa e che in essa vi opera.

Credo che oltre a questo la discussione di oggi, meglio la discussione che sta avvenendo in questi ultimi anni nell'opinione pubblica, dimostra che la formazione professionale ha assunto via via più importanza di quella che le era stata attribuita fino a qualche anno fa. Questo non solo in presenza, come si dice spesso, dell'inadeguatezza della scuola tradizionale, che non riesce a rispondere in maniera completa a quella che è la domanda che viene dal mondo del lavoro in generale, ma anche perché il mondo del lavoro subisce continuamente, e a scadenze molto ravvicinate, trasformazioni tali per cui solamente una struttura molto agile riesce a dare una risposta a queste esigenze.

Dico che questo avviene in un momento in cui è stato rovesciato un concetto generale. Ricordo di essere stato assessore alla formazione professionale tempo fa in cui mentre oggi si riconosce che la formazione professionale è in funzione dello sviluppo economico e non viceversa, al-

lora si sosteneva l'inverso. Può darsi che sul piano teorico fosse più rispettabile questa opinione, ma sul piano pratico, in un paese come il nostro, ad economia liberista, prevalentemente liberista, anche se lo Stato è presente in maniera efficace nel settore industriale, ma in altri settori c'è la libera iniziativa che condiziona...

**MITOLO (MSI-DN):** (Interrompe)

**SFONDRINI (Assessore all'industria, formazione professionale e sport - PSI):** ...diciamo, molte scelte. Dico che il dibattito oggi si è concentrato sui criteri generali che dovrebbero presiedere ad una formazione professionale moderna, adeguata, per far fronte anche ad alcuni problemi che riguardano la disoccupazione giovanile, ma in questo momento anticipiamo il discorso che si dovrà fare quando si porterà in discussione la legge di riforma della formazione professionale stessa.

Ma non posso non sottolineare alcune questioni, per chiarire a me stesso ed a voi, che qualcuno ha una concetto piuttosto sbagliato o quanto meno deformato di quella che è la formazione professionale in provincia di Bolzano oggi. Oggi la formazione professionale in provincia di Bolzano, almeno per quanto riguarda il settore che io insieme ai miei collaboratori gestisco, è una formazione professionale che ha fatto grossi sforzi per rispondere alle domande che sono state poste dalla società ed al tipo di formazione professionale che oggi dovrebbe caratterizzare l'impegno di un'amministrazione pubblica nei confronti dei giovani che vogliono entrare nel mondo del lavoro. Ho seguito, e qualcuno è stato presente, il convegno di Mantova promosso dall'associazione degli industriali. Dico che gli industriali vedono con un'ottica molto particolare, sicuramente con un'ottica più che mai interessata il tipo di formazione professionale che vorrebbero fosse fatta. Dico anche che non hanno torto in molte cose. Quando per esempio c'è stata una critica serrata nei confronti di strutture rigide che ancora non possono rispondere a determinate esigenze, ammetto che dicono una grande verità; quando affermano che l'ente pubblico è lento a muoversi, a recepire ciò che di nuovo emerge dal mondo del lavoro, dicono il vero; ma noi dobbiamo ricordare che la nostra formazione professionale ha antiche radici, ha radici molto più consolidate di quello che avviene in altre parti d'Italia ed anche delle strutture che, se per un verso possono sembrare rigide, per l'altro verso possono fornire e forniscono una risposta adeguata.

Allora, per non lasciare solamente a queste affermazioni una mia risposta alle domande che sono state formulate dai colleghi, dico che - non si preoccupi il collega Saurer in dieci minuti ho finito - proprio in virtù della legge fondamentale, in virtù anche della legge sui corsi brevi, in virtù della legge sull'industria ed in virtù del fondo sociale europeo, di cui non bisogna dimenticare i suoi interventi, nella nostra provincia c'è ed è avviato ed anche abbastanza affermato un modo di affrontare la formazione professionale dei giovani e dei non giovani e di

quelli che sono disoccupati in maniera sufficientemente valida e positiva. Per esempio, l'Amministrazione provinciale interviene con i propri corsi in aziende produttive industriali, dove esiste un progetto di trasformazione della produzione o di innovazione o di riconversione o di ristrutturazione dell'azienda stessa, per attuare poi corsi di riqualificazione per la manodopera ivi esistente. Se c'è invece una crisi di settore che dipende non dalla gestione aziendale, ma è una crisi che proviene dall'esterno, perché è il settore stesso che va in crisi e non esiste la volontà di modificare le produzioni, non si possono fare corsi di riqualificazione o di riconversione della manodopera. Devono cioè esserci queste due volontà che si incontrano: la domanda da parte dell'azienda di attuare piani di questo genere e l'intervento pubblico che consente ed agevola questi tipi di interventi che modificano l'assetto produttivo dell'azienda stessa. Ma se accade, come è accaduto, che aziende vanno in crisi, come il caso emblematico di questi ultimi mesi che ci ha fatto discutere moltissimo: la fabbrica di malto di Vilpiano, dove c'era la volontà precisa dell'azienda di chiudere l'attività, allora in questo caso dovremmo provvedere, sempre attraverso gli strumenti della formazione professionale, ad istituire corsi di base a fronte di una manodopera non altamente specializzata, ma piuttosto di personale dequalificato, per consentirne l'inserimento nel mondo del lavoro. Questo è possibile farlo anche attraverso la legge n. 25 ed anche attraverso altri strumenti.

L'Alluminia, l'Iveco, la Dynamit e le Ferrovie dello Stato, per dare una risposta anche ai corsi di formazione professionale nel settore pubblico, sono aziende che hanno usufruito dei corsi direttamente gestiti dalla formazione professionale per alcune centinaia di persone che vi hanno partecipato. Dico che, e ne avevamo discusso in occasione della legge sul Fondo Sociale Europeo, 32 aziende - ne menziono alcune: Acciaierie, Alluminia, Bierfield, Dynamit, Leitner, Prinoth, Wierer, Wurth, Fiat-Iveco, Athesia ecc. - hanno usufruito tramite il Fondo Sociale Europeo di interventi nelle aziende stesse per la riqualificazione e la formazione professionale della manodopera ivi esistente.

Questo ha comportato interventi su circa 1165 lavoratori, nell'anno lavorativo 1985/86 ed altri corsi sono in atto in questo momento. Affermo che per essere al passo con l'innovazione tecnologica - e cito alcuni esempi - abbiamo fatto (alcuni sono in atto) corsi sull'automazione d'ufficio, al quale hanno partecipato e partecipano esclusivamente donne. Si tratta in quest'ultimo caso di un corso finanziato dal Fondo Sociale Europeo rivolto alle donne. Cito i corsi di pneumatica ed olio-dinamica per i quali ci siamo serviti di strutture esterne alla formazione professionale ad alta specializzazione. In sostanza oggi come oggi la formazione professionale se vuole intervenire può farlo non solamente nel settore della formazione professionale per i giovani nei vari campi, dall'industria all'artigianato, al commercio, al terziario, può intervenire ed interviene anche nella riqualificazione della manodopera già al lavoro, cioè presso aziende industriali o commerciali o di altro tipo.

Questo vuol dire che gli strumenti non sono obsoleti, come si è detto: ci sono strumenti come quello delle leggi per i corsi brevi, che, con il Fondo Sociale Europeo e con la legge n. 25 sull'industria, ci consentono di fare interventi del tipo appena menzionato.

La formazione professionale è nata 25 o 30 anni fa, rivolta per quanto riguarda il mondo di lingua tedesca agli apprendisti. I corsi del mondo di lingua tedesca erano rarissimi. Oggi il consigliere Pahl ha auspicato che ci sia una migliore attenzione verso i corsi, ma per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano la maggiore attenzione ed il maggiore accento è stato proprio posto sui corsi triennali o biennali rivolti ai settori economici e produttivi. Naturalmente ha svolto una sua funzione e svolge ancora la sua funzione, perché bisogna pensare che si tratta di ragazzi che vengono generalmente dalla terza media, che hanno scelto di non proseguire gli studi in altri rami e si sono rivolti alla formazione professionale per acquisire una formazione di base che consentisse loro prima e poi una formazione professionale vera e propria per l'inserimento nel mondo del lavoro.

Rispondo in quest'occasione anche a chi ha osservato che i titoli rilasciati dalla Provincia non valgono. E' vero, è un problema che bisogna affrontare e risolvere. I titoli rilasciati dalla formazione professionale provinciale non vengono considerati validi a tutti gli effetti nell'ambito dello Stato ed in altri settori. Nei concorsi della Provincia vengono considerati validi come titoli di studio per accedere a determinate carriere, inoltre vengono considerati validi nei settori privati. Per esempio, prossimamente si avvierà un corso per l'assunzione di 20 giovani all'Alumetal e di riqualificazione professionale per altri operai, soprattutto per quelli che sono in cassa integrazione, per prepararli al funzionamento della pressa che verrà installata entro quest'anno. Ebbene, nelle richieste dei titoli, oltre a riconoscere o a valutare i titoli dell'IPIA, Istituto Professionale dello Stato, sono considerati validi i corsi di formazione professionale svolti presso la formazione professionale provinciale. Il che vuol dire che se l'industria privata considera valido un titolo di studio che viene rilasciato dalla formazione professionale provinciale, vuol dire che c'è una certa rispondenza tra quelle che sono le esigenze delle industrie e la preparazione che questi giovani ricevono.

Io ho dato delle risposte brevi - non volevo neppure farlo - non tanto sulla legge, ma su ciò che i consiglieri si aspettano dalla formazione professionale in un momento importante per essa. Credo che mai come oggi si sia discusso nel nostro Paese a livello di opinione pubblica dell'importanza della formazione professionale e quindi della necessità che questo sforzo di carattere finanziario, tecnico e culturale viene adeguatamente richiesto dalla popolazione in generale. C'è sempre stata una scarsa considerazione fino a qualche anno fa. Ricordo che si è sempre considerata la formazione professionale come l'ultima istanza per i giovani che intendevano acquisire una professione. In parte è vero, dal pun-

to di vista sociale. Coloro che hanno i mezzi a disposizione cercano altre vie possibili per fornire ai propri figli una preparazione culturale o professionale; quale ultima istanza si va a finire ai centri di formazione professionale. Ma oggi come oggi, proprio per l'esperienza acquisita, per l'attenzione con la quale ci si è rivolti al mondo del lavoro, alle sue esigenze e quindi anche alla necessità di fornire ai giovani una preparazione adeguata, dico che questa risposta è stata in parte data.

Devo dire anche che in questo senso il corpo insegnante, i docenti, i tecnici, gli operatori della formazione professionale, hanno fatto e stanno facendo un grosso sforzo per aggiornare continuamente la loro preparazione. Senza fare polemica, ma per contribuire alla discussione, preferirei che questo aggiornamento fosse fatto soprattutto sul piano tecnico, oltre che sul piano didattico ecc., dove è posta molta attenzione.

Un'ultima cosa volevo dire sulla legge: in quest'occasione, oltre a riordinare alcuni aspetti che erano rimasti per molti anni in sospenso, di carattere generale e non di carattere individuale, come le norme transitorie prevedono, c'è stato un grosso sforzo per riordinare il settore dal punto di vista della sua adeguatezza a quelle che sono le esigenze attuali. Forse con questa legge non avremo trovato la soluzione ottimale, ma un passo in avanti indubbiamente è stato compiuto. C'è voluto del tempo, lo riconosco, però esso è stato compiuto.

Consentitemi di dire qualcosa sulle norme transitorie per le quali ho avuto con i colleghi in via privata alcune battute: non si può far diventare vittime coloro che si sono avvicinate alla formazione professionale e per i quali non si è trovata entro breve tempo una soluzione giuridica adeguata al loro ruolo. Molte cose si sono trascinate e ad un certo momento i nodi sono venuti al pettine. Non si può far soffrire della lentezza legislativa o burocratica dell'ente pubblico coloro i quali avendo richiesta una soluzione al loro Stato ne sono diventate vittime. Una delle innovazioni molto evidenti è quella della soppressione della categoria degli assistenti. E' una soluzione che ancora in questo momento non è soddisfacente per gli assistenti, e probabilmente presenterò un emendamento. Gli assistenti, che sono persone che hanno i titoli per accedere al posto di insegnante, ma che svolgono spesso il ruolo di insegnante nelle officine e nei laboratori, ritengono ingiustificato il fatto che dopo molti anni di attività in quel settore anche come insegnanti debbano essere sottoposti ad un esame di concorso, sia pure interno, e quindi ad una specie di verifica della loro preparazione tecnica e professionale. Questa è una delle cose che voglio sottolineare, perché è stata una proposta che è stata oggetto di un lunghissimo dibattito all'interno della Commissione e che è stato in parte risolto con questo disegno di legge.

Mi riserverò di intervenire nella discussione articolata per portare chiarimenti ed anche opinioni che ritengo di dover portare, non per giustificare certe scelte, ma per illustrare, meglio di quanto sia stato

fatto nella relazione accompagnatoria, ciò che é stato fatto anche dalla Commissione per adeguare questa legge alle esigenze attuali.

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen des Kollegen Sfondrini kann ich mich etwas kürzer fassen.

Es ist klar und durchaus legitim, daß man anläßlich der Behandlung eines solchen Gesetzes in der Generaldebatte über das Berufsschulwesen im allgemeinen diskutiert, wenn das Gesetz als solches auch nur, oder vor allem, personalrechtliche Fragen zum Gegenstand hat. Dabei haben wir Wünsche, Anregungen zur Kenntnis genommen. Allzu große Kritik am bestehenden Berufsschulwesen habe ich nicht, zumindest aus der Mehrheit der Wortmeldung, nicht heraushören können und die wäre auch völlig ungerechtfertigt, denn man muß schon darauf hinweisen, daß in der Nachkriegszeit ein Berufsschulwesen unter schwierigsten Umständen aufgebaut worden ist, und jeder, der die Möglichkeit wahrnimmt, kann sich ein bißchen das eine und das andere anschauen; nächstens wird natürlich alles beschränkter werden. Wenn die Sparmaßnahmen für die Landesräte und die Landtagsabgeordneten verabschiedet werden, wird man wahrscheinlich kaum mehr unter Salurn oder über den Brenner hinausedürfen, aber es hat doch Vorteile, wenn man das eine und das andere Mal etwas über die Landesgrenzen hinausgeht und doch ein Programm des Vergleiches abwickelt, das sinnvoll ist. Bei solchen Reisen kommt man darauf und bringt man in Erfahrung, daß wir aufgeholt haben, daß wir in einigen Bereichen geradezu schon führend sind, gerade was die Einrichtung unserer Schulen anlangt. Auch hier sind Anregungen gekommen. Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren Milliardeninvestitionen getätigt und ich glaube, daß auch die Wirtschaft uns recht geben muß, daß wir hier schon Spitzentechnologien eingestellt haben und es ist auch richtig so. Ich glaube, es müssen von seiten der jungen Leute, von seiten der Berufsschulen auch Impulse im Bereich der Wirtschaft, vor allem im Bereich der mittelständischen Wirtschaft ausgehen. Die großen Giganten haben eigene Schulen, haben eine eigene Aus- und Fortbildung, die würden vielleicht die Hilfe des Landes, der öffentlichen Hand in dem Ausmaß benötigen, aber wir müssen schon dafür sorgen, daß diese Impulse auch aus unseren Schulen kommen. Insgesamt, glaube ich, daß wir auch entsprechend reagiert haben. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Jahre 1979-80 noch 5.384 Lehrlinge in der deutschen Berufsschule waren und da möchte ich auf einen Unterschied zwischen dem deutschen und dem italienischen System hinweisen. Wir betonen es und es ist vor allem auch gerechtfertigt aufgrund der mittelständischen Struktur unserer Wirtschaft. Wir betonen vor allem sehr stark die duale Ausbildung, während, dies hat der Landesrat Sfondrini ausgeführt, auf italienischer Seite eher mehr das Fachkurswesen gefördert wird und darüber könnte man sehr lange diskutieren und wir werden beim organischen Gesetz über die Berufsausbildung auch Gelegenheit haben zu diskutieren. Ich möchte nur auch die Gelegenheit wahrnehmen, diese Ausrichtung hier zu betonen. Wir sind allerdings im Zu-

ge der Krise von 5.384 auf 3862 im Jahre 1984/85 heruntergekommen. Das hängt natürlich sehr stark mit der Auftragslage zusammen, es hat aber auch zusammengehungen mit der ganzen Frage der Lehrlingsentlohnung. Aufgrund dann der Maßnahmen, die getroffen worden sind, sei es von seiten der Landesregierung als auch von seiten der Sozialpartner selber, haben wir von 1984/85 die Lehrlinge wieder von 3.862 auf 4.523 bringen können. Also, ein doch erheblicher Zuwachs, wie wir gesehen haben, daß die Lehrlingszahlen so sinken, gleichzeitig gegengesteuert haben und jetzt auch im Bereich der deutschen Berufsschule Fachkurse und Grundlehrgänge zusammen 1.200 Schüler haben, die Fachkurse bzw. Grundlehrgänge des Landes besuchen. Deshalb ist man schon in die entsprechende Richtung gegangen. Natürlich, und darauf müssen wir auch hinweisen, haben wir im allgemeinbildenden Schulwesen, was die Bauten anbelangt, zumindest was den deutschen Teil anbelangt, wirklich in den letzten 10 Jahren Entscheidendes geleistet. Wir haben einen bestimmten Nachhang im gewerblichen Bereich. Wir haben bereits die Raumprogramme für Schlanders, Meran und Bozen vorliegen, Brixen und Bruneck werden mit den bereits laufenden Arbeiten abgeschlossen sein, aber wir haben einen bestimmten Raummangel in der deutschen Berufsschule zu verzeichnen und wir hoffen, den schnellstmöglich zu beheben und auch beheben zu können.

Wie gesagt, im großen und ganzen ist es uns gelungen, durch die Steigerung wieder der Schüler, in den Berufsschulen im engeren Sinne und durch das Angebot der Fachkurse der Wirtschaftsentwicklung gerecht zu werden. Fachkurse vor allem deshalb, weil die Wirtschaft zu uns gesagt hat, in den staatlichen Programmen ist die Praxis nicht ausgewogen vertreten. Wir haben in unseren Berufsschulen, in unseren Fachschulen oder Vollzeitschulen ein Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, immerhin im Ausmaß Halbe-Halbe, wobei ich glaube, daß jetzt durch die Aufstockung der Schule von zwei auf drei Jahren eine genügend theoretische und praktische Praxis vorhanden ist, damit der einzelne in das Berufsleben Eingang finden kann bzw. in die Lage versetzt wird, von einem Arbeitsplatz in den anderen überzuwechseln. Ich muß gleichzeitig erwähnen, daß wir für die Spezialisierung die sogenannten Kurse haben. Wir haben in einem Jahr 24 Kurzurse für 577 Leuten veranstaltet, 7 Kurse in Eigenregie für 180 Schüler, es kommt auch auf eine doch erhebliche Anzahl von Schülern an, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen können und die dieses Angebot ausnützen. Deshalb insgesamt ein durchaus variables System, insgesamt ein System, das im Grunde kein Gesetz als solches notwendig hätte, weil die Dinge laufen. Was wir durch das organische Berufsschulgesetz machen müssen, es existiert eine Reihe von Gesetzen; wenn eine Reihe von Gesetzen existiert, existieren auch Überschneidungen. Wir möchten das Gesamte etwas ordnen. Wir möchten auch die sogenannte Ausbildung, die Verträge gesetzlich etwas abgrenzen und regeln im Vergleich zu unserer Lehrlingsausbildung. Auch dieser Bereich kommt hinein, die Anerkennung unserer Kurse, aber ich glaube nicht, daß wir dieses Gesetz, dieses organische Gesetz zur Verbesserung unserer Berufsschule brauchen, denn unsere Be-

rufsschule funktioniert, es wird auch zu keinem Überreformer kommen, von dem der Kollege Pahl gesprochen hat, man kann auch überreformieren, es wird auch das nicht getan, sondern es wird nur alles übersichtlicher gestaltet, im Sinne auch der Beschlüsse meiner Partei, an die ich mich dann auch als Regierungsmitglied zu halten habe. Infolgedessen, wenn es auch logisch erscheint, daß unter Umständen zuerst die Materie geordnet wird und dann die personalrechtliche Regelung, aber ich bin der Meinung, daß dieses Gesetz, wie es hier vorliegt, das organische Gesetz nur am Rande tangiert, wenn ich die einzelnen Artikel dieses Gesetzes durchgehe, da werden wahrscheinlich auch nach dem organischen Gesetz keine wesentlichen Änderungen eintreten, vielleicht eine kleine Redimensionierung oder Aufstockung des Personals, im übrigen sind es Dinge, die hier im Gesetz vorliegen, die Angleichung des Berufsschulgesetzes an bereits bestehende Personalgesetze beinhalten, die bestimmte gewerkschaftliche Forderungen, vor allem der Angleichung an die Situation der Lehrer in den Staatsschulen berücksichtigen, die bestimmte Rechtsinstitute, wie die Beauftragung auf unbestimmte Zeit, die auch der Staat und andere Körperschaften bereits abgeschafft haben, die auch hier Ordnung hineinbringen, wobei das Prinzip betont wird, daß jeder in eine öffentliche Stelle, vor allem durch Wettbewerbe kommt und nicht so sehr durch Berufung, wobei wir in unserem Sektor Berufungen und Beauftragung nicht ausschließen können, und zwar aufgrund der großen Flexibilität, die wir haben müssen, aber wenn dann jemand in die Stammrolle zu kommen hat, dann soll er aufgrund von Wettbewerben in die Stammrolle kommen. All diese Bereiche und darüberhinaus, wir werden es dann in den einzelnen Artikeln sehen, sollten geregelt werden. Für mich ist das Gesetz überfällig gewesen. Ich glaube schon, daß man sehr darauf achten muß, eine Verwaltung bzw. ein Schulwesen, das ja sehr gut funktioniert, daß dort auch die notwendige Motivation der Leute mitgegeben wird, denn nur, wenn bestimmte Dinge, die seit Jahren auf eine Erledigung harren, endlich geregelt werden, wird diese Motivation wieder entsprechend steigen können. Im übrigen muß ich wirklich meine Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß dort in den Berufsschulen wirklich ein Klima herrscht, sei es was die Direktoren anbelangt, sei es auch, was das Personal anbelangt, das wirklich eingeht auf die Erfordernisse der Wirtschaft, der Weiterbildung. Wir haben auch immer im Herbst Weiterbildungsseminare, heuer haben wir sieben angeboten, drei pädagogisch-methodische Seminare, vier Fachseminare, die Leute haben die Möglichkeit sich weiterzubilden, auch im Ausland, und es sind auch einige Dinge in das Gesetz eingeflossen, daß Vergleichswettbewerbe usw. gefördert werden. Das sind alles Dinge, die recht nützlich sind. Infolgedessen glaube ich, daß wir ruhig in diese Artikeldebatte treten können.

Ich bin dem Abg. Mitolo noch eine Antwort schuldig, warum jetzt diese Abänderung, in der Substanz, mit Ausnahme von 1 bis 2 Bestimmungen wird nichts Neues geregelt. Über den Sommer hat man die Möglichkeit gehabt, alles nochmals anzuschauen. Man ist auf einige technische Ungeheimheiten daraufgekommen und weil sich jetzt die Gelegenheit auch im



Plenum bietet und es ist bei jedem Gesetz so, hat man versucht, diese technischen Ungereimtheiten noch aus der Welt zu schaffen, wobei zwei, drei substanzielle Dinge schon hinzugekommen sind. Aber bei 75 Artikeln, glaube ich, daß diese Zahl von Abänderungsanträgen, selbst wenn sie von der Regierung kommen, durchwegs gerechtfertigt sind und daß sie unter Umständen wesentlich mehr bei Gesetzen vorhanden sind, wo unter Umständen nur 15 Artikel vorliegen und nicht 75. Infolgedessen glaube ich, daß sich das innerhalb des tolerierbaren Ausmaßes haltet.

**PRÄSIDENTIN:** Somit kommen wir zur Behandlung der Tagesordnungen. Ich verlese die **Tagesordnung Nr. 1:**

Der Südtiroler Landtag verpflichtet die Landesregierung, im Dringlichkeitswege ein neues Landesgesetz über die Berufsbildung auszuarbeiten und zu verabschieden, da das Landesgesetz über die Regelung dieses Sachbereiches aus dem Jahr 1962 den Anforderungen nicht entspricht und es einer gesetzlichen Regelung bedarf, die in der Lage ist, die Berufsbildung in der autonomen Provinz Bozen zu verbessern, damit den Anforderungen des Arbeitsmarktes auf moderne, effiziente und funktionelle Weise entsprochen werden kann.

Bitte, Abg. Mitolo.

**MITOLO (MSI-DN):** Signora Presidente, non voglio fare il pignolo, ma facciamo finta che sia letto anche in italiano, questo per guadagnare tempo.

**PRÄSIDENTIN:** Ich kann mich nicht erinnern, daß wir die Tagesordnungen in beiden Sprachen verlesen haben. Die Gesetze schon, aber die Tagesordnungen sind immer in der Sprache verlesen worden, die der des Präsidenten als Muttersprache entspricht.

**MITOLO (MSI-DN):** Tutto si legge in due lingue.

**PRÄSIDENTIN:** Ich verlese nun den Text in italienischer Sprache.

Il Consiglio provinciale impegna la Giunta provinciale a predisporre e varare con urgenza una nuova legge provinciale in materia di formazione professionale, in quanto risulta inadeguata la legge provinciale di regolamentazione del settore, che risale al 1962, e necessita una legislazione in materia in grado di migliorare la formazione professionale della Provincia autonoma di Bolzano, permettendo di essere moderna, efficiente e funzionale alle richieste del mercato del lavoro.

Abg. Barbiero hat das Wort.

**BARBIERO-DE CHIRICO (PCI):** Signora Presidente, signori assessori, signori consiglieri, l'ordine del giorno che ho presentato in pratica chiede alla Giunta provinciale di emanare una nuova legge-quadro nel settore della formazione professionale. L'ordine del giorno presentato dai consiglieri Langer e Tribus, chiede questa stessa cosa esplicitando il concetto. Si potrebbe dire che l'ordine del giorno di Langer e Tribus é l'illustrazione dell'ordine del giorno da me presentato. Quindi, per non ripetere due volte una stessa discussione io rinuncio al mio ordine del giorno, firmo l'ordine del giorno di Langer e Tribus, ovviamente d'accordo anche con loro, ed illustro un unico ordine del giorno. Chiedo quindi alla Presidente di darne lettura.

**PRÄSIDENTIN:** Sie ziehen also Ihre Tagesordnung zurück und sind Mitunterzeichnerin der Tagesordnung der Abg.en Langer und Tribus.

Ich verlese die **Tagesordnung Nr. 2:**

Angesichts des immer schnelleren und für den einzelnen Jugendlichen oder arbeitenden Menschen immer schwerer nachvollziehbaren sozialen Wandels und der tiefgreifenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Beschäftigungsstruktur überhaupt gewinnt die Berufsausbildung und Berufser-tüchtigung noch mehr Gewicht und Bedeutung als in der Vergangenheit. Das Land Südtirol besitzt auf dem Sektor primäre Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeit, hat aber davon bisher nur stückhaft und meistens auf dem Umweg über Personalgesetze Gebrauch gemacht. Zudem ist eine Verzettlung der Verwaltung auf zahlreiche Assessorate dermaßen verfestigt, daß eine umfassende Regelung und Reform der Berufsbildung im weitesten Sinne immer schwieriger geworden ist.

Anläßlich der Behandlung des Personalgesetzes Nr. 101/86 ("Änderung der Personalordnung der Berufsausbildung"), in dem die bisherige Politik der Verzettlung und des Stückwerks fortgeführt wird,

fordert

der Südtiroler Landtag die Landesregierung auf, binnen kurzer Zeit ein Rahmengesetz zur Reform der Berufsbildung in Südtirol vorzulegen, das - unter gewissenhafter Ausschöpfung der landeseigenen Zuständigkeiten - eine organische Neuregelung des Berufsbildungswesens mit besonderer Rücksicht auf folgende vier Sachbereiche vornimmt:

- Berufsausbildung für Jugendliche;
- Berufser-tüchtigung und berufsbegleitende Fortbildung für arbeitende Menschen;
- Umschulung für Beschäftigte, deren Arbeitsplatz in Gefahr ist, sowie für Arbeitslose;
- Berufsbildung für Behinderte und Versehrte.

Anliegen eines solchen Rahmengesetzes soll eine Reform des Berufsbildungswesens sein, das die grundlegende Aus- und Weiterbildung für die Mehrheit der Bevölkerung liefert und deshalb zu einem vorrangigen Anliegen der Landespolitik gemacht werden muß.

-----

Al cospetto di un cambiamento sociale sempre più rapido, che mette il singolo giovane o il singolo lavoratore di fronte a profonde modificazioni del mercato del lavoro e della struttura occupazionale, che solo con molta difficoltà possono essere affrontate, la formazione e l'addestramento professionale assumono un rilievo ancora maggiore che in passato. La Provincia autonoma di Bolzano in questo settore dispone di competenza legislativa ed amministrativa primaria, di cui però sinora ha fatto uso solo frammentario ed in genere attraverso la regolamentazione del personale. Inoltre si è consolidata una frammentazione dell'amministrazione di questa competenza tra numerosi assessorati, tanto da rendere sempre più difficoltosa un riordino ed una riforma complessiva della formazione professionale in senso ampio.

In occasione della trattazione del disegno di legge n. 101/86: "Modifiche all'ordinamento del personale della formazione professionale", nel quale si perpetua l'attuale politica di frammentazione e di dispersione,

il Consiglio provinciale dell'Alto Adige  
invita la Giunta provinciale

a presentare entro breve tempo un disegno di legge-quadro per la riforma della formazione professionale in Alto Adige, che, in scrupoloso ed esauriente ricorso al pieno delle proprie competenze, preveda un riordinamento organico della formazione professionale, con particolare riguardo ai seguenti quattro settori:

- formazione professionale dei giovani;
- formazione ed addestramento di lavoratori in servizio, come misure accompagnatorie dell'attività lavorativa;
- riconversione per lavoratori, il cui posto di lavoro sia minacciato, e per disoccupati;
- formazione professionale per minorati ed invalidi.

Scopo di una tale legge-quadro dovrà essere la riforma della formazione professionale che fornisce alla maggioranza della popolazione la formazione, di base e permanente, decisiva e che merita di occupare un posto prioritario nella politica della Provincia.

Abg. Barbiero hat das Wort.

**BARBIERO-DE CHIRICO (PCI):** Illustro l'ordine del giorno. La Provincia - lo abbiamo detto - ha competenze primarie in materia di formazione professionale e quindi non ha bisogno di sottostare, di adeguarsi o di subire anche le lentezze dello Stato. E' un settore, quello della formazione professionale, che può davvero assumere un ruolo pilota all'interno del sistema formativo complessivo, offrendo degli spunti interessanti anche alla stessa scuola statale. La Provincia, quindi, ha il dovere, non solo e non tanto il diritto, ma il dovere di dotarsi di una legge avanzata che preveda una formazione professionale più flessibile, più efficiente, corrispondente a quelle che sono le esigenze del mercato del lavoro locale ed in grado di stare all'altezza dei tempi e possibilmente in grado di anticipare bisogni ed esigenze e tendenze.

L'assessore Sfondrini nella sua replica non ha potuto negare l'esigenza di varare una nuova legge-quadro in materia di formazione professionale; ha semplicemente detto che dal 1962 ad oggi la Provincia si é data ulteriori strumenti di intervento complementari, integrativi alla legge sulla formazione professionale, ma quanto detto dall'Assessore, secondo noi, non nega la necessitá di dotarsi di una legge-quadro organica complessiva, anzi é proprio il contrario. Cioé quanto detto dall'Assessore, il fatto che esistano degli interventi settoriali, parziali, come per esempio la legge sui corsi brevi, come per esempio la legge sul Fondo Sociale Europeo, accentua l'esigenza di dotarsi di una legge in grado di fornire tutti gli strumenti adeguati per un intervento coordinato e funzionale dell'insieme del sistema formativo nella nostra provincia. Quindi, quanto detto dall'assessore Sfondrini ed anche quanto detto dall'assessore Saurer, non contraddice, non nega l'esigenza di dotarci di una legge-quadro sulla formazione professionale, anzi secondo me proprio il fatto che siamo in presenza di interventi settoriali, di interventi mirati, come può essere quello sul fondo sociale, fa invece capire che c'è l'esigenza di una legge organica complessiva che coordini gli interventi e che sia in grado di far fare un salto di qualità alla nostra formazione professionale, perché non é che abbiamo detto che la nostra formazione professionale é tutta arretrata. Abbiamo fatto rilevare che vi sono dei limiti ed abbiamo anche fatto degli esempi che evidenziavano questi limiti.

Ora, sia l'assessore Saurer, che l'assessore Sfondrini non hanno negato l'importanza di dotarci di questa legge, anzi semmai con le loro argomentazioni hanno fatto capire ancora di piú che é necessario invece avere questo strumento legislativo. Tutti e due invece si sono posti sulla difensiva, nel senso che hanno cercato di minimizzare l'assenza di questa legge-quadro.

**CONSIGLIERE:** (Interrompe)

**BARBIERO-DE CHIRICO (PCI):** No, cosí é stato detto. Nessuno di voi ha negato l'esigenza di avere una nuova legge-quadro, ma avete cercato di minimizzare il fatto che ancora questa legge non vi sia. Interessante é però il fatto che tutti e due gli assessori, sia Saurer che Sfondrini, non ci hanno detto che ci troviamo in presenza di una legge-quadro già in stato di avanzata gestazione. Non é vero e quindi mi pare che davvero quanto affermato questa mattina dal capogruppo della Volkspartei venga smentito da quanto detto dagli assessori, perché credo che se questa legge vi fosse, almeno gli assessori competenti dovrebbero essere a conoscenza della sua esistenza. Invece non é cosí; gli assessori non hanno assolutamente detto che già c'è un disegno di legge pronto per...

**FRASNELLI (SVP):** (Unterbricht)

**BARBIERO-DE CHIRICO (PCI):** No, non l'hanno detto perché questo disegno di legge non c'è. Se fosse pronto gli assessori lo avrebbero detto.

Quindi per concludere c'è sicuramente bisogno di una nuova legge-quadro sulla formazione professionale. Non nascondiamoci dietro posizioni difensive che tendono a minimizzare il fatto che questa legge non vi sia, non nascondiamoci nemmeno dietro comportamenti di tipo demagogico teso a dire che il nostro ordine del giorno è superato, perché tanto voi un disegno di legge del tipo di quello richiesto da noi già lo avete, perché questo non è vero. Non dobbiamo prenderci in giro. Credo invece che sia necessario confrontarci in maniera seria su questo; credo che sia necessario che la formazione professionale promuova nuove figure professionali; credo sia necessario che la formazione professionale si occupi di quella quota di lavoratori e lavoratrici resi esuberanti dai processi di rinnovamento tecnologico e dai processi di ristrutturazione; credo sia importante anche promuovere per le donne riferimenti in settori di lavoro non tradizionalmente femminili.

Qui ci sarebbe da riprendere il discorso che ha fatto questa mattina il consigliere signora Gebert-Deeg. Credo che serva varare al più presto la legge. L'ordine del giorno non dice quando, dice al più presto; non è che diamo alla Giunta dei tempi rigidi per cui vi dovete sentire in qualche modo vincolati, no. Esprimiamo semplicemente l'esigenza che la Giunta al più presto, in tempi ragionevoli, predisponga e vari questa nuova legge-quadro. E' un'esigenza sentita da noi che abbiamo proposto l'ordine del giorno, ma è un'esigenza sentita anche da tutti gli operatori che operano nel settore.

**LANGER (AS):** Frau Präsidentin! Diese Tagesordnung, die von uns eingebracht und jetzt von der Kollegin Barbiero mitgetragen und erläutert worden ist, zielt darauf ab, daß wir auch der öffentlichen Meinung gegenüber anlässlich der Verabschiedung dieses Personalreformgesetzes auch ein deutliches Signal geben, daß wir uns, wie ich es heute vormittag genannt habe, nicht nur mit den Problemen des Hofstabs, sondern auch des Königreichs beschäftigen wollen, d.h. wir wollen uns nicht nur mit den bestimmt wichtigen Problemen des derzeitigen Personals des Berufsbildungswesens beschäftigen, sondern wir wollen auch sagen, daß wir uns und wir wollen als Landtag die Landesregierung verpflichten, daß ein umfassendes Reformwerk in kurzer Zeit in die Welt gesetzt werden soll. Nun hat uns zwar der bestimmt sehr gewichtige Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei heute vormittag in einem Zwischenruf darauf hingewiesen, daß laut seinen Informationen, und er wird da sicher gute Informationen haben, ein solcher Gesetzentwurf bereits dem Landesausschuß zur Beschlußfassung vorliege. Es mag sein. Tatsache ist, daß bis jetzt darüber öffentlich nichts vorliegt und könnte auch nicht und nicht nur, sondern auch nach den Informationen, die wir haben, sei zwar ein Referentenentwurf vorgelegt worden, insbesondere von seiten des deutschsprachigen Berufsschulwesens, der sei aber nach unseren Informationen mit dem italienischsprachigen Zweig

zu wenig abgeklärt worden, sei zurückgegeben oder zurückverwiesen worden, um auf Inspektorebene den Entwurf nochmals zu überarbeiten und wir wissen also nicht, ob heute tatsächlich dem Landesausschuß etwas Spruchreifes vorliegt oder nicht. Wenn ja, dann würden wir das nur begrüßen, sehen darin aber kein Hindernis, unserem Antrag zuzustimmen, denn es würde damit auch die Rolle derer, die innerhalb des Landesausschusses ein Reformwerk punkto Berufsbildung vorantreiben wollen, nur verstärkt, denn dann würden sie mit einem Landtagsbeschluß im Rücken vielleicht mit größerem Gewicht darangehen können, die Zerstückelung auf verschiedene Assessorate, verschiedene Kompetenzen und, gestatten Sie mir auch zu sagen, nach einer allzu stark ethnisch gefärbten Auffächerung endlich zu überwinden, denn es ist zwar historisch vielleicht einsehbar, daß in unserem Lande die Berufsbildung insgesamt auf deutschsprachiger Seite im großen und ganzen mehr die Klein- und Mittelbetriebe im Auge hatte, Handwerk, Handel, Fremdenverkehr, eventuell noch Kleinindustrie, und umgekehrt auf italienischsprachiger Seite etwas stärker die größeren Industriebetriebe und eventuell die Verwaltung im Auge hatte, und auf deutschsprachiger Seite die Landwirtschaft, die wiederum extra rangiert, aber heutzutage, angesichts des sozialen Wandels und der immer ähnlicheren Sozialstruktur der verschiedenen Volksgruppen können wir eigentlich in dieser historisch differenzierten Genese des Berufsschulwesens auf deutscher und italienischer Seite eigentlich keine so große Berechtigung finden. Wir wollen damit nicht sagen, daß Dinge, wie es heute vormittag der Kollege Pahl gemeint hat, überreformiert werden sollen, aber wir können uns vorstellen, daß das Berufsbildungswesen in Südtirol nach den vier Kriterien, die wir hier angeben, reformiert werden muß. Nämlich erstens das eigentliche Berufsschulwesen für Jugendliche, die sich auf den Berufseintritt vorbereiten, zweitens für Arbeitskräfte, die bereits in einem Arbeitsverhältnis stehen und die vor allem berufsbegleitende Maßnahmen brauchen, die aber unter Umständen auch Maßnahmen brauchen, um punkto Allgemeinbildung nicht nur jetzt fachspezifisch bezogen nicht hintenzubleiben. Drittens, Maßnahmen im Bezug auf Arbeitskräfte, die von Entlassung bedroht sind oder zumindest von Krisen gefährdet und geschüttelt sind oder von erwachsenen Arbeitskräften, auch jugendlichen Erwachsenen, die arbeitslos sind, wo also insbesondere Umschulungsmaßnahmen notwendig sind. Und viertens spezifische Maßnahmen zugunsten von versehrten und behinderten Arbeitskräften, wo auch differenziert werden muß. Es sind ja nicht lauter Behinderte, die lebenslänglich behindert sind, es gibt Leute, die durch Arbeitsunfälle zu Invaliden geworden sind und eine Umschulung brauchen; es gibt andere Leute, die permanent behindert sind und nur für bestimmte Arbeitsleistungen überhaupt in Frage kommen; es gibt Leute, die als Behinderte irgendwann auch umgeschult werden müssen; es gibt Leute, die vielleicht ihr ganzes Leben die ungezügelte Konkurrenz des Arbeitsmarktes überhaupt nicht über sich ergehen lassen können usw.

Wir sind sicher, daß insgesamt das Angebot im Berufsbildungswesen wesentlich differenzierter zu sein hat als das Schulwesen, als das so ge-

nannte ordentliche Schulwesen. Es sind wesentlich differenziertere Träger der Ausbildung, das geht von der öffentlichen Hand bis zu einem festen Berufsschulpersonal, von dem wir heute hier reden. Dieses feste Berufsschulpersonal ist aber normalerweise die Voraussetzung dafür, daß bestimmte Bildungsprozesse durchgeführt werden, die im großen und ganzen stabilen Charakter haben, bzw. die die organisatorischen Voraussetzungen für Kurzurse und ähnliches liefern, wo wir aber an flexiblere Bildungsmaßnahmen denken. Dort braucht es auch wesentlich flexibleres Personal, das nicht unbedingt immer fix im Landesdienst zu stehen braucht, noch differenziert sind die Erfordernisse des ganzen Behindertensektors. Aber wir wissen, daß die Träger verschiedene sind, die öffentliche Hand, beispielsweise die Betriebe, eine ganze Reihe von Sonderagenturen, Fachkräfte, die durchaus auch außer Landes herbeigeholt werden können. Wir wissen, daß die Ausbildungsstätten sehr differenziert sind. Das reicht von den Kursen und Berufsschulen bis hinein in die Betriebe. Es ist absolut nicht gesagt, daß eine Ausbildung nur dann stattfinden kann, die kann genauso gut in der Werkstatt oder in der Fabrikshalle oder am Betriebsitz stattfinden. Allerdings haben wir schon bei der Diskussion über den europäischen Sozialfonds gesagt, wir sind nicht der Meinung, daß also praktisch rein den Betrieben nur Geld gegeben werden soll für das, was sie normalerweise sowieso schon tun, wo sie aber gern mit öffentlichen Geldern ein bißchen, praktisch eine zusätzliche Einnahme verzeichnen. Genauso pluralistisch wie die Ausbildungsstätten und Ausbildungsträger sind auch die Finanzierungsquellen, wie wir wissen, vom Land, vom europäischen Sozialfonds, von den Betrieben selbst und von möglichen anderen Trägern.

Ich will mich jetzt nicht weiter auslassen. Was wir dazu zu sagen haben, haben wir auch in der Generaldebatte am Vormittag schon zum guten Teil angebracht, aber wir sind der Meinung, daß der Landtag gut daran täte, diese Tagesordnung eventuell zu modifizieren, eventuell unter Auslassung des Vorspruchs zu verabschieden, um damit vor der Bevölkerung und vor allen Beteiligten an diesem Prozeß, und das ist fast die ganze Bevölkerung, das ist nicht nur die Landesregierung und das Berufsschulpersonal von Inspektoren, Direktoren und Lehrern, das sind auch nicht nur Lehrlinge oder die arbeitenden Menschen oder die Arbeitslosen, die in den Genuß solcher Ausbildung kommen, sondern das sind weitgehend auch dann die Familien dieser davon Betroffenen, die Betriebe, usw. D.h. es ist im Grunde eine Materie, die, ich würde sagen, die große Mehrheit der Bevölkerung direkt oder indirekt berührt und entsprechend glauben wir, daß ein solches Reformrahmengesetz nach unserer Auffassung heute den positiven Prozeß, den Landesrat Saurer angesprochen hat, Südtirol im Berufsbildungswesen vorn usw., fördern soll und nicht wir uns auf den zum Teil tatsächlichen und zum Teil eingebildeten Lorbeeren ausruhen sollten.

**FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC):** L'ordine del giorno é interessante, perché induce a parlare in senso generale di un argomento sicuramente importante, a mio avviso fundamenta-

le della vita economica non solo formativa della nostra provincia, e anche, se vogliamo, a livello nazionale e internazionale. Lo ritengo però riduttivo, forse improvvisato, di conseguenza non lo voterò, anche se ne accetto lo spirito, anche se accetto l'occasione che offre per una riflessione congiunta su un argomento che sicuramente verrà posto all'attenzione del Consiglio provinciale nei prossimi mesi e su cui la Giunta sta già elaborando dei progetti.

Ridurre la formazione professionale, anche se si parla di particolare riguardo a questi aspetti, debbo dire che sia nell'intervento della Barbiero che di Langer, poi sono intervenuti degli arricchimenti che condivido, ma agli atti verrebbe lasciata questa traccia, mi parrebbe poco. Sicuramente la formazione professionale se va ristrutturata come è necessario, ha bisogno di una strategia. A mio avviso ancora oggi non la possiede compiutamente, anche se oggi sicuramente meglio di qualche anno fa, ed è una strategia che è inevitabilmente collegata a ciò che vogliamo fare di questa provincia, nei suoi riflessi locali, ma anche nelle sue interrelazioni con le province e le regioni finitime, e che va considerata all'interno del piano di sviluppo economico provinciale. Non è possibile una formazione professionale casuale, come risposta occasionale a ciò che emerge nella società e quindi come risposta magari a bisogni suscitati più per fare dei corsi e impiegare delle persone e occupare dei ragazzi, piuttosto che con la finalità di fare formazione professionale in funzione di insediamenti o di trasformazioni o di professioni emergenti. Questo non deve accadere, e direi anzi che nella strategia la domanda va canalizzata sulla base della strategia che ci si vuole dare. Questo senza fare dei piani coatti attraverso i quali se si prevede, come avveniva fino a qualche tempo fa nel pre-Gorbaciov al di là della cortina, che se si prevede di aver bisogno di 18 falegnami dobbiamo fare 18 falegnami, punto. O come quando andammo a visitare la Cina, sei anni fa, c'erano programmate 20 persone in tutta la Cina che dovevano imparare l'italiano, perché questo era il livello di apprendimento ufficiale della nostra lingua in Cina...

**LANGER (AS):** (Interrompe)

**FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC):** Sì, sarebbe accaduto l'inevitabile. Non dico tanto questo, quanto, come deve accadere in una società come la nostra, che sulla base delle previsioni di medio e breve termine noi si dia delle indicazioni che servono poi di orientamento e servono per coloro che vogliono fare una scelta professionale. La scelta della delibera a livello individuale non può diventare coatta, ma è chiaro che la proposta di quello che può essere lo sviluppo della situazione di lavoro nella nostra provincia può dare ampie indicazioni. Per esempio, non è bello che stia accadendo che nella scuola dell'istruzione ci siano non so quante centinaia di ragazzi ormai che studiano all'Istituto Tecnico Commerciale settore linguistico. Non è bel-



lo perché cosa sta accadendo? Che questa scuola che non dá più la competenza, parlo dell'istruzione, perché é di mia competenza, ma potrei fare una miriade di esempi sulla formazione, ma offenderei i colleghi, allora offendo me stesso, non é bello né buono che accada questo, perché questa scuola non dá più la competenza propria dei periti commerciali ragionieri e non dá ancora la competenza - queste cose ce le siamo già detti altre volte ma le voglio ripetere - linguistica che é chiesta dalla società. Infatti, purtroppo sta accadendo che qualcuno di questi ragazzi - mi é stato detto l'altro giorno dai professori - uscito anche con 60, é stato immediatamente convocato da aziende e quando si sono accorti ciò che aveva imparato purtroppo é stato immediatamente anche dimesso. Non é giusto che accada questo, per le responsabilità che ho io l'ho detto, ma poi se i ragazzi vogliono, le famiglie vogliono continuare a scegliere questo tipo di scuola, non abbiamo, e giustamente, lo strumento per impedire questa scelta non oculata e non corrispondente alla domanda della società. Li abbiamo avvertiti, li abbiamo convocati, e il Consiglio d'istituto e il Preside; noi non abbiamo altri strumenti, né vogliamo fare pressioni diverse da quelle del fatto che già parlandone quest'oggi io esprimo. Ma ne ho parlato altre volte Mitolo, un'opinione certamente non casuale su un tipo di scelta. E per rispondere all'interruzione sorridente della collega Barbiero...

**CONSIGLIERE:** (Interrompe - unterbricht)

**FERRETTI** (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Quindi, perché non accadano di questi episodi, credo che il tutto vada inquadrato in una strategia, con una flessibilità che oggi la formazione non offre. Oggi gli organici, i ruoli, la rigidità del riconoscimento professionale agli insegnanti, l'orario di lavoro scimmiettato dall'istruzione piuttosto che dalla formazione, impediscono un'agilità e una flessibilità di intervento che con la nuova legge a mio avviso devono venire eliminati, cioè deve venire introdotta una flessibilità che oggi non esiste.

Quindi, il problema non é solo quello di un orario e di un carico di riconoscimento professionale che nel tempo nello stesso docente può andarsi a modificare, ma quello soprattutto che l'aggiornamento in itinere del personale docente consenta che il personale docente stesso sia continuamente alla pari con le sopravvenienze di domanda di formazione professionale che provengono dalla società. Altrimenti noi abbiamo una struttura troppo rigida. Voglio qui ricordare - c'è qualcuno qui in questa sala che mi sta ascoltando e lo sa, e non é a livello di consiglieri - la fatica che facemmo 7, 8 anni fa ad introdurre l'alternanza scuola-lavoro e ad introdurre degli orari flessibili nella formazione professionale. Impiegai due o tre anni a convincere gli insegnanti della formazione professionale che questo tipo di formazione, che poi oggi viene accolta con estrema disponibilità, era quella formazione più simile al sistema

duale del gruppo di lingua tedesca, ma più simile all'istruzione formazione professionale che corre a livello mitteleuropeo e che più poteva dare una risposta alla domanda di preparazione degli allievi. Bene, questa fatica che allora si fece per introdurre questo sistema non è concepibile che la si debba compiere ogni qual volta la formazione professionale deve modificarsi, ogni qual volta è necessario aggiornare i docenti, ogni qual volta è opportuno cambiare gli orari dei docenti, e portare del personale all'interno della formazione professionale che sia in contatto con il mondo del lavoro, non un contatto occasionale fatto di una visita, fatto di un corso di aggiornamento, ma un contatto continuo, programmato su base pluriennale attraverso il quale chi insegna a determinate macchine o chi insegna determinate materie tenga conto di quello che sta avvenendo nel mondo dell'industria, dell'artigianato, dell'agricoltura, in quei settori che poi vengono alimentati dalla formazione professionale, ma che a loro volta possono alimentare la formazione professionale. E' a mio avviso necessario un ulteriore salto di qualità.

Debbo dire che oggi la formazione professionale dell'Alto Adige, a differenza di quella per esempio del Trentino, che è praticamente inesistente a questo livello - non sono in polemica, ma anch'io voglio dare un mio contributo sfruttando questa occasione - è tra le più avanzate a livello nazionale. Ad un recente convegno che c'è stato a Mantova, mi si dice, la nostra formazione professionale di lingua italiana e tedesca è stata presa come esempio e come modo attraverso il quale si può pervenire alla formazione dei quadri medi e dei quadri anche di lavoro, un tempo detto operaio e che oggi è di esperti dei diversi settori.

Ciò non toglie che in questa situazione e proprio perché c'è questa situazione sostanzialmente buona, non si debba mirare oltre e cercare obiettivi ancora più avanzati e predisporre le carte perché questi obiettivi ancora più avanzati vengano conseguiti. E qui sono d'accordo sia con Langer che con la Barbiero quando - non c'è nell'ordine del giorno - parlano di nuove professionalità, professionalità emergenti che da una parte vanno seguite, ma dall'altra vanno anche suscitate, non solo seguite, perché altrimenti c'è una rincorsa continua che non sempre dà risultati immediati. Vorrei qui richiamare un aspetto su cui - anch'io ho le mie responsabilità per il tempo in cui ho fatto l'Assessore - troppo spesso si sorvola ed è il collegamento "mondo del lavoro pubblico e formazione professionale". Noi ottenemmo, a mio avviso giustamente, delle competenze per la programmazione dei concorsi pubblici, la 752, proprio perché allora si disse che la Provincia, avendo la competenza professionale, poteva, collega Presidente, preordinare i concorsi e quindi cadenzare la preparazione ai concorsi, ma anche agli esami di bilinguismo. In effetti per il bilinguismo questo sta avvenendo, sulla base della sua competenza di formazione professionale. Ebbene, questo aspetto a mio avviso - io ho le mie responsabilità e gli attuali Assessori hanno le loro -, questo aspetto è soddisfatto in misura minima, ridotta. Ci sono dei concorsi alle Poste, alla Provincia, negli altri enti, INPS ecc. e so che per esempio per le

Ferrovie state facendo qualche cosa e quindi c'è una certa risposta, ma non è ancora così grande: allora perché non prendere dei contatti, non programmare degli interventi, non predisporre dei corsi a cui certamente accedono quelli che vogliono partecipare al concorso, forse meno di quelli che vogliono partecipare al concorso, ma che ritengono potrebbero avere anche ulteriori benefici a livello europeo attraverso il fondo sociale europeo essendo dei corsi finalizzati e quindi potrebbero a loro volta produrre un ulteriore movimento anche di benefici economici a cui non si deve essere disattenti?

Altro problema, quando parlo di formazione professionale flessibile, quando parlo di orario che si adatti alle situazioni, è quello che si possa prevedere con estrema ovvietà l'introduzione di esperti all'interno della formazione professionale. Non è possibile che ogni volta che si assume uno si debba avere l'angoscia di prevedere che nel tempo bisogna creare un posto, che nel tempo venga stabilizzato, che nel tempo in poche parole diventi organico; non è possibile. Io cito due settori; poi parlerò un attimo anche della necessità di omogeneizzare l'italiano con il tedesco o viceversa o trovare un terzo modo. Non è possibile che noi quando vogliamo fare dei corsi, anche duraturi, e abbiamo da insegnare per esempio igiene, dobbiamo per forza istituire una cattedra o nel tempo trovare il modo per fare la cattedra. Posso parlare di altre materie, e so che questo problema non esiste a livello di corsi brevi, ma a livello di corsi permanenti questo problema esiste. Deve essere possibile usufruire di esperti anche all'interno di corsi permanenti, i quali vengono, svolgono un determinato ciclo di lezioni e poi se ne vanno; vengono pagati profumatamente come è giusto pagare gli esperti, che in poche ore restituiscono ad una classe o ad un gruppo di allievi una competenza che diversamente si potrebbe raccogliere soltanto in un numero esteso di anni o magari chiamando un numero vario di esperti.

E poi c'è la necessità di omogeneità tra i corsi. E' un'ambizione che non sono riuscito a soddisfare quando ero assessore alla formazione professionale. Abbiamo ripetutamente messo assieme gli ispettori - uno era ancora qui, l'altro è andato in pensione e l'altro fa il sindaco -, ma non siamo mai riusciti ad avere la certezza che i corsi siano identici, che abbiano il medesimo programma, che gli stessi titoli abbiano dietro di sé un curriculum sostanzialmente analogo o identico. Questa certezza non è mai venuta fuori, la mentalità, la perifericità, la domanda diversa della società. Ma non può essere che noi diamo dei titoli che non sono uguali. E' come che il liceo classico di lingua tedesca anziché insegnare greco e latino insegnasse altre cose. Il liceo classico è quello e quello deve fare.

E con questo non entro in contraddizione con la flessibilità di cui dicevo prima, perché intendo dire che ciò che è costante debba avere caratteristiche costanti, ciò che si modifica, ci sarà la motivazione per modificarlo e per variare il titolo finale anche sulla base della modifica che è stata introdotta, perché quel corso doveva dare una risposta di

informatica piuttosto che di altre cose, e dell'informatica di particolari aspetti piuttosto che dell'informatica generale.

Ecco quindi che il disegno di legge-quadro non deve solo perseguire degli obiettivi certamente validi, ma ancora contenuti, come é indicato in questo ordine del giorno, ma deve avere obiettivi di carattere generale che poi si vanno dettagliando e affinando all'interno del progetto in maniera tale da dare al complesso della legge un tipo di flessibilitá e un tipo di capacitá di risposta che nel tempo mantenga valida questa legge per almeno un paio di lustri, perché questo é il ritmo con cui il Consiglio provinciale pone mano alle leggi che genera e quindi si adatta alle vicende del tempo.

**FRASNELLI (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Generaldebatte und insbesondere die Repliken der beiden zuständigen Landesräte, insbesondere auch des Landesrates Saurer, hat jene ganze Palette an differenzierten und breitgefächerten Maßnahmen der Berufsbildungen in unserem Lande ganz klar unterstrichen und vor allen Dingen auch zum Ausdruck gebracht, daß wir nun tatsächlich jene Vorreiterrolle einnehmen, von der auch sehr viele hier gesprochen haben.

Werte Kollegin Barbiero! Ich hatte mir erlaubt, in einem Zwischenruf eine bestimmte Feststellung zu machen. Ich kann die nur an dieser Stelle wiederholen und sie präzisieren, damit sie für Sie etwas glaubwürdiger erscheint. Vor einigen Monaten ist ein entsprechender Gesetzentwurf eingereicht worden. Es ist ein Assessorenkomitee gewissermaßen hierzu bestellt worden. Als Koordinator in diesem Assessorenkomitee fungiert Landesrat Saurer und die Diskussion, die meritorische Diskussion läuft derzeit in der Landesregierung an. Sie läuft zu einem Zeitpunkt an, werte Kolleginnen und Kollegen, wo auch eine andere Diskussion anläuft, auf die Landesrat Ferretti sicherlich nicht zu Unrecht hingewiesen hat, nämlich die sogenannte Landesraumordnungsplanung d.h. die Landesentwicklungsplanung. Daß hier Konnexen gegeben sind, vorgegeben sind, das will hier niemand in Abrede stellen und gerade jetzt diese Gleichzeitigkeit dieser Diskussionen sollte sich dann auf jene Strategie sicherlich positiv auswirken, die doch heißt, die Anfrage oder das Angebot der Nachfrage und umgekehrt näherzubringen, auf jene differenzierte und breitgefächerte Art und Weise, wie wir sie in Südtirol derzeit haben. Da muß ich Ihnen sagen, werter Kollege Langer, haben Sie sicherlich nicht den Stein der Weisen erfunden, wenn Sie im letzten Absatz ihrer Tagesordnung schreiben "Anliegen eines solchen Rahmengesetzes soll eine Reform des Berufsbildungswesens sein, das die grundlegende Aus- und Weiterbildung für die Mehrheit der Bevölkerung liefert und deshalb zu einem vorrangigen Anliegen der Landespolitik gemacht werden muß."

Es ist seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten, ein vorrangiges, und zwar nachgewiesenermaßen, ein vorrangiges Anliegen der Landespolitik und ich glaube, es wird im Interesse der Bevölkerung auch in Form

dieser Vorreiterrolle, wie sie hier auch von verschiedener Seite, auch aus der Ecke der Opposition, gekommen ist, wahrgenommen. Das ist das eine.

Zum anderen möchte ich sagen, werter Landesrat Ferretti, ich glaube schon, daß man den diversen besonderen Erfordernissen der verschiedenen Volksgruppen jeweils auch besondere Antworten geben wird müssen. Wir wissen, daß die italienische Volksgruppe insbesondere im Bereich von Großbetrieben ihren Arbeitsplatz findet, während im Bereich der deutschen und ladinischen Volksgruppe wir eher Klein- und Mittelbetriebe in der Peripherie draußen haben.

Das sind besondere Erfordernisse. Und wenn ich mir erlaubt habe, von den differenzierten Maßnahmen und breitgefächerten Maßnahmen zu sprechen, so war dies in besonderer Weise auch in diese Richtung hin gedacht und ich glaube, daß wir auch gut daran tun, in Zukunft diesen Weg fortzusetzen.

Wir brauchen also nicht so sehr, und dann wäre es ganz interessant, werte Kollegin Barbiero, die eher das Rahmengesetz gefordert hat, während Langer eher ein Reformgesetz gefordert hat, dieses sozusagen Abrücken vom eigenen Vorschlag und das Übernehmen und Unterschreiben des anderen. Es ist hier in der Debatte von Ihnen zweien nicht so klar zum Ausdruck gekommen, was Sie nun eigentlich wollen.

Wir als Regierungspartei wollen ein organisches Gesetz, das jene zahlreichen Maßnahmen besser koordinieren läßt und es ist selbstverständlich klar, daß bei einer organischeren Gestaltung man natürlich auch jene neuen Akzente verbessert, hineinbringen wird, die im Sinne der Aussagen des Koalitionsprogrammes sind und dessen, was heute der Arbeitsmarkt erforderlich macht. In diesem Geiste stelle ich fest, daß die Vorarbeiten in der Landesregierung sehr weit gediehen sind. Auch unsere Fraktion bringt zum Ausdruck, daß sie in diese Richtung fortfahren wird, aber wir sehen insgesamt doch den Zeitpunkt, an dem Sie hier diese Tagesordnung einbringen, als überholt und werden sie aus den genannten Gründen und Überlegungen ablehnen.

**SFONDRINI (Assessore all'industria, formazione professionale e sport - PSI):** Dico che questo ordine del giorno se fosse modificato in un certo modo lo voterei, e dico anche il modo, ma é inutile che io lo faccia modificare perché so che la maggioranza comunque non lo approverá; quindi mi asterró.

**CONSIGLIERE:** (Interrompe - unterbricht)

**SFONDRINI (Assessore all'industria, formazione professionale e sport - PSI):** Non importa se Langer é contento o scontento, a me interessa essere convinto se l'ordine del giorno é accettabile o meno. Ci sono alcune cose che io posso accettare e altre no. Ritengo per esempio che non sia aderente alla realtà quando si pensa di rimuovere la cosiddetta

consolidata frammentazione dell'Amministrazione nella gestione della formazione professionale.

Per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano questa frammentazione non c'è, perché gestisce tutti i settori della formazione professionale, tranne la formazione professionale nel settore sanitario, mentre il gruppo linguistico tedesco gestisce separatamente la formazione professionale soprattutto nei tre grandi filoni: industria e commercio da una parte, artigianato dall'altra, e agricoltura. E' utopistico pensare che si riesca ad unificare il tutto sotto un'unica gestione. Del resto non vedo neanche grandi inconvenienti, perché se si gestisce bene il settore dell'agricoltura anche se abbiamo poche notizie della sua gestione, questo non significa che la gestione sia da criticare e da accentrare in un unico assessorato.

C'è poi l'altra questione che fa sembrare che il progetto di una legge organica della formazione professionale venga sollecitato attraverso questo ordine del giorno, mentre la Giunta ha già esaminato un progetto; dico esaminato. La procedura è questa: l'Assessore competente presenta in Giunta un disegno di legge, la Giunta non lo esamina di solito collegialmente, ma nomina una commissione di Assessori, possibilmente del settore, che esamina il disegno di legge. In questo caso non basta esaminare il disegno di legge, c'è un progetto di legge anche da parte dell'Ispettorato della formazione professionale che ha bisogno di confronti con le forze sociali in generale: sindacati dei lavoratori, operatori del settore, operatori economici, industriali, commercianti ecc. Un progetto quindi esiste già, perciò la volontà di presentare un disegno di legge organico che riordini il settore della formazione professionale esiste.

Quindi dovremmo modificare l'ordine del giorno in questo modo: "Preso atto delle dichiarazioni degli assessori Saurer ecc."; dico questo a Frasnelli, ma è inutile per poi farlo bocciare.

Comunque dico che mi asterrò per le ragioni che ho detto. Condivido le intenzioni e i settori che sono stati presi in esame, per quanto insisto nel dire che questi problemi hanno bisogno di un coordinamento e affermo con forza che esistono le leggi e gli strumenti per operare già da questo momento. Non c'è bisogno di una legge nuova per operare in maniera organica e armonica. Questo non significa che non si operi in maniera organica, perché - non ho detto queste cose prima perché dovevo fare presto - per esempio i tanto vituperati corsi di base su cui è accentrata la maggiore critica, in cui si accusa il settore di essere poco flessibile, rigido, di non adeguarsi a quella che è la domanda che viene dal mondo del lavoro, in questi anni hanno modificato sostanzialmente il loro atteggiamento. Per esempio negli automeccanici si è rilevata la necessità di introdurre il triennio, di introdurre l'elettronica, lo studio dei motori diesel; nel settore turistico si è introdotto un triennio per l'apprendimento di più lingue con soggiorni all'estero, con l'introduzione dell'informatica, con l'alternanza. Nel settore meccanico, per esempio, si è introdotta la pneumatica e l'olio-dinamica; si sono fatti corsi per

disegnatori edili; ci sono corsi di elettronica e corsi per elettricisti, cioè una serie di interventi innovativi dal punto di vista dei corsi stessi, che tengono conto di quello che è avvenuto all'esterno.

A parte questo che è il settore della formazione di base, faccio una breve parentesi: nel corso per l'inserimento dei giovani nell'Alumetal del reparto della nuova pressa si pretende che siano congegnatori meccanici o elettricisti, che abbiano già una formazione di base, ma questo non li esime dall'obbligo di partecipare ad un corso specifico per il funzionamento di una macchina complessa come una pressa di quelle dimensioni. Bisogna quindi avere comunque una formazione di base per poter accedere ai corsi brevi, di riqualificazione per le cosiddette nuove professioni. Non è che si venga esentati; questo vale anche per coloro i quali escono dalla scuola tradizionale.

Per esempio quest'anno - finirà venerdì - abbiamo fatto un corso finanziato dal fondo sociale europeo, gestito da un'associazione internazionale (la FESTO), di pneumatica e oliodinamica dove per accedere bisognava essere in possesso del titolo di studio di perito industriale elettrotecnico o elettronico o meccanico, e bisognava superare un test per l'ammissione. Sono stati selezionati 15 di lingua italiana e 15 di lingua tedesca; una parte delle lezioni sono state fatte in lingua tedesca, perché si tratta di un istituto internazionale con sede a Stoccarda che aveva questa possibilità. E' un corso di alta specializzazione che ha bisogno però di una preparazione culturale di base che parte dal titolo di studio di perito elettronico o elettrotecnico a quello di ingegnere.

Non stiamo quindi dormendo di fronte a certe proposte. Gli strumenti ci sono tutti per far fronte alle esigenze che voi avete denunciato. Potrei dilungarmi anche sui corsi per handicappati, sulle esperienze che si sono fatte proprio nel settore della formazione professionale per handicappati. Questo è un grosso sforzo da parte della formazione professionale, perché non è che sia un campo dove esistono modelli preordinati a cui riferirsi, ma che bisogna costruirli continuamente.

Ho risposto brevemente per dire che queste iniziative già esistono, anche se c'è bisogno di un coordinamento. Comunque è inutile che io chieda delle modifiche al testo dell'ordine del giorno, però condivido in parte i suoi contenuti. Lo considero perciò come sollecitazione e non come inserimento di un punto all'ordine del giorno della Giunta.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, egregi colleghi, brevissimamente, perché a me pare che questi ordini del giorno trovino giustificazione in quella parte di discussione che ha avuto per oggetto le linee fondamentali generali della formazione professionale e che, per la verità, sono un po' al di fuori di quello che era l'oggetto specifico all'attenzione di questo Consiglio, il quale prevedeva esclusivamente una discussione sulla modifica dell'ordinamento del personale della formazione professionale.

Oltre al resto c'è da rilevare che nel corso della discussione si è appreso che la Giunta sta già lavorando ad un progetto di legge. Quindi, il volere in qualche modo indicare certe linee, certi traguardi alla Giunta, mi sa un pochino di presunzione, ma un tantino eccede quelle che possono essere le nostre competenze in questo momento specifico. Nessuno naturalmente nega l'esigenza di aggiornare una legge che risale al 1962; nessuno nega l'esigenza di tenere conto degli elementi che poi sono emersi anche dal dibattito su questa legge, ma credo che essendo già in corso la preparazione della legge di cui parliamo, sia un po' superfluo che oggi votiamo addirittura due ordini del giorno, tra l'altro molto generici se non nella volontà, nel desiderio che la Giunta si dia presto una legge quadro, una legge organica, come è stata definita dal collega Frasnelli, una legge che abbia certe flessibilità, come ha affermato l'assessore Ferretti.

Stupisce un po', per la verità, l'atteggiamento di due assessori di lingua italiana, Ferretti e Sfondrini. Sfondrini, che addirittura vorrebbe aggregare alla proposta dei consiglieri comunisti e della lista per l'Altro Sudtirolo, e Ferretti, che ha fatto un intervento che sotto certi rispetti ci è parso anche un pochino polemico. Non abbiamo la sensazione che vi sia una grande uniformità di pensiero e di intenti; abbiamo la sensazione, proprio da questi due interventi, che ci sia all'interno della Giunta una posizione dialettica. Sfondrini poi accennava alla diversità della formazione professionale italiana, che comprende tutti i settori, salvo quelli sanitari, a quella viceversa che è propria del gruppo di lingua tedesca, che è suddivisa in vari settori. Io non credo che non si possano uniformare anche le situazioni e le posizioni del gruppo di lingua tedesca e sottoporle organicamente alla competenza di un unico assessorato. Sono convinto che ne guadagnerebbe l'efficienza sicuramente. Peraltro, per non dilungarmi oltre su questi due ordini del giorno, noi ci asterremo, perché non voglio dire che li riteniamo superflui, ma comunque non li riteniamo nemmeno necessari, proprio nell'ambito della discussione che si è svolta e al termine del dibattito su una legge che in partenza prevedeva di discutere soltanto dell'ordinamento del personale.

**KLOTZ (WDH):** Ich teile die mündlichen Ausführungen des Abg. Langer in keiner Weise, weil ich der Meinung bin, dort wo es spezifische Bedürfnisse, z.B. der deutschen Volksgruppe gibt, sollte man da tatsächlich differenzieren, auch in Zukunft, und daß man diesbezüglich nicht krampfhaft oder künstlich versuchen sollte, etwas unbedingt anzugleichen, was nicht anzugleichen ist, aus der Natur der Dinge heraus. Aber angesichts der Tatsache, daß wir von seiten der Landesregierung jetzt die Bestätigung bekommen haben, daß tatsächlich ein solches Reformgesetz vorliegt und bald ausgearbeitet werden soll, halte ich es meinerseits für konsequent, dieser Tagesordnung zuzustimmen.

Ich erinnere mich an einen Fall, ich glaube es haben die Abg.en Achmüller, Kaserer, ich glaube sogar Peterlini unterschrieben, es handel-



te sich auch um eine Tagesordnung, und von der Landesregierung war bekanntgegeben worden, daß das eigentlich überflüssig sei, aber von seiten der unterzeichnenden Abgeordneten war festgehalten und erklärt worden, "doppelt genäht halte besser", und wenn die Landesregierung durch die Tagesordnung noch einmal beauftragt werde, dann würde das bedeuten, daß es tatsächlich und vielleicht noch in kürzeren Terminen zustande kommen könne. Ich glaube, den Maßstab, den wir damals als gültig anerkannt haben, können wir in diesem Falle ohne weiteres auch als gültig anerkennen. Damals habe ich zugestimmt, und aus diesem Grunde sehe ich keine Schwierigkeit, auch in diesem Falle zuzustimmen. Wohlgermerkt, ich teile aber die mündlichen Ausführungen des Abg. Langer nicht.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen nun die Tagesordnung Nr. 2 ab: bei 3 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Übergang zur Sachdebatte ab: bei 4 Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 1

Verweis auf Rechtsvorschriften

(1) Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes angeführt ist, beziehen sich alle in diesem Gesetz vorgesehenen Änderungen auf den Einheitstext der Landesgesetze über die Personalordnung der Berufsausbildung, der mit Dekret des Landeshauptmanns vom 14. Mai 1980, Nr. 15, erlassen worden ist.

Riferimento normativo

(1) Salvo diversa indicazione, gli articoli modificati, sostituiti o abrogati con la presente legge si riferiscono al "Testo unico delle leggi sull'ordinamento del personale addetto alla formazione professionale" emanato il 14 maggio 1980 con decreto n. 15 del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wir stimmen ab: bei 1 Nein-Stimme genehmigt.

Art. 2

(1) Der Buchstabe c) des Artikels 1 ist durch folgenden ersetzt:  
"c) nichtunterrichtendes Personal".

(2) Der Buchstabe d) des Artikels 1 ist aufgehoben.

(1) La lettera c) dell'articolo 1 è sostituita dalla seguente:  
"c) personale non insegnante".

(2) La lettera d) dell'articolo 1 è abrogata.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wir stimmen ab: bei 1 Nein-Stimme genehmigt.

Art. 3

(1) Art. 2 ist durch den folgenden ersetzt:

"Ränge

- (1) Die Kategorie des leitenden Personals umfaßt folgende Ränge:
  - a) Landesinspektoren für die Berufsausbildung, und zwar einen für jede Sprachgruppe;
  - b) Berufsschuldirektoren.
- (2) Die Kategorie des unterrichtenden Personals umfaßt folgende Ränge:
  - a) Lehrer mit Hochschulabschluß;
  - b) Behindertenlehrer mit Hochschulabschluß;
  - c) Lehrer mit Reifezeugnis und Fachlehrer;
  - d) Behindertenlehrer mit Reifezeugnis und Fachlehrer für Behinderte.
- (3) Die Kategorie des nicht unterrichtenden Personals umfaßt folgende Ränge:
  - a) Heimerzieher;
  - b) Technische Assistenten an Berufsschulen.
- (4) Die einzelnen Ränge sowie die entsprechenden Stellenpläne und Besoldungsstufen sind in den Anhängen A und B zu diesem Gesetz festgelegt.
- (5) Der Rang eines Landesinspektors für die Berufsausbildung ist in jeder Hinsicht dem eines Abteilungsdirektors gleichgestellt.
- (6) Der Rang eines Berufsschuldirektors ist in jeder Hinsicht dem eines Amtsdirektors gleichgestellt."

(1) L'articolo 2 è sostituito dal seguente:

"Funzioni

- (1) La categoria del personale direttivo comprende le seguenti funzioni:
  - a) Ispettori provinciali della formazione professionale, uno per gruppo linguistico;
  - b) direttori di scuola professionale.
- (2) La categoria del personale insegnante comprende le seguenti funzioni:
  - a) insegnanti laureati;
  - b) insegnanti laureati per portatori di handicaps;
  - c) insegnanti diplomati e tecnici;
  - d) insegnanti diplomati e tecnici per portatori di handicaps.
- (3) La categoria del personale non insegnante comprende:
  - a) educatori in convitto;
  - b) assistenti tecnici delle scuole professionali.
- (4) Le qualifiche, i relativi organici ed i livelli retributivi corrispondenti sono stabiliti nelle tabelle A) e B) annesse alla presente legge.
- (5) La funzione di ispettore provinciale della formazione professionale è equiparata, ad ogni altro effetto, a quella di direttore di ripartizione.
- (6) La funzione di direttore di scuola professionale è equiparata, ad ogni altro effetto, a quella di direttore d'ufficio."

Wer wünscht das Wort? Abg. Langer.

**LANGER (AS):** Dieser Artikel scheint mir in besonders hohem Maße, wenn es auch begreiflich ist, die derzeitige Situation widerzuspiegeln, wenn auch daran Veränderungen vorgenommen werden, insbesondere punkto Assistenten, wie das ja schon gesagt worden ist. Ich glaube, daß wir daran denken müssen, daß in Zukunft von den Berufsschullehrern, bzw. generell von den Ausbildnern im Bereich der Berufsausbildung mehr gefordert werden wird als heute, im Sinne, daß wenn die Tendenz dazu geht, von den Grundschullehrern beispielsweise eine akademische Ausbildung zu verlangen, dann wird sicher auch im Bereich des Berufsschulwesens zunehmend eine höhere, auch theoretische Qualifikation verlangt. Nun glauben wir, daß die derzeitige Einteilung, wo die Lehrer mit Reifezeugnis und Fachlehrer vorgesehen sind und die Ebene Reifezeugnis und Fachlehrer und die Lehrer mit Hochschulabschluß und im großen und ganzen, soweit ich informiert bin, ungefähr 90% zum Lehrpersonal gehören, daß wer nicht die akademische Ausbildung hat, so wird sich wahrscheinlich die hier vorgesehene Pyramide in Zukunft sehr nachhaltig verändern. Wir haben des längeren darüber nachgedacht, ob wir es unterstützen sollen, wie es von mancher Seite vorgebracht worden ist, daß die Lehrpersonen mit Fachdiplom bzw. auf Maturalebene und die übrigen Fachlehrer, ob die auseinandergehalten werden sollen oder nicht. Wir glauben, daß hier der Punkt c) die richtige Entscheidung getroffen hat, die beisammen zu lassen. Aber es ist zweifellos so, daß man darauf setzen wird müssen in Zukunft, insbesondere wenn Lehrer in Pension gehen, zunehmend die Qualifikation anzuheben, d.h. also, daß die Berufsschule, um auf die zukünftigen Anforderungen gefaßt zu sein, den Nachwuchs entsprechend einstellen wird müssen, denn der Rückstand, den die Berufsschulen in den vergangenen Jahrzehnten gehabt haben und von dem wir heute vormittag auch gesprochen haben, dauert zum Glück nicht auf ewig. Inzwischen ist viel nachgeholt worden und entsprechend wird sich das auch auf das Berufsschulpersonal widerspiegeln.

Sehr problematisch finden wir diese Geschichte mit den Inspektoren, die den Abteilungsleitern entsprechen und den Direktoren, die den Amtsdirektoren entsprechen, denn praktisch wird damit für die die politische Ernennung weiterhin festgeschrieben; und die politische Ernennung heißt, daß man in den allermeisten Fällen nicht so sehr auf deren Curriculum, auf deren Ausbildung, auf deren Fähigkeiten Rücksicht nimmt, sondern vor allem darauf, daß sie dem Assessor politisch genehm sind.

**ABGEORDNETER:** Das ist eine Unterstellung!

**LANGER (AS):** Das ist keine Unterstellung. Man braucht sich nur die Geschichte der Vergangenheit und der Gegenwart anzuschauen und es wird konkret weiterhin so sein, daß diese Posten vor allem politisch besetzte Posten sind und daß also nicht so sehr das Berufsschulcurriculum dafür ausschlaggebend ist, sondern daß, wie bei den Amtsdirektoren und Abtei-

lungsleitern, die politisch betonte Benennung den Ton angeben wird. Das können wir nur bedauern.

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Es ist so, daß hier nicht eine Norm gemacht worden ist, die die jetzige Situation als gegeben annimmt, ich meine die jetzige rechtliche Situation, sondern ein Artikel, der den Möglichkeiten Rechnung trägt, die wir zur Zeit haben und die vor allem die deutsche Volksgruppe zur Zeit hat. Es wäre z.B. im Jahre 1962, wie das Gesetz über die Reform der Mittelschule gekommen ist, vernünftig gewesen zu schauen, wie dieses Gesetz durchgeführt werden kann. Damals hätte man festgestellt, daß 90% der Lehrer nicht einen entsprechenden Studientitel haben und dann hätte man müssen, auch in einer Übergangsphase, Wege vorsehen, wie das Lehrpersonal entsprechend ausgebildet und dann eingesetzt werden könnte. Dann hätte man nicht über Jahre und Jahrzehnte sich mit dem leidigen Supplentenproblem bei der unregelmäßigen personalrechtlichen Situation herumschlagen müssen. Deshalb, wir haben diese Möglichkeiten. Zuerst kommen die Akademiker zum Zuge, es wird eine Rangordnung der Akademiker erstellt, zuerst die; wenn dort niemand mehr auffindbar ist, die Oberschulabsolventen usw. Für die Beauftragung ist es so, daß auch Rangordnungen erstellt werden und daß diese Rangordnungen aufgrund von Kriterien erstellt werden. So geht es bei uns doch auch nicht, daß man frei von Kriterien dann einfach den nehmen kann und den anderen ablehnen kann. Ich glaube, da beschäftigt man sich über xMonate mit der Beauftragung dieser Berufsschullehrer. Infolgedessen glaube ich, daß ausschlaggebend die Titel und die Vorzugskriterien sind.

**LANGER (AS):** (Unterbricht)

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Es muß natürlich auch begründet werden, warum der genommen wird und der andere nicht genommen wird und der Rechnungshof und auch der Staatsrat hat vorher darauf hingewiesen, daß eine bestimmte Vergleichsauswahl zu begründen ist und in Zukunft noch viel stärker zu begründen ist. Wir leben in einer Übergangsphase, wo auch hier schon Einwände von seiten des Rechnungshofes kommen, wo Staatsratsurteile da sind und ich glaube, man muß das weitgehend klar begründen, so wie jetzt die Normen sind. Infolgedessen, glaube ich, ist auch dort der politische Ermessensspielraum nicht allzu groß.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Art. 3 ab: bei 4 Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 4

(1) Art. 3 ist durch den folgenden ersetzt:

"Besondere Voraussetzungen für die Einstufung

(1) Unbeschadet der Bestimmung des Abs. 2 dieses Artikels gelten für die

Einstufung in den Stellenplan die Voraussetzungen, die von den einschlägigen Rechtsvorschriften für die Landesbediensteten vorgesehen sind.

(2) Was die Anhebung der oberen Altersgrenze für die Einstufung in den Stellenplan angeht, wird die mit gekürztem Stundenplan geleistete Dienstzeit in entsprechendem Verhältnis anerkannt, sofern der gekürzte Stundenplan wenigstens die Hälfte der für den vollen Stundenplan vorgesehenen Stunden umfaßt."

(1) L'articolo 3 è sostituito dal seguente:

"Requisiti particolari per la nomina

(1) Salvo quanto disposto dal secondo comma per la nomina ai posti di ruolo valgono i requisiti previsti dalle disposizioni vigenti per il personale provinciale.

(2) Ai fini dell'elevazione dei limiti massimi di età per la nomina ai posti di ruolo il servizio di insegnamento ad orario ridotto, ma comunque non inferiore alla metà dell'orario pieno, viene riconosciuto in proporzione."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wir stimmen ab: bei 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

Art. 5

(1) L'articolo 4 è sostituito dal seguente:

"Titolo di studio e qualificazione professionale

(1) Per la nomina ai posti di ruolo sono richiesti i sottoelencati titoli di studio e professionali, previo superamento di appositi corsi abilitanti ad indirizzo prevalentemente didattico-pedagogico di cui all'art. 4/bis della presente legge che possono essere svolti anche dalla provincia di Bolzano:

a) insegnanti laureati: diploma di laurea;

b) insegnanti diplomati e tecnici:

1) diploma di istituto di istruzione secondaria di secondo grado oppure

2) diploma di istituto di istruzione secondaria di primo grado e titolo di maestro artigiano oppure, ove non esista titolo di maestro artigiano, l'attestato di fine apprendistato con successiva attività professionale quinquennale oppure

3) diploma di qualifica rilasciato da un istituto professionale con successiva attività professionale almeno quinquennale oppure

4) diploma di qualifica di un corso di formazione professionale a tempo pieno della durata almeno biennale con successiva attività professionale almeno quinquennale;

- c) insegnanti per portatori di handicaps: per l'insegnamento in corsi propedeutici ed in corsi speciali, oltre ai titoli di cui alle lettere precedenti, è richiesto apposito titolo di specializzazione in materia di riabilitazione che può costituire titolo abilitante all'insegnamento qualora nel programma di insegnamento del corso siano stati sviluppati anche contenuti di didattica e pedagogia;
  - d) educatori in convitto: diploma di istituto di istruzione secondaria di secondo grado e attestato di idoneità per educatori in convitto.
  - e) assistenti tecnici delle scuole professionali:
    - 1) diploma di istituto di istruzione secondaria di primo grado con i seguenti titoli professionali:
    - 2) maestro artigiano o attestato di fine apprendistato o comunque attestato di qualifica professionale, sempre a indirizzo specifico oppure:
    - 3) diploma di qualifica di istituto professionale oppure diploma di qualifica di un corso di formazione professionale a tempo pieno della durata almeno biennale, sempre ad indirizzo specifico.
- (2) Ai concorsi, agli incarichi ed alle supplenze per educatori in convitto nell'ambito della formazione professionale sono ammessi purchè in possesso del diploma di istituto di istruzione secondaria di secondo grado, anche coloro che hanno conseguito il titolo di educatore in convitto all'estero, limitatamente all'area linguistica tedesca."

(1) Art. 4 ist durch den folgenden ersetzt:

"Ausbildung und berufliche Befähigung

- (1) Unabhängig davon, daß - auch vom Land Südtirol durchgeführte - Befähigungskurse mit vorwiegend didaktischer und pädagogischer Ausrichtung laut Art. 4/bis mit Erfolg abgeschlossen werden müssen, sind für die Einstufung in den Stellenplan folgende Ausbildungs- und Befähigungsnachweise erforderlich:
- a) Lehrer mit Hochschulabschluß: 1) Doktordiplom;
  - b) Lehrer mit Reifezeugnis und Fachlehrer:
    - 1) Reifezeugnis;
    - 2) Abschlußzeugnis einer Sekundarschule 1. Grades (in der Folge als Mittelschule bezeichnet) und Meisterbrief, oder, falls es für einen Beruf keinen solchen gibt, Lehrabschlußzeugnis und Nachweis über eine anschließende fünfjährige Berufserfahrung;
    - 3) Abschlußzeugnis einer Fachlehranstalt und Nachweis über eine anschließende wenigstens fünfjährige Berufserfahrung, oder
    - 4) Abschlußzeugnis eines wenigstens zweijährigen Berufsausbildungslehrganges (Vollzeitkurs) und Nachweis über eine anschließende wenigstens fünfjährige Berufserfahrung;
  - c) Behindertenlehrer: für den Unterricht bei Berufsfindungs- und Sonderkursen ist - außer den unter den vorhergehenden Buchstaben angeführten Nachweisen - auch der Nachweis über die Spezialisierung im Bereich der Rehabilitation zu erbringen, der gleichzeitig als Lehrber-

fähigungszeugnis gilt, wenn diese Spezialisierung durch den Abschluß eines Kurses erlangt wurde, in dem auch Didaktik und Pädagogik näher behandelt wurden;

d) Heimerzieher: Reifezeugnis und Befähigungsnachweis für Heimerzieher;

e) Berufsschulassistenten:

1) Mittelschulabschlußzeugnis und - jeweils spezifisch - Meisterbrief oder Lehrabschlußzeugnis oder beruflicher Befähigungsnachweis oder

2) jeweils spezifisch: Abschlußzeugnis einer Fachlehranstalt oder Abschlußzeugnis eines wenigstens zweijährigen Berufsausbildungslehrganges (Vollzeitkurs).

(2) Wer im deutschsprachigen Ausland die Befähigung eines Heimerziehers erlangt hat, kann an Wettbewerben teilnehmen, bei denen Stellen für Heimerzieher im Bereich der Berufsausbildung ausgeschrieben werden, und sich um entsprechende Stellen als beauftragtes oder Ersatzpersonal bewerben, sofern er ein Reifezeugnis besitzt."

E' stato presentato un emendamento dai consiglieri Langer e Tribus: "Nel secondo comma sopprimere alla fine "limitatamente all'area linguistica tedesca". Im zweiten Absatz das Wort "deutschsprachigen" streichen. Ha chiesto la parola il consigliere Langer. Prego.

**LANGER (AS):** Wir sind der Meinung, daß man nicht ausschließlich die Ausbildung im deutschsprachigen Ausland zur Befähigung zum Heimerzieher anerkennen soll, sondern generell die Ausbildung im Ausland. Es ist unserer Meinung nach nicht einzusehen, warum, auch wenn es in der Mehrzahl der Fälle das deutschsprachige Ausland betreffen wird, aber wir glauben, daß unser Land nur gewinnen könnte, wenn eine Möglichkeit zur Ausbildung auch anderswo gegeben ist und es nicht strikt davon abhängt, ob es im deutschsprachigen Ausland stattfindet.

**ACHMÜLLER (SVP):** (Unterbricht)

**LANGER (AS):** Die rechtlichen Voraussetzungen, ich habe mir schon gedacht - danke für den Hinweis, Herr Kollege Achmüller -, daß von irgendeiner Seite repliziert werden wird, daß man sagt, gut, für den Dienst an deutschsprachigen Berufsschulen bzw. Heimen wird die Ausbildung im deutschsprachigen Ausland aufgrund der allgemeinen Gesetzessystematik bei uns als gleichwertig oder adäquat anerkannt, aber wir sehen eigentlich hier keinen Grund, diese Bestimmung auf das deutschsprachige Ausland zu beschränken, so sehr es in der Regel der Fälle wahrscheinlich das deutschsprachige Ausland betreffen wird und Ausbildungen anderswo bei uns eher selten vorkommen werden.

Deswegen glauben wir, daß da keine rechtlichen Bedenken bestehen, d.h. genauso wie ein Artikel durchgehen müßte, der sagt, wer im deutschsprachigen Ausland usw. das erwirbt, müßte unserer Meinung nach ein Artikel durchgehen, der generell vorschreibt, wer im Ausland diese Ausbildung

erwirbt. Deswegen schlagen wir vor, dieses Wort zu streichen und die Liberalisierung generell für das Ausland vorzusehen.

**PRESIDENTE:** Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Lo in votazione: respinto a maggioranza con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Chi chiede la parola sull'art. 5? Nessuno. Lo pongo in votazione: con 4 astensioni approvato a maggioranza.

Art. 6

(1) Dopo l'articolo 4 è inserito il seguente articolo 4/bis:

"Corsi abilitanti

(1) Il personale insegnante incaricato durante il primo triennio di servizio è tenuto a frequentare un corso abilitante ad indirizzo didattico-pedagogico organizzato dall'amministrazione provinciale. Le modalità di ammissione, di svolgimento ed i criteri d'esame sono stabiliti dalla Giunta provinciale.

(2) Il superamento del corso abilitante costituisce il titolo di precedenza nelle graduatorie dei posti da conferire per incarico e requisito necessario per l'ammissione ai posti di ruolo.

(3) Titolo abilitante agli effetti del precedente secondo comma costituisce pure la frequenza, con esito positivo, di un corso ad indirizzo didattico-pedagogico all'estero, limitatamente all'area di lingua tedesca."

(1) Nach Art. 4 ist folgender Art. 4/bis eingefügt:

"Befähigungskurse

(1) Beauftragte Lehrer müssen in den ersten drei Jahren ihrer Dienstzeit einen - von der Landesverwaltung veranstalteten - Befähigungskurs mit didaktischer und pädagogischer Ausrichtung besuchen. Nähere Bestimmungen über die Zulassung der Bewerber, die Durchführung des Kurses und die Prüfungskriterien sind von der Landesregierung festzulegen.

(2) Der erfolgreiche Kursabschluß wird bei der Erstellung der Rangordnungen für die Erteilung von Beauftragungen als Vorrangstitel gewertet und ist Voraussetzung für die Einstufung in den Stellenplan.

(3) Als Befähigungstitel im Sinne des vorhergehenden Abs.2 gilt auch der Besuch mit positivem Abschluß eines Kurses mit didaktisch-pädagogischer Ausrichtung im Ausland, beschränkt auf den deutschsprachigen Raum."

Sono stati presentati due emendamenti, il primo dell'assessore Saurer e del consigliere Kaserer, che dice: "Nell'art. 6, primo comma, sono stralciate le parole "organizzato dall'amministrazione provinciale".

Im ersten Absatz sind die Worte "von der Landesverwaltung veranstaltet" ausgehoben.

L'assessore Saurer ha chiesto la parola. Prego.

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Es handelt sich hier nur um eine Koordinierung mit Art. 5, wo die Möglichkeit



eröffnet wird, daß die Landesverwaltung auch Befähigungskurse durchführen kann, d.h. mit anderen Worten, auch andere Träger könnten die Kurse durchführen. Jetzt können wir uns nicht nur auf die Kurse beziehen im Art. 6, die nur von der Landesverwaltung veranstaltet werden. Das ist eine reine Koordinierungsfrage der Texte.

**PRESIDENTE:** Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: con 3 astensioni approvato a maggioranza.

Il secondo emendamento è stato presentato dai consiglieri Langer e Tribus e dice: "Nel terzo comma sopprimere le parole "limitatamente all'area linguistica tedesca". Im dritten Absatz die Worte "beschränkt auf den deutschsprachigen Raum" streichen.

Ha chiesto la parola il consigliere Langer. Prego.

**LANGER (AS):** Der Kollege Frasnelli scheint zu vermuten, daß wir sozusagen eine Tretmine in dieses Gesetz einbauen möchten und einen Rückverweisungsgrund hineinbasteln möchten. Wir sind nicht der Meinung, daß unter den vielen möglichen Rückverweisungsgründen, die oft rein von der Willkür des damit befaßten Bürokraten und manchmal auch vom politischen Willen der Regierung und manchmal von entsprechenden Einflüsterungen aus Bozen vom Regierungskommissariat oder von anderen Stellen abhängen können, sind wir nicht der Meinung, daß gerade ein solcher Punkt ein Rückverweisungsgrund wäre. Wir wären auch der Meinung, daß man, wenn es tatsächlich um eine solche Kleinigkeit ginge, einer Rückverweisung durchaus erhobenen Hauptes ins Auge sehen könnte und im Falle eine Verspätung von einem Monat und einen Beharrungsbeschluß riskieren könnte. D.h. mir scheint, daß wenn wir vergleichen, zu welchen Punkten die Landesregierung Rückverweisungen ihrerseits geradezu provoziert, bzw. wohlwissend, daß sie kommen werden, Initiativen macht; und umgekehrt, mit welcher Bereitschaft man hier den Schwanz einzieht und sagt, nein, wir wollen hier keinen Rückverweisungsgrund schaffen, das schiene uns wirklich durchaus möglich, daß man hier unserer Anregung recht gibt, denn, wie gesagt, es gibt Gründe, es gibt spezifische Gründe, wo man sagen kann, daß im besonderen die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols Anrecht haben muß, im deutschsprachigen Ausland Ausbildung durehzumachen. Das ist vom Pariser Vertrag anerkannt, das ist in den Gesetzen anerkannt worden und trotz bestimmter praktischer Behinderungen immer wieder anerkannt worden, aber darüberhinaus und nicht auf die rein deutschsprachige Bevölkerung bezogen, sondern generell auf die gesamte Bevölkerung Südtirols bezogen, müssen wir, glaube ich, das Recht haben, in einem Gebiet, wo wir primäre Kompetenz haben, die Ausbildungs- und Einstellungsvoraussetzungen im Rahmen der allgemeinen Grundsätze usw., siehe Vorspruch zum Art. 4 des Statuts, die Voraussetzungen festzulegen. Und uns schiene es nicht so abwegig, generell eine Möglichkeit der Ausbildung im Ausland vorzusehen, umso mehr als wir gerade jetzt durch die Genehmigung des Abänderungsantrages Saurer und Kaserer festgelegt haben, daß die Kurse, die Befähigungskurse, die hier besucht

werden müssen, nicht unbedingt vom Landesauschuß organisiert werden müssen, d.h. es können im Lande oft möglicherweise auch obskure Kursträger beauftragt werden, umso mehr scheint es uns gerechtfertigt, daß man eine Möglichkeit einer Ausbildung generell im Ausland, ohne sich jetzt auf einen bestimmten Sprachraum festzulegen, vorsehen möge. Deswegen bestehen wir auch hier darauf, Ihnen unseren diesbezüglichen Abänderungsantrag zu servieren.

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Als Minderheit haben wir aufgrund der Verträge, aufgrund der Verfassungssituation einen klaren Titel, die Ausbildung auch im deutschsprachigen Ausland zu machen. Wir kennen die Sensibilität des italienischen Staates, wenn Minderheiten zu sehr an der Außenpolitik herumwerkeln. Hier haben wir einen klaren Titel, die Dinge wollen wir ausschöpfen. Im übrigen, wegen dieser Geschichte möchte ich nicht riskieren, daß das Gesetz wieder zurückkommt.

**PRESIDENTE:** Pongo in votazione l'emendamento: con 3 voti favorevoli e 4 astensioni respinto a maggioranza.

Chi chiede la parola sull'art. 6? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Art. 7

(1) L'articolo 5 viene sostituito dal seguente:

"Conoscenza delle due lingue

(1) I docenti che nelle scuole e nei corsi professionali provinciali insegnano la seconda lingua, all'atto dell'assunzione a qualsiasi titolo devono possedere, oltre al requisito di cui all'articolo 19 del D.P.R. del 31 agosto 1972, n. 670, l'attestato della conoscenza delle lingue italiana e tedesca secondo la vigente normativa."

(1) Art. 5 ist durch den folgenden ersetzt:

"Zweisprachigkeit

(1) Lehrer, die in Landesberufsschulen oder bei Berufsausbildungskursen des Landes die zweite Sprache unterrichten, müssen die in Art. 19 des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670, erwähnte Voraussetzung haben und den von den einschlägigen Rechtsvorschriften vorgesehenen Zweisprachigkeitsnachweis erbringen."

La parola al consigliere Langer.

**LANGER (AS):** Signor Presidente, chiedo un attimo di attenzione anche Sua su questo articolo, perché nella fretta, con cui a volte si leggono gli articoli... Prima sull'art. 4 non c'è stato il tempo di prendere la parola; certamente è colpa anche nostra; evidentemente, però a volte la fretta tradisce. Allora qui richiamo l'attenzione su una cosa molto

delicata. Noi abbiamo approvato un art. 4 che dice in generale: "Salvo quanto disposto dal secondo comma, per la nomina ai posti di ruolo valgono i requisiti previsti dalle disposizioni vigenti per il personale provinciale". Tra i requisiti previsti per il personale provinciale attualmente c'è l'attestato di bilinguismo. Allora, se capisco bene, dopo l'approvazione dell'art. 4 tutto il personale della formazione professionale in futuro se volesse entrare dovrebbe essere in possesso dell'attestato di bilinguismo.

Es tut mir leid, daß eben durch das Schnellverfahren manchmal die Aufmerksamkeit abgelenkt wird und ich leider den falschen, weil es da oben heißt, der Art. 3 ist ersetzt, habe ich zu spät reagiert, denn ich war auf Art. 4 gefaßt und wie Sie sehen, der Art. 4 heißt dann wörtlich: "Art. 3 ist folgendermaßen ersetzt". Und deswegen habe ich es leider nicht richtig gesehen, aber nach dem so genehmigten Artikel und jetzt schauen wir uns dazu im Vergleich den jetzigen Art. 7 an, wäre als generelles Einstellungserfordernis die Zweisprachigkeit erfordert, denn für die Einstellung in den Landesdienst ist meines Wissen neben den üblichen Dingen, Unbescholtenheit, Staatsbürgerschaft, usw. die Zweisprachigkeit erfordert. D.h. ich möchte jetzt wissen, ob wir jetzt, womöglich ohne es zu wollen, einen Artikel verabschiedet haben, mit dem generell für das gesamte Personal der Berufsschulen, Lehrpersonal und nicht unterrichtendes Personal, die Zweisprachigkeit erfordert wird oder was wirklich gemeint und beabsichtigt war, denn jetzt in diesem Artikel, den wir jetzt behandeln, Art. 7, und deswegen bitte ich auch in diesem Punkt im besonderen die Aufmerksamkeit des Präsidenten, daß wir, wenn wir einen Fehler gemacht haben sollten, eventuell einen Weg suchen, den wieder auszubügeln, denn im jetzigen Art. 7 heißt es, den wir jetzt zur Diskussion haben: "Lehrer, die in Landesberufsschulen oder bei Berufsausbildungskursen die zweite Sprache unterrichten, müssen die im Art. 19 erwähnte Voraussetzung haben und den von den einschlägigen Rechtsvorschriften vorgesehenen Zweisprachigkeitsnachweis erbringen. D.h. hier wird außerdem von ihnen verlangt, nach dem Text des Gesetzes, daß sie der Muttersprache angehören, für die die entsprechende Schule organisiert wird, aber der Zweisprachigkeitsnachweis wäre nach Art. 4 bereits für alle verlangt. Erstens ist die Formulierung, so wie sie drinnensteht, äußerst fraglich, denn im Art. 19 des Autonomiestatutes werden verschiedene...

**FRASNELLI (SVP):** (Unterbricht)

**LANGER (AS):** Herr Kollege Frasnelli, wenn Sie immer so schnell sind mit dem Ablehnen, dann bitte ich Sie, machen Sie eine kleine Denkanstrengung. Wir haben den Art. 4 verabschiedet, dort heißt es, daß die Einstellung für die Berufsschulen die generellen Voraussetzungen für die Einstellung in den Landesdienst erfordert. Zu diesen generellen Voraussetzungen gehört unseres Wissens auch die Zweisprachigkeit. Sie stimmen laut Kopfnicken zu. Das würde also bedeuten, daß ab jetzt, abweichend von der

bisherigen Praxis, auch Berufsschullehrer den Zweisprachigkeitsnachweis haben müssen, denn wenn das ganze Berufsschulpersonal die allgemeinen Einstellungsvoraussetzungen für das Landespersonal zu besitzen hat, dann ist der Zweisprachigkeitsnachweis auch dabei. Dazu kommt dann laut Art. 7 auch noch das Erfordernis der Muttersprache, auch noch das Erfordernis laut Art. 19. D.h. daß das unterrichtende Personal auch derselben Muttersprache anzugehören hat, wie die Schule, d.h. wer in der deutschsprachigen Schule unterrichtet, deutscher Muttersprache sein muß, wer an der italienischsprachigen Schule oder italienischsprachigen Kursen unterrichtet, italienischer Muttersprache sein muß und insbesondere, wie es im Art. 19 heißt, daß die Zweitsprache von Lehrern gelehrt werden muß, für die diese Sprache Muttersprache ist. Wenn nämlich hier nur generell die in Art. 19 erwähnte Voraussetzung erwähnt wird, dann weiß man nicht konkret, was damit gemeint ist. Ist damit gemeint, daß man, wie ich vermute, muttersprachlich italienisch spricht wenn man italienisch unterrichtet oder deutsch spricht wenn man deutsch unterrichtet, ist das gemeint oder...

**FRASNELLI (SVP):** (Unterbricht)

**LANGER (AS):** Dann frage ich aber, welches Erfordernis laut Art. 19 meinen Sie und dann möchte ich Sie fragen, ob die vom Kollegen Frasnelli durch Kopfnicken bestätigte Annahme auch nach Meinung der Landesregierung genehmigt worden ist, denn dann gibt es, glaube ich, eine kleine Revolution in den Berufsschulen. Also, wenn ab jetzt verlangt wird, daß jeder, der in der Berufsschule eingestellt wird, das Zweisprachigkeitszeugnis besitzt, dann wird das für die Zukunft, dann müssen wir uns bewußt sein, daß wir damit zumindest für die Zukunft für einen völlig neuen Sektor der Bevölkerung die Zweisprachigkeitspflicht...

**FRASNELLI (SVP):** (Unterbricht)

**LANGER (AS):** Herr Kollege Frasnelli, Sie sagen, das gilt für den Zweitsprachenunterricht, aber kommen Sie bitte noch einmal auf den Art. 4 zurück. Sie haben vorher deutlich mit dem Kopf genickt, wie ich gefragt habe, glauben Sie nun, daß laut Art. 4 von nun an das Zweisprachigkeits-erfordernis für alle gilt. Ich glaube, Herr Kollege Frasnelli, ich bitte, daß Sie Stellung nehmen und nicht jedes Mal die Dinge verdrehen. Sagen Sie ohne mit dem Kopf zu nicken und nachher zu sagen, Sie hätten es anders gemeint was Sie sagen wollen.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, dem Herrn Frasnelli dann das Wort zu geben, sobald es Tag ist, denn er verdreht die Dinge wirklich in einer Weise, die nicht mehr schön ist.

Ich möchte jedenfalls von der Landesregierung wissen, ob nach ihrer Meinung, von der Landesregierung, aufgrund des jetzt beschlossenen Art. 4 die Zweisprachigkeit generell zum Einstellungserfordernis gemacht wird. Erstens. Und zweitens, ob unter dem Art. 7 zu verstehen ist, nach ihrer

Auffassung, daß man von den Zweitsprachlehrern fordert, daß sie nicht nur den Zweisprachigkeitsnachweis bringen, sondern zudem muttersprachlich jener Sprache angehören, die sie lehren, d.h. für den Italienischunterricht italienischsprachig sein müssen und für den Deutschunterricht deutschsprachig sein müssen. Aber ich glaube, daß es schon eine relevante Frage darstellt, ob wir jetzt das Zweisprachigkeitserfordernis für das gesamte Berufsschulwesen einführen wollen oder nicht.

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Der Art. 7 scheint mir ziemlich klar zu sein, der, der die zweite Sprache unterrichtet, der muß natürlich der entsprechenden Muttersprache angehören, d.h. wenn ich italienisch unterrichte, dann muß ich Italiener sein. Zusätzlich heißt es, daß ich natürlich den Zweisprachigkeitsnachweis zu erbringen habe, denn wenn ich in einer deutschen Schule italienisch unterrichte, dann muß ich auch die deutschen Kinder verstehen.

Zum zweiten. Wir haben ja eine Durchführungsbestimmung, die klar aussagt, was in diesem Fall passiert. Da heißt es: "Al personale indicato, nonché all'analogo personale delle scuole materne e delle scuole dei corsi di addestramento e formazione professionale dipendente della Provincia di Bolzano non è richiesta la conoscenza della lingua, qualora svolga attività nelle scuole la cui lingua d'insegnamento è quella del gruppo linguistico" usw. Die Norm bezieht sich auf die allgemeinen Rechtsvorschriften, die bei der Aufnahme des Landespersonals gelten. Es kann doch nicht diese Norm eine Durchführungsverordnung, die klar ist, außer Kraft setzen. Der Art. 3 ist ja in Kraft und muß natürlich, unser Art. 2 muß natürlich entsprechend interpretiert werden. Es ist schon eine klare Durchführungsbestimmung da.

**LANGER (AS):** Ich nehme zur Kenntnis und halte fest, daß Landesrat Saurer der Meinung ist, und wir werden ja sehen, wie sich dann die Anwendungspraxis dieses Gesetzes auswirkt, daß der Art. 4 des Gesetzes, den wir vorher ohne Diskussion verabschiedet haben, beinhaltet, daß er im Lichte der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut zu lesen ist und daß deswegen vom unterrichtenden Berufsschulpersonal nicht verlangt wird, daß es den Zweisprachigkeitsnachweis bringt.

Ich muß allerdings sagen, daß im alten Gesetz bzw. im Einheitstext der Landesgesetze, der 1980 erlassen worden ist und den wir hiermit reformieren, dieser Unterschied noch sehr deutlich gemacht worden ist. Also, im alten Gesetz hat es ausdrücklich geheißen, Art. 5 des alten Gesetzes hat ausdrücklich gesagt, die Lehrpersonen, die in den Berufsschulen die zweite Sprache unterrichten, müssen eine schriftliche und mündliche Prüfung aus Italienisch und Deutsch haben. Und dann war gesagt, daß das nichtunterrichtende Personal, im Punkt 6 des Art. 3 hat es geheißen "Bestätigung gemäß Art. 4 des D.P.R. Nr. 752, d.h. Zweisprachigkeitschein, und dann hieß es "(gilt nur für das nichtunterrichtende Personal)". D.h. dort war eine Norm, da hat man es offensichtlich für notwen-

dig gehalten, diesen Unterschied festzuhalten, während bei der Novellierung, die wir vor 20 Minuten vorgenommen haben, ist dieser Unterschied nicht mehr festgehalten, sondern wird nur mehr gefordert, daß generell die Einstellungsbedingungen gelten. Ich habe, wie gesagt, uns selber den Vorwurf zu machen, das verfaßt zu haben, weil ich auf den Titel des Artikels, also Art. 4 geschaut habe und darin der Art. 3 modifiziert worden ist, aber ich würde zumindest empfehlen, daß man sich vielleicht nach dem heutigen Abend, da wir das Gesetz nicht fertigbehandeln, die Sache noch einmal überlegt, bis wir das nächste Mal dieses Gesetz weiter behandeln und nicht ungewollt, denn der Landesrat hat bestätigt, daß es ungewollt wäre, während Kollege Frasnelli, so habe ich vorher sein Kopfnicken interpretiert, der Meinung war, man soll dieses Erfordernis, nämlich die Zweisprachigkeit, generell einführen, er sich dann vom Kollegen Zingerle aus dem Hintergrund belehren lassen mußte, daß es bis heute zumindest nicht so ist und ich gerne zur Kenntnis nehme, daß die Landesregierung diese Absicht nicht hegt, möchte ich aber schon sichergehen, daß nicht ein ungewollter Nebeneffekt erzielt wird und durch die derzeitige Formulierung des Art. 4 ein Erfordernis eingeführt wird, das über das hinausgeht, was mit dem Art. 7, den wir jetzt behandeln, intendiert war. Mit dem Art. 7 war intendiert und wir haben jetzt die Bestätigung, daß das Lehrpersonal für die zweite Sprache auch muttersprachlich jene Sprache spricht, die es unterrichtet und zudem zweisprachig ist.

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Herr Präsident, ich ersuche vielleicht um Aussetzung der Behandlung des Art. 7, daß wir Gelegenheit erhalten, das endgültig abzuklären. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Norm der Durchführungsverordnung unbedingt zum Normbestand gehört und an sich gilt und die Landesgesetze so zu interpretieren sind. Wir können nicht eine Durchführungsbestimmung durch ein Landesgesetz außer Kraft setzen. Aber vielleicht der Klarheit halber, nachdem es im ursprünglichen Gesetz eigens angeführt war, auch für diejenigen, die das Gesetz zu lesen haben, könnte man ruhig einen zweiten Absatz hinzugeben, wo man eigens darauf hinweist, daß die Zweisprachigkeitsprüfung für das unterrichtende Personal nicht verlangt wird. Ich ersuche deshalb um Aussetzung der Behandlung des Art. 7, um die gesamte Situation abzuklären.

**PRESIDENTE:** Oltre la sospensione dell'art. 7, sospendiamo anche la seduta e ci troviamo alla prossima riunione, che è già fissata dal calendario.

La seduta è tolta.

ORE 17.50 UHR

S E D U T A 151. S I T Z U N G

19.11.1986

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:  
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Frasnelli (3,60)  
Langer (3,53,67,71,73,74,77)  
Barbiero-De Chirico (11,50,51)  
Achmüller (18)  
Gebert-Deeg (24)  
Mitolo (27,39,63)  
Klotz (31,64)  
Zingerle (32)  
Pahl (36)  
Sfondrini (40,61)  
Saurer (46,68,72,74,77,78)  
Ferretti (55).